

# Hainburg nawi- info

offene Zeitung  
der Nawi-Fakultät

"An Meine Völker"

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Eure Eminenz, Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung, Exzellenzen! Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Nun, da wir alle schon die nötige Disziplin zu jenen Ereignissen gewonnen haben, zu jenen Ereignissen, die uns nachdenklich machen mußten, nicht wahr?

Wir bekennen uns mit aller Deutlichkeit, und sind uns der Folgen bewußt, zu den Grundsätzen und daß es immer unser Ziel war, nicht wahr?

Wir haben immer schon den österreichischen Weg eingeschlagen und sehen diesen auch in unserem Zusammenhang. Wie wäre es auch vor der Generation zu verantworten, die nach 1945 unter harten Entbehrungen, meine Damen und Herren, oder etwa nicht? Wehret den Anfängen!

Wir müssen die junge Generation, die mit Recht, denn es gibt solche und solche, meine Damen und Herren, hinführen zu der Einsicht, daß dieser unser Weg, des Gesprächs und der Vernunft, ein Weg ist, der in die Zukunft führen muß!

Aber eines muß klar sein meine Damen und Herren und ich bekenne mich in aller Deutlichkeit, ja, Recht muß Macht äh Recht bleiben, das muß klar sein, mit aller Deutlichkeit! Wir dürfen nicht in Anarchie, sonst können wir zusperrten, in aller Deutlichkeit! Nicht wahr!

In dieser Stunde aber, und sind wir dabei stets für das ehrliche Gespräch, denn wir, denn die freiheitliche Demokratie, die wir nach 1945 unter harten Entbehrungen, ich darf sie zu einem kleinen Buffet bitten meine Damen und Herren! (Applaus)

Editorial II

Die Ereignisse des vergangenen Dezembers in der Stufenreuther Au haben einiges an österreichischer Realität in Bewegung gebracht. Nicht nur Gummiknüttel, wie Sten meint, nicht nur Legionen von Schreibmaschinen, was Sten allerdings wiederum nicht verstehen kann, sondern auch, so Hanno, (jetzt kommt Unverständliches), nicht wahr?

Weg mit dem bsoffenen Xindl. Gut daß der astrale Josef nicht da ist, sonst wär alles viel komplizierter. Gottes Wege sind verschlungen, aber aale führen stets in die Bratpfanne.

Wir widersetzten uns der hohen Behörde. Jo derfens denn des?

manifeste, brutale Staatsgewalt geht nicht mehr und das Vertrauen, daß die Herren schon wissen werden, was für uns gut ist, d.h. letztlich die Identifikation mit der strukturellen Gewalt der bestehenden Gesellschaftsordnung, beginnt auch zu bröseln. Ein beachtlicher Teil der Österreicher will sich nicht mehr mit der Rolle des Konsumenten hoch oben beschlossener und als "österreichischer Weg" mit patriotischem Appeal versehener Politik bescheiden. Damit wären die Grundfesten der österreichischen Gesellschaft in der Tat erschüttert, da haben die Herren schon recht.

Entsprechend der gesellschaftlichen Bedeutung der Geschehnisse hat sich auch in den Köpfen der Beteiligten einiges in Bewegung gesetzt; auch in denen der Nawi-Aktivisten.

Viele Kolleg/inn/en und praktisch die gesamten Basisgruppen waren in der Au und haben Politik buchstäblich hautnah erlebt... zweck politischer, ideologischer und persönlicher Aufarbeitung des Erlebten haben wir  $\sqrt{4 \cdot 3} = 2$  die Herstellung dieses Sonder-nawi-info beschlossen. Wir hoffen, mit den teils auch kontroversiellen Berichten und Analysen einen Beitrag zur Diskussion leisten zu können, die die Hainburg-Ereignisse insgesamt ausgelöst haben; denn daß sich in Österreich im Dezember 84 nicht Grundlegendes verändert hat, kann höchstens Benya behaupten.

Bei allem Optimismus: auch bei der Ökoberwegung liegt einiges im Argen. Die Einsicht in den politischen Charakter der Ökologie ist bei vielen nicht vorhanden, und entsprechend grau-sig ist, was da an teils äußerst reaktionärer Natur-Ideologie produziert wird. Hier muß sich viel ändern, sonst wird die Ökoberwegung wirklich ein Instrument in der Hand politischer Interessen, wie sie von Kronzeitung und Teilen der ÖVP vertreten werden. Aber daß die Radikalisierung weitergeht, dafür sorgen schon die Sozialpartner selber mit ihren Dorfertal-, Inn-talkpartner- und den neuen Zwentendorflänen, und was sich die Herren sonst noch zum höheren Ruhme des Profits einfallen lassen.

Bei vielem, das in Zusammenhang mit Ökoberwegung und Aubesetzung zur Klärung drängt, müssen auch wir passen. Ausführlich beschäftigen müßte man sich u.a. mit der Analyse der schon erwähnten Natur-Ideologie der grünen Grünen und Alternativen dazu; oder mit soziologischen Phänomenen wie diesen: bei der Aubesetzung haben Leute sehr verschiedener gesellschaftlicher, politischer, ideologischer und ökonomischer Herkunft, die sonst vielleicht nie miteinander zu tun gehabt hätten, zusammengearbeitet, und zwar praktisch ohne Reibung - diese erstaunliche Tatsache sollte einmal genau untersucht werden.

Viele der Artikel in diesem Heft kreisen um die hier kurz angerissenen Fragen. Für Urteile ist es noch lange zu früh, es wird noch einiges nachzudenken, zu reden und vor allem: zu tun sein.

**INHALT:**

- 1 ..... Unterschreibz das Volksbegehren
- 2 ..... Die Au
- 4 ..... Sten's Abenteuer in der Au
- 7 ..... Die Organisation der Aubesetzung
- 10 ..... Einmal Strom aus zweimal Kraftwerken
- 19 ..... Energiepolitische Alternativen
- 21 ..... Lohengrin in der Au
- 22 ..... Im Namen der Republik
- 23 ..... E-Wirtschaft: Geheimpapier und Werbung
- 25 ..... Das ABC der Verleumdungen
- 26 ..... Hainburg an der UNI
- 27 ..... Die ideologische Bewältigung der ökologischen Krise
- 28 ..... Die Polizeischüler
- 29 ..... Gewerkschaft gegen Hainburg
- 31 ..... Bürgerliche Interessen an der Ökologiebewegung
- 32 ..... Recht, Gewalt und Leidenschaft
- 34 ..... Österreich nach Hainburg
- 35 ..... Quo vadis (ein Interview)
- 36 ..... Alserstraße 37 - Konrad-Lorenz-Volksbegehren

Fotos: HoPe, KLVB, Marianne Friedl  
Autoren: Joe Pühringer, Peter Hofer, Harald Wosihnoj, Franz Embacher, HoPe, Hanno Ponocny, Sten Famler, Anonymus, Gulo Schandl

Impressum:  
Eigentümerin, Verlegerin, Herausgeberin: HochschülerInnen an der Universität Wien, Fakultätsvertretung Naturwissen-

Redaktion: Sten Famler, Hanno Ponocny, Harald Wosihnoj

Layout: Harald Wosihnoj, Sylvia Bartl,

BoPe

Editorial III

Die Hainburger Aubesetzung hat in Österreich einiges in Bewegung gebracht. Zum ersten Mal wurde die Allmacht der hl. Sozialpartnerschaft gebrochen. 1978, im Fall Zwentendorf, hatte sich die Regierung mit der Volksabstimmung noch letztlich selber ein Bein gestellt. Diesmal wollte man kein Risiko eingehen und blieb hart, auch um den Preis des demokratischen Anscheins.

Zum ersten Mal haben sich weite Kreise der Bevölkerung mit bisher in Österreich marginalen, nur eher als politische Folklore (Arenabesetzung, Hausbesetzungen, Greenpeace-Aktionen) existierenden Formen des Widerstandes identifiziert: der gewaltfreien Besetzung.

Zum ersten Mal schließlich sind Versprechungen, Drohungen und Greuelpropaganda der Sozialpartner weitgehend wirkungslos geblieben. Man hat die Lügen von Regierung & Co. nicht mehr geglaubt. Durch ihre völlig intransigente, kompromißlose Haltung ist die Regierung sogar in politische Schwierigkeiten gekommen.

Der Schrecken dieses für Österreich neuen, basisdemokratischen und daher weitgehend unkontrollierbaren Phänomens ist den Herren ziemlich in die Knochen gefahren. Die von Sinowatz verordnete Nachdenkpause ist ebenso zu verstehen wie das Geheul über den "österreichischen Weg", der verlassen worden sei:

schaften. Alle 1090 Wien, Strudlhofg. 1/10.  
Druckerin: Wirtschaftsbetriebsgesellschaft m. b. H., 1090 Wien, Bergg. 5  
Redaktionsadresse: 1090 Wien,

Strudlhofg. 1/10  
Offenlegung nach § 25 Presse-ges.: Herstellerin: HochschülerInnschaft an der Uni Wien, s.o.  
Druckerin s.o.  
Erklärung über die grundlegende Richtung: Das "nawi-info" ist

ein formales, natürliches und wissenschaftliches Blatt zur Förderung und Verbreitung des Wahren, Guten und Schönen.  
Verlags- und Herstellungsort: Wien



## Unterschreibz das Volksbegehren!

### WER ?

Jeder österreichische Staatsbürger, der bis 20. 2. 85 das 19. Lebensjahr vollendet hat, darf (und soll !)

Wer schon im Einleitungsverfahren unterschrieben hat, kann nicht noch einmal!

### WO ?

In der Gemeinde, in der du in die Wähler-evidenz eingetragen bist. Stimmabgabelo-kale sind in der Regel die Wahllokale bei Nationalratswahlen.

Konrad-Lorenz-Volksbegehren

8. Aisershr. 37

Tel. 43-59-38

-39

-40

-41

### WANN ?

Mo, 4. März bis Fr, 8. März und

Mo, 11. März 8.00 -16.00

an 2 Werktagen zusätzlich bis 20.00

Sa, 9. März u. So, 10. März

8.00 -12.00

Genauerer über Zeiten und Orte ist ver-lautbart, z.B. durch Aushänge in Hausein-gängen und öffentlichen Gebäuden.

### WIE ?

- persönliches Erscheinen mit amtlichem Lichtbildausweis
- Nennung von Namen und Adresse
- Eigenhändige leserliche Unterschrift mit Vor- und Zunamen
- Schriftliche Angabe von Name, Adresse und Geburtsdatum



# DIE AU

## Anton Benya:

» Die Hainburger Au, das ist ja nur ein Dickicht. «

## Kraftwerksprojekt Hainburg

Das heiß umstrittene Auegebiet. Manche Umweltschützer behaupten, daß die ganze Au durch das Kraftwerk zerstört würde. Das ist eine Bewußte Unterstellung. Etwas zehn Prozent der Au würden beeinträchtigt. Und wie DOKW-Direktor Dipl.Ing.Kobilka am 19.März 1984 bei einer Informationsveranstaltung der Industriellenvereinigung versichert, würden sich die DOKW verpflichten, 5% davon zu rekultivieren, so daß 95% der Au erhalten werden könnten.

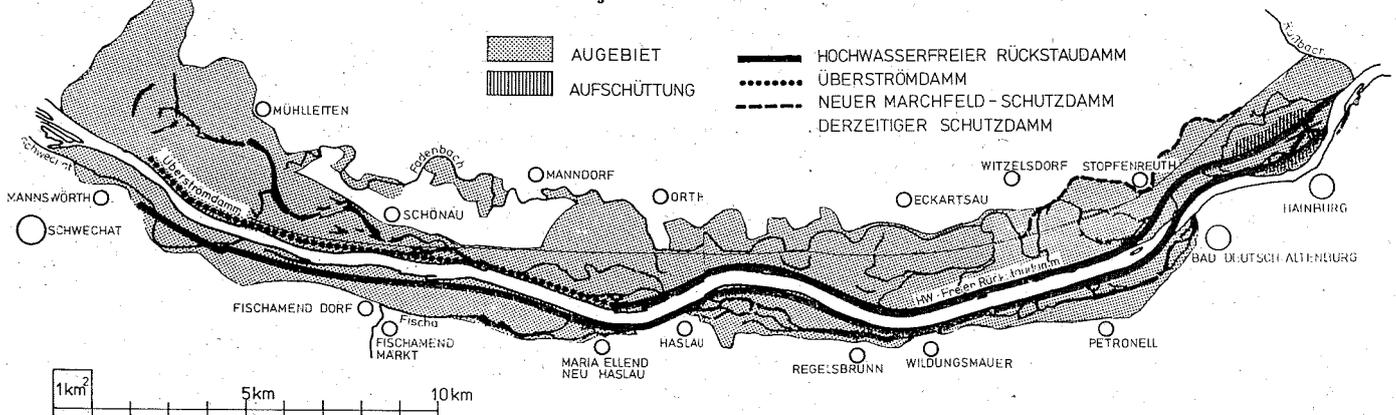
WERBUNG

(NÖN - Unabhängige Wochenzeitschrift für NÖ 2/84)

Der Bau einer Staustufe bei Hainburg würde den gesamten Auengürtel oberhalb der Ungarischen Pforte bis vor die Tore der Stadt Wien - so weit reicht die Stauwirkung - grundlegend und sehr nachteilig verändern. Dies geschieht vor allem durch die weitgehende Reduktion der Schwankungen des Grund- und Oberflächenwasserspiegels, aber auch durch Veränderung der Sedimentationsverhältnisse und anderer ökologischer Faktoren. Außerdem stellt die Abtrennung der Auenlandschaft vom Fluß durch seitliche Dämme eine schwerwiegende Störung des ökologischen Gefüges dar. Die vorgesehene Abholzung von ca. 800 ha Auwald für die Schaffung eines neuen Donaubettes und für die Staulage selbst tritt gegenüber diesen Eingriffen an Bedeutung zurück. Die Auswirkungen des Staustufenbaus auf die Landschaft werden teilweise erst nach Jahren oder Jahrzehnten in vollem Umfang sichtbar werden; sie im einzelnen darzustellen, ist hier nicht möglich.

(Dr.Emil Dister, Abt.6.6 FR Biogeographie, Universität des Saarlandes)

Das Projekt der Dnaukraftwerke-AG



Die Au ist Tot? Es lebe die Au! Wer dürfte es wagen, Dir den Lebenswillen abzusprechen?

Die Au ist eine der bezauberndsten Landschaftsformen, die die Natur zu bieten hat. Eine Au, das ist Werden und Vergehen, Anschwellen und Abtragen, Aufwachsen und Umstürzen. Die willkürliche Dynamik eines Flusses, der mit seinem Geschiebe spielt, schafft die Bühne. Aus seinem Oberlauf bringt er große Mengen von Geschiebe mit, lagert es ab, tritt aus den Ufern und bedeckt bei Hochwasser weite Fluren. Eher zieht er sich in sein schmales Bett zurück, hat er viel Material zurückgelassen. Er beruhigt sich, formt sein Bett, beginnt es auszuwaschen, an einer Stelle besonders stark, das eine Ufer bricht ein. Gegenüber lagern sich Schotter ab. Der Fluß legt sich

bedächtig eine Schleife, eine zweite - viele entstehen. Der Fluß bildet Mäander. Dann wieder Hochwasser. Voller Kraft und im Überschwang der Naturgewalten durchbricht er manchmal Schleifen, gar rasch verändert sich seine Uferlandschaft. Kehrt Ruhe ein, so ist der Uferbereich verwüstet, aber auf dem frischen Schwemmland, den neuen Inseln und an den aus verlassenen Schleifen entstandenen Altarmen findet sich die erste Vegetation des Auwaldes ein. Weiden, Grauerlen und Pappeln fassen Fuß - weiche Hölzer, Weichholzaunen. Gebiete, die vom Strom entfernter und der Gewalt der Überschwemmungen entrückter liegen, sind von Eschen, Ulmen u.a. bevölkert, härtere Hölzer, Hartholzaunen. Schwemmländer mit hohem Kiesanteil sind schon zu braunem Auenboden fortgeschritten.

Der Auwald hat Ruhe. Üppig wächst er heran, die Überschwemmungen des Hochwassers haben Nährstoffe zurückgelassen, sind Quell neuer Erde. Die Au steht ohnehin weiter in lebendiger Verbindung mit dem Strom, denn der Flußspiegel bestimmt auch den Grundwasserspiegel in den Auen. Die Bäume ziehen ihren Lebenssaft aus dem Grundwasserstrom, gedeihen spriessen, wachsen; die Luft in den Wäldern bleibt feucht, den ganzen Sommer lang, der Blätterschirm schützt die darunterliegende Pflanzenwelt vor der Hitze des Mittag, wie sie im Marchfeld über die Ebene tanzt.

Betrachten wir einmal genau die Vorgänge bei herannahendem Hochwasser. Der Flußspiegel steigt, der Grundwasserspiegel folgt, eine Grundwasserwelle breitet sich in die Auen aus. Der Spiegel der Altarme steigt. Der Strom tritt aus den Ufern, überflutet die Weichholzaubenbereiche, dringt tiefer in die Auen ein; von unten stößt Grundwasser hervor, öffnet die Poren des Bodens von unten. Das Flußwasser lagert mitgeführte Geschwebeteilchen ab, von unten dringt Grundwasser herauf, hebt sie wieder hoch - ablagern, umwälzen, forttragen...

Es ist die ganz eigene Art des Stromes den Boden seiner Auen umzuformen, zu durchlüften, heranzubringen, fortzutragen, zu düngen und umzuwälzen.

Der Bau jedes Kraftwerkes zwischen der tschechischen Grenze und Wien bedeutet die Errichtung von Dichtungsdämmen an beiden Donaufern vom Staudamm bis ca. Wien. Der Flußspiegel hat keinen Kontakt mehr mit dem Grundwasserspiegel der Auen.

Zwar wurde der Fluß im vergangenen Jahrhundert reguliert, doch sind bis zum heutigen Tage völlig unverbaute Inseln im Strom (zum Beispiel die Schwalbeninsel bei Hainburg) sowie weite Naturuferstrecken erhalten geblieben, an denen noch Auflandung und Abtragung von-statten gehen und einen Eindruck von der natürlichen Dynamik der Stromaue vermitteln.

Zusammenfassend kann man festhalten, daß durch den Bau der Staustufe Hainburg die charakteristischen und äußerst schutzbedürftigen Tier- und Pflanzengesellschaften der Weich- und Hartholzaue verloren gingen, die auentypischen Zonationen zerstört würden, die Individualität vieler Auengewässer aufgehoben würde, die Lebensbedingungen in der Donau und die davon abhängigen Biozöten grundlegend verändert würden und eine Gefährdung bis Vernichtung zahlreicher bedrohter Tier- und Pflanzenarten unausweichlich wäre.

An dieser Beurteilung können auch die bisherigen Versuche zur Regeneration von Auen - etwa durch künstliche Einspeisung (Dotation) von Wasser zur Simulation von Hochwasserwellen - nur wenig ändern. Diese Maßnahmen werden zwar von Technikern immer wieder gepriesen, diese Einschätzung hält aber einer Biologisch-ökologischen Prüfung nicht stand. (E. Dister)

Künstliche Bewässerungssysteme wie Gießgänge, Überstromeinrichtungen und Schlitzwände könnten, würden sie je die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen, allenfalls die "Au" konservieren;

Eine AU aber ist das Spiel von Werden und Vergehen, Anschwemmen und Vertragen, ....

Die Variante Schwalbeninsel, Stopfenreuth und Petronell sind wegen der Eintiefung im Bereich nördlich Bad Deutsch-Altenburgs als ungünstig zu bezeichnen. Eine Gefährdung der Heilquellen ist nicht auszuschließen.

Bei der Variante Hainburg erfolgt im neuen Donaubett nördlich von Bad Deutsch-Altenburg ein Aufstau. Die hydraulischen Verhältnisse im Raum Bad Deutsch-Altenburg können durch einen geplanten Altarm (derzeitige Donau) in dem jetzigen Zustand gehalten werden.

Beim Bau der Kraftwerksanlagen muß die Baugrube abgedichtet werden, so daß die Zuflüsse ein Minimum erreichen.

Bei Einhaltung der Vorsichtsmaßnahmen, die eine Änderung der hydraulischen Verhältnisse im Raum Bad Deutsch-Altenburg verhindern, ist bei der Variante Hainburg eine Beeinträchtigung der Heilquellen nicht zu erwarten.

(OR. Dr. F. Boroviczeny, Geologische Begutachtung im Bezug auf die Heilquellen v. Bad Deutsch-Altenburg)

**z.B.**

Die Artenmannigfaltigkeit der Fischfauna der Donau und ihrer Nebengewässer im österreichischen Raum weist einen starken Rückgang auf. Viele der einst häufigen Arten sind heute stark gefährdet. Regulierungsmaßnahmen, ökologisch schlechte Gestaltungen von Stauräumen und Abwasserbelastung verursachen eine generelle Degradation von Lebensräumen in Hinblick auf die räumliche Struktur, die chemische Gewässerbeschaffenheit, die Ernährungs- und Fortpflanzungsbedingungen und die Wandermöglichkeiten.

Betroffen sind vor allem jene Arten, die eine komplexe fortpflanzungs- und entwicklungsbiologische Einnischung an stark strukturierte Flußsysteme aufweisen.

Die ökologische Kenntnis vieler dieser Arten ist jedoch sehr unvollkommen.

(Doz. Dr. F. Schiemer, unveröffentlicht)

Aus dieser Zusammenstellung geht klar hervor, daß das Vorkommen gefährdeter Arten an den zur Donau hin offenen Standorten deutlich größer ist. Es sind vor allem jene Fischarten, die in den großen Flußsystemen eine komplexe Einnischung an den Lebensraum Strom mitsamt seinen Ruhigwasserbereichen und kommunizierenden Altarmen aufweisen.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, daß viele Arten an Augewässer als Nahrungszoen und Winterinstände gebunden sind.

... Daraus ergibt sich, als eine der wichtigsten Forderungen an Kraftwerkerrichter, daß große, stark strukturierte Flußbereiche in der Stauwurzel von Kraftwerken, sowie der Zugang zu Nebenflüssen erhalten bleiben müssen. In diesem Zusammenhang ist z.B. die vorgelegte Projektierung für das Kraftwerk Hainburg aus Gründen des Artenschutzes unzureichend.

Gemessen an der Zahl gefährdeter Fischarten stellen jene Nebengewässer, die mit der Donau langfristig in Verbindung stehen, den höchsten Schutzwert dar.

bearbeitet und  
geschrieben von

Karl Bauer u. Heald Wasingg

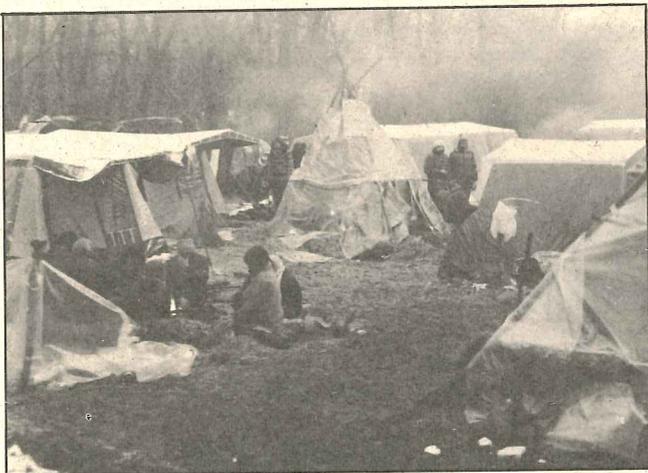
# ★ Stens\* Abenteuer★★ ★ in\* der\* Au★

Sa. 8. Dez.: Sternmarsch in die Stopfenreuth Au an dem einige 1000 Leute teilnehmen.

So. 9. Dez.: ca. 25 Menschen in verschiedenen Gruppen ziehen ziellos durch die Au, um die geplanten Rodungen zu verhindern; wir schlafen einmal da, ein andermal dort. Das geht ein paar Tage so dahin, bis immer mehr Leute kommen und schließlich schön langsam die großen Lager gegründet werden (2,3,4,1,2a).

Mit dem Zustrom der Menschen wird uns die Verschiedenheit der Leute bewußt. Da sind Anarchos, Grüne, Alternative, Marxisten, extreme Linke, aber auch ÖVP-ler und Junge ÖVP-ler (JVP). Es sollte aber trotz der Verschiedenheit der Leute auch später keine politischen Reibereien geben.

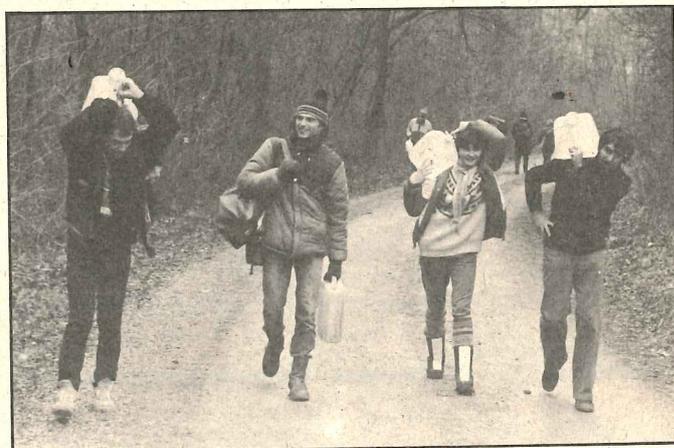
Ichentscheide mich, im Lager 2 zu bleiben, weil dieses das größte aller Lager ist und zu Beginn die Koordination aller Lager mit der "Zentrale" in Stopfenreuth übernimmt. Außerdem ist es mit dem Auto zu erreichen, was die Frage des Essens erheblich vereinfacht.



Zu Beginn ist es, abgesehen von kleinen Rodungen, die von den Ausschützern immer wieder verhindert werden und abgebrochen werden müssen, sehr ruhig. Es werden hauptsächlich die Lager ausgebaut und dem Lagerleben gefrönt. Wenn es um gemütliches Wohnen geht, sind die NOVAK's am phantasievollsten. Sie sind im 2er Lager die ersten, die Indianertipis und andere "Häuser", die mit offenem Feuer oder Kamin von innen beheizt werden, bauen. Da sie recht bequem sind, (die "Häuser") finden sie auch schnell Nachahmer, und so werden die kleinen 2-Mann/Frau-Zelte nach und nach durch Tipis, "Häuser" und überdachte Erdlöcher verdrängt, und aus dem Lager 2 wird eine "Stadt". Beim Bau

\*die sogenannten NOVAK's, weil sie im Impressum ihrer Flugblätter den erfundenen Namen Novak angeben.

der Tipis und Häuser zeigt sich auch ein Holzarbeiter sehr hilfsbereit, denn er schneidet mit seiner Motorsäge "Bauholz" für uns zurecht. Alle sind in guter Stimmung, und das Lagerleben blüht. Alles was gemacht wird, wird gemeinsam erledigt, ganz egal ob Kochen, Brennholz sammeln, oder sonstige Arbeiten. Sucht man Leute für irgendwelche Sachen (Arbeiten oder sonstwas), es ist immer ein Überangebot an Freiwilligen, die



gerne etwa kilometerweit schwere Rucksacktragegestelle schleppen (ich habe selbst einmal 25 Liter Wasser und 10 kg Kartoffeln von der Zentrale in Stopfenreuth ins 2er Lager geschleppt, und dabei bin ich nicht der Einzige). Das ist zur Zeit, als die Au von der Gendarmerie hermetisch abgeriegelt ist, und deshalb auch keine Essenstransporte mit Fahrzeugen in die Lager gelangen können. Also müssen wir zu Fuß in die Zentrale gehen, es funktioniert trotzdem, und die Leute bleiben in der Au, obwohl sie nur auf Schleichwegen mit dem Essen ins jeweilige Lager zurückkommen. Außerdem müssen zu dieser Zeit neuankommende Leute auf Geheimwegen, meistens bei Dunkelheit, in die Au geschleust werden. Auch diese Tätigkeiten übernehmen die jeweiligen "Essensträger".

In den Lagern nimmt die Zahl der Ausschützer rapide zu, und in der Nacht von Sonntag 16. Dez. auf Montag 17. Dez. schlafen im Lager 2 ca. 2000 Menschen, weil für 17. Dez. von der Regierung der definitive Rodungsbeginn veranschlagt wird. Im Lager die ganze Nacht über gespannte Stimmung, um 4 Uhr früh ist praktisch das ganze Lager auf den Beinen. Unzählige Diskussionen, Vermutungen, was passieren wird, wenn die Gendarmerie und eventuell die Polizei die Holzarbeiter mit ihren Motorsägen in die Au auf den Rodungsplatz, den von uns keiner kennt, eskortieren wird. Andererseits sind

wir ja hier im Lager 2, das mitten in der Au ist, und um zu uns zu kommen, müssen sie schon über eines der Lager 4, 1 oder 3 kommen; wir sind relativ sicher, das heißt das Lager ist relativ sicher, die Leute werden dann an den jeweiligen "Einsatzort" laufen, um zu verhindern, was zu verhindern ist. Ich habe als Sanitäter mein Erste-Hilfe-Kofferl schon am Abend vorher zusammengestellt, aber es kommt Gott(?) sei Dank nicht zum Einsatz, weil die begonnene Rodung abgebrochen werden muß. Es gelingt den Ausschützern, hinter die Polizeikette zu den Bäumen zu kommen, und die Polizisten und Holzarbeiter ziehen ohne Gewaltanwendung wieder ab.

Am Abend des 17. Dez. in allen Lagern unheimliche Befriedigung über die verhinderte Rodung. Wir werden selbstsicherer. Seit Anfang Dezember gab es keine einzige nennenswerte großflächige Rodung. Bis jener berüchtigte 19. Dezember kommt. Dies ist der Tag, an dem es die meisten Verletzten gibt.

Wenn ich die Gedanken des Herrn Blecha zu diesem Einsatz charakterisieren müßte, würde ich das mit einem Lied der "Schmetterlinge" aus der "Letzten Welt" tun:

unser guter  
über treibt gerne  
St en

"Geht, Ihr vielen Toten  
geht, mit Euren roten Wunden  
aus dem Eiswald unsrer Blicke

Geht, Ihr Toten viele  
geht, mit Euren kühlen Gliedern  
aus den Bildern unsrer Träume

Geht, Ihr Tränenreichen  
mit aufgetriebnen Bäuchen  
schweigend aus dem Licht in unsren Räumen

Geht, Ihr Volk der Schatten  
schließt die niemals satten Mäuler  
deren Schrei uns nie erreichte"

Als die Meldung von den begonnenen Rodungsarbeiten im Lager 2 eintrifft, findet sich sehr schnell eine große Gruppe von Leuten, die, unter anderem mit mir, über das Lager 1 zum Rodungsplatz, der gleich neben der großen Donaubrücke liegt, also in der Nähe der Lager 1 und 4, wandern. Wir sind fast beim Lager 1 angelangt, als wir bemerken, daß dieses von Polizisten umstellt ist, und niemand aus dem Lager herauskann. Wir umgehen es durchs dicke Unterholz und hören dann den Lärm der Motorsägen schon von weitem. Beim Näherkommen sehen wir, daß der Rodungsplatz von der   Polizei mit Zaun abgeriegelt ist, hinter dem die Polizisten in einem Abstand von höchstens einem Meter voneinander stehen, behelmt und den Gummiknüppel fest in der Hand. Vor dem Zaun ist der sehr leicht schwere Schnittwunden verursachende NATO-Stacheldraht ausgerollt. Als ich das sehe, läuft mir ein kalter Schauer über den Rücken. Wir (ca. 200 Leute) stehen herum, ohne irgendeine Chance, diese erste großflächige Rodung zu verhindern. Schließlich marschieren wir den Zaun entlang und werden bald von der Polizei und Gendarmerie zusammengetrieben.

Ich treffe auf dem Weg eine Gruppe von Ärzten und Krankenschwestern aus dem Lorenz-Böhler-Unfallkrankenhaus, denen ich mich anschließe, weil ich hoffe, vielleicht so dem Zusammengetrieben-Werden zu entkommen. Aber weit gefehlt. Auch das Ärzteteam (alle in weißen Mänteln und weißen Hosen) wird schließlich auf den inneren Damm (beim 4er Lager unter der Brücke) getrieben und so sehen wir uns wieder: auf dem Damm stehend vor einem Kordon von Gendarmerie vorne und einem zweiten von Polizisten dahinter. Die Rodung ist inzwischen beendet, weil es bereits auf den Abend zugeht. Die Arbeiter sind in ihre Quartiere zurückgekehrt, aber die Polizei und Gendarmerie ist noch immer



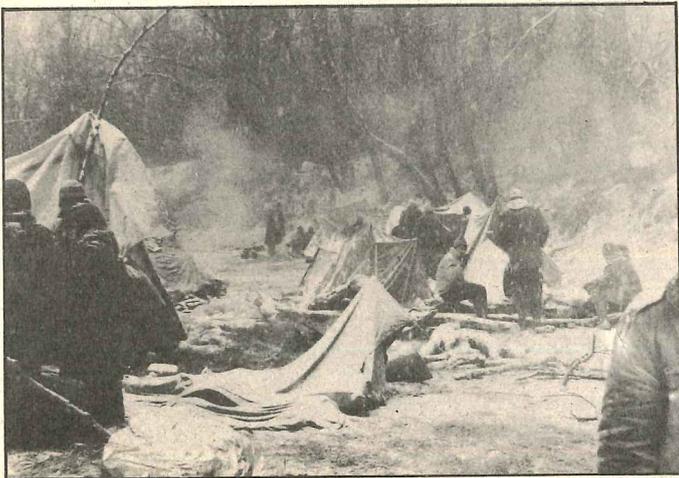
da. Da sehe ich plötzlich einen Gendarmen im Kordon stehen, den ich schon von früher kenne, weil er einmal im Lager neben mir am Lagerfeuer gesessen ist. Da ich ihn also kenne, gehe ich zu ihm, um vielleicht etwas über die weitere Vorgangsweise der Gendarmerie zu erfahren, woraus aber nichts wird, weil er selber nichts weiß. Ich stehe noch ein bißchen bei ihm und wir plaudern (der Situation entsprechend!) relativ ungezwungen, scherzen und lachen beide über irgendwelche Sachen, bis ich von hinten von einem aus dem Ärzteteam angesprochen werde und mich ihm zuwende. Ich beantworte gerade seine Frage, als vom Ober-Gendarmen (über Megaphon) der Befehl "Zerstreuen, wenn nötig mit Waffengewalt" kommt. Von einigen Polizisten und Gendarmen sind Begeisterungsrufe zu hören und wir setzen uns alle nieder und haken uns ein, weil wir es der Exekutive möglichst schwer machen wollen, uns zu zerstreuen. Da kommt der Gendarm, mit dem ich mich vorher noch recht lustig unterhielt, auf mich zu, packt mich ohne ein Wort zu sagen am Rucksack, zieht mir mit dem Gummiknüppel drei Schläge über den Kopf und wirft mich anschließend recht schwungvoll den Damm hinunter. Als ich unten lande, stelle ich fest, daß der Schwung den Gendarmen mitgerissen hat, oder sollte ich mich an ihm festgehalten haben, jedenfalls lande ich auf ihm, was mir im Nachhinein eine gewisse Befriedigung bereitet, da mir sein Verhalten unerklärlich war.

Als ich mich umsehe, stelle ich fest, daß wir alle, ganz egal ob Arzt, Krankenschwester, Sanitäter, Kameramann, Fotograf, Repor-



ter oder sonstiger Ausschützer irgendwie den Damm heruntergefliegen, -gekollert, oder anders vom Damm heruntergekommen sind. Es gibt auch einige Verletzte mit Rißquetschwunden (sog. Cuts) am Kopf, also habe ich alle Hände voll zu tun. Viele der Ausschützer/innen weinen, weil sie so viele unnütze Gewalt nicht verstehen können, noch dazu, wenn die Arbeiten für diesen Tag längst abgeschlossen sind. Andere stehen nur da und schreien: "Aufhören, aufhören!" Einige einzelne wollen wieder den Damm hinauf, um mit den Polizisten, die sie heruntergestoßen haben, "abzurechnen". Diese werden aber von den anderen mit dem "Zauberwort" Gewaltlosigkeit zurückgehalten, und im Endeffekt ist kein einziger den Damm wieder hinaufgeklettert. Als dies alles vorbei ist, gehe ich mit einigen Verletzten aus meinem Lager zurück ins Lager 2. Inzwischen ist es Abend geworden, und wir sitzen alle schweigend ums Lagerfeuer. Irgendjemand rafft sich doch auf, die 19 Uhr-Nachrichten aus dem Radio für alle hörbar über Megaphon zu übertragen. Wir alle sind nahe daran zu resignieren, weil wir praktisch alle geprügelt worden sind, jedem tut es irgendwo weh.

Als wir aber dann im Radio hören, daß bei einer Demonstration in Wien 10.000 Leute auf die Straße gegangen wären, kommen wieder positive Diskussionen auf. Eine Stunde später sind es dann laut Radio schon 14.000 Menschen und am Tag darauf können wir in den Zeitungen lesen, daß es zwischen 30.000 und 40.000 Menschen gewesen sind, und die alte gute Stimmung kehrt angesichts dieses Rückhalts in der Bevölkerung wieder zurück. Den ganzen 20. Dez. lang kommen immer wieder Leute zu mir, denen der Kopf noch schmerzt. Die schlimmste Verletzung, die ich an diesem Tage feststelle, ist ein Schädeldeckenriß bei unserem lieben Erwin. Auch unser großer Vorsitzender der NAWI-Fakultätsvertretung, Hanno, ist nicht ohne Schmerzen weggekommen. Hätte er nicht einen so guten Haarwuchs, würde er jetzt wohl skalpiert herumlaufen. Er wurde nämlich am Tag zuvor an seinen Haaren festgehalten den Damm auf der einen Seite emporgeschleppt und auf der anderen Seite wieder hinuntergeworfen.



Das Wichtigste für mich war in der Zeit (insgesamt 26 Nächte), die ich in der Au verbrachte, der große Rückhalt in der Bevölkerung. Nun noch einige Begebenheiten, die diesen Rückhalt dokumentieren sollen:

In einer ziemlich kalten Nacht kommt ein vollbesetztes Auto mit N-Kennzeichen ins Lager, der Mann geht zur Küche, schnappt sich das Megaphon und teilt uns mit, daß alle, denen kalt sei, zum Auto kommen sollen, es gäbe heißen Tee. Bei Gesprächen mit den Autoinsassen erfahren wir, daß es sich um eine Familie handelt, die extra aus der Wachau! um 24 Uhr (Mitternacht!!) zu uns kommt, weil sie den Wetterbericht im Fernsehen gehört hat, wo man von tiefen Temperaturen in dieser Nacht sprach. Also braute die Familie ca. 50!! Liter Tee, setzte sich ins Auto und kam.

Eine andere Aktion setzte die Oberstufe eines Meidlinger Gymnasiums, die um 9<sup>00</sup> Uhr vormittags zum Direktor der Schule ging und ihm mitteilte, daß in den Oberstufenklassen der Unterricht für diesen Tag ausfalle, da sie alle nicht in der Schule, sondern in der Au seien.

Die vierte Klasse einer Volksschule schickte uns Unmengen an Schokolade; auf jeder einzelnen Tafel klebte ein kleines Zettelchen, auf dem zu lesen war: "Haltet durch, wir sind auf Eurer Seite. Die Schokolade soll ein bißchen die Kälte und den Hunger vertreiben!"



Der Sten.  
(Rückensicht) ↘

Es ist auch bitter nötig, die Kälte irgendwie zu vertreiben, denn bei  $-22^{\circ}\text{C}$  im Zelt ist das Aufstehen am Morgen alles andere als gemütlich. Es gibt aber, trotz der immerwährenden Minusgrade in der Nacht (und auch am Tage), fast keine Erkältungen und keinen Schnupfen.

Wichtig in den Lagern ist auch die Form der Demokratie, die sich eindeutig an der Basis orientiert, also wieder einmal ein funktionierendes Beispiel für Basisdemokratie ist. Es gibt täglich ein Lagerplenium, jeden Tag mindestens eine Ausgabe der "Ausz Zeitung", und unsere Aktionen werden nicht von der Zentrale in Stopfenreuth diktiert.

Am 5. Jänner bin ich schweren Herzens aus der Au wieder nach Wien gefahren und das Einzige, das mir an Wien gefallen hat, war die Tatsache, daß, wenn ich in der Au z.B. eine Orange essen wollte, ich sie mir vorher auftauen mußte, in Wien aber einfach die Orange schäle und sie esse.

Ich werde aber, wenn nötig, nächstes Jahr wieder in die Au fahren, denn das war fast ein Monat lang LEBEN.

# die Organisation der Aubesetzung

7



Verhältnismäßig unspektakulär, aber nichtsdestoweniger sehr wichtig waren Organisation und Infrastruktur der Aubesetzung. Die Besetzung war zwar schon seit einiger Zeit geplant, die Lager und die konkrete Organisation sind aber ziemlich spontan entstanden. Der Bau von Barrikaden, Hütten usw. hat den unmittelbaren Erfordernissen der Besetzung entsprochen - ausländische Revolutions-Experten, wie Blecha & Co hinter jedem Busch zu riechen meinten, waren dazu durchaus nicht erforderlich.

Keiner von uns (Nawi) war in der Zentrale beschäftigt; was wir über Organisation und Logistik der Besetzung wissen, stammt aus eigenem Erleben vor Ort.

## Lebensmittelnachschub

In den ersten Tagen konnten die Lager (damals 1 - 3) noch per Auto versorgt werden. Vom Ort Stopfenreuth bis zum Lager 3 waren es mindestens 6 km, zum Lager 1 ca. 3 km. Später sperrte die Gendarmerie die Zufahrtswege zur Au, und die Lager - jetzt schon 8 Stück - mußten zu Fuß versorgt werden. Zeitweise war es auch zu Fuß ziemlich schwierig, in die besetzten Gebiete zu kommen, was sich in Lebensmittel- und vor allem in Wasserknappheit bemerkbar machte (am Wochenende 16./17. 12.). Lebensmittel mußten teilweise bei Nacht von der Donaubrücke abgeseilt werden.

Das Konrad Lorenz Volksbegehren und die Besetzer mußten praktisch keine Lebensmittel selber kaufen. Es kamen massenhaft Naturalspenden von der Bevölkerung. Unterstützung kam nicht nur von den Anrainern aus den Orten Stopfenreuth, Orth usw., sondern - lastwagenweise - aus ganz Österreich. Angeblich gab es zum Schluß mehr Lebensmittel als in absehbarer Zeit hätten verbraucht werden können.

In den Lagern gab es Kantinenhütten, wo die Lebensmittel gelagert und verteilt wurden.

## Kommunikation

Die Zentrale in Stopfenreuth war per Telefon mit dem Büro des Volksbegehrens in Wien und per Funk mit den Lagern verbunden. Der Sprechfunk wurde allerdings häufig gestört oder von der Polizei eingetrickelt, die sich in den Sprechverkehr einschaltete und Fehlinformation verbreitete. Ergänzt wurde der Funkverkehr durch Fahrradboten, die aber wegen der vielen Barrikaden vor allem zwischen den Lagern 1, 2, 2a, 3 ziemlich behindert waren. Zur Information der Aubesetzer

wurde eine "Auzeitung" gedruckt, manchmal in mehreren Ausgaben pro Tag. An großen Tafeln (v.a. in Lager 2) wurden die Tageszeitungen angeschlagen. Auch über Angebot und Nachfrage an Versorgungsgütern wurde an den Anschlagtafeln informiert. Anschlagtafeln und Kantine waren sozusagen der Marktplatz der Lager, wo Güter und Information ausgetauscht wurden.

Bei der Zentrale in Stopfenreuth erhielt man fotokopierte Au-Pläne. Ernstlich verirrt hat sich angeblich niemand.



## Transport

Nach Stopfenreuth kam man mit Privatautos, öffentlichen Bussen, der Schnellbahn (über Bad Dt. Altenburg) oder den vom Volksbegehren gemieteten Bussen, die zeitweise - in besonders kritischen Zeiten - stündlich von der Uni in Wien abfuhr. Ähnliche Busverbindungen gab es auch aus Graz. Von Stopfenreuth in besetztes Gebiet kam man in den ersten Tagen ohne Schwierigkeiten, später wurde das Betreten per Verordnung der Bezirkshauptmannschaft verboten und die Zugänge teils strenger, teils nachsichtiger kontrolliert. Man mußte dann auf Schleichwegen, durchs Gebüsch oder per Boot über den Tiergartenarm in die Au. (Hier ist vor allem die physische Leistung derer zu würdigen, die auf so umständlichen Wegen Lebensmittel und Versorgungsgüter transportierten.) Unangenehm war zeitweise auch das Überqueren des Marchfeld-Schutzdammes, der von der Gendarmerie kontrolliert war (weite freie Sicht). (Manche dürften sich bei solchen Gelegenheiten gedacht haben, daß sie beim Bundesheer doch auch ein paar brauchbare Dinge gelernt haben!).



Besetzer ohne geographische Kenntnisse wurden von ortskundigen weil schon länger in Einsatz befindlichen Kolleg/innen in die Au geführt.



## Barrikaden- und Hüttenbau

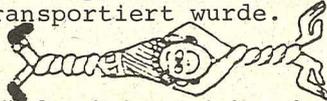
Sehr schnell stellte sich die Notwendigkeit des Baus von Barrikaden und Blockaden heraus. Es ist anzunehmen, daß die ziemlich starke Befestigung der Lager 2, 2a und 3 die Exekutive vor einer Totalräumung der Au zurückschrecken ließ und sie zu einer sehr kleinräumigen Taktik zwang; nämlich kleine Flächen abzuriegeln und drinnen roden zu lassen. (Auch wenn die Rodungsversuche nicht nach dem 19. 12. abgebrochen worden wären, hätte man zum Fällen aller 1,2 Mio Bäume auf diese Weise ein paar Jahre gebraucht). Die Räumung der Barrikaden und der Lager wäre nur mit erheblicher Gewaltanwendung (viele Verletzte) möglich gewesen, die man angesichts des starken öffentlichen Interesses und der Präsenz des ORF und der Presse vermeiden wollte.

Zum Barrikadenbau diente Unterholz und die bei den kleinen Teilrodungen gefällten Bäume, sowie das für den Wildzaun vorgesehene Drahtgitter.



Die Sperren waren zum Teil sehr massiv, das Lager 3 war mit hohen Steinbarrikaden (bis über 2 m hoch) befestigt; Die Nawi-Barrikade "Rosa Luxemburg" zwischen den Lagern 2a und 3 bestand im Kern aus einem bei einer Rodung gefällten Baum von 1m Durchmesser, 6m Länge und mindestens 3t Gewicht, der von 30 Leuten getragen und nach Art des altägyptischen Pyramidenbaus auf Rollen transportiert wurde.

Auch ich habe einen Baum gerollt!



Als Unterkünfte haben sich neben Zelten vor allem "Indianertipis" aus einem kegelförmigen Holzgerüst, umwickelt mit Plastikfolien, sowie Erdhäuser mit dem Boden ca 1m unter der Erde, mit einem Dach aus Ästen und wieder Plastikfolien und zum Teil mit Feuerstellen ausgerüstet, sehr bewährt. Immer waren die Hütten mit Stroh ausgelegt, das die Bauern der Umgebung sehr reichlich gespendet hatten. Die Kantinen waren Holzkonstruktionen, verkleidet mit Plastikfolien. Zum eigenen Häuserbau konnte man sich in der Zentrale in Stopfenreuth und in den Lagern Werkzeug (Schaufeln etc.) ausborgen. Sogar ein an der Arbeit gehinderter Holzfäller hat beim Bau mitgeholfen.



## Entsorgung

Die Abfälle wurden sortiert und in den Lagern gesammelt und dann in großen Säcken nach Stopfenreuth transportiert. (Hinaus konnte man auch zur Zeit der obrigkeitlichen Sperre leicht) Im Lager 2 wurden Humusklos aufgestellt, in Lager 3 gab es ein selbstgemachtes Plumpsklo. Die Gebüsche rings um die Lager waren mit der Zeit trotzdem ziemlich äh überdüngt.



## Sanität

Dr. Reinhard Schembera baute vom Lager 2 aus eine medizinische Infrastruktur auf. In jedem Lager gab es zumindest eine/n Sanitäter/in. Zu versorgen waren vor allem Ribquetschwunden nach Exekutiveinsätzen. Größere Verletzungen (Brücke) wurden klarerweise im Krankenhaus behandelt. Ansonsten waren die Besetzer trotz Kälte und Entbehrungen erstaunlich gesund.

## Seelenheil

Auch für geistigen Beistand war gesorgt. Unter den Besetzern gab es Franziskaner in Ordenstracht und bei der Weihnachtlichen Feldmesse in Stopfenreuth waren 10.000 Gläubige.

Sten, BoPe, Kanno

"Vor allem spricht für die Wasserkraft die Tatsache, daß sie die sauberste Energie ist. Durch ihren Ausbau kann der Anteil umweltbelastender Energieerzeugung reduziert werden." (F. SINOWATZ in seinem Hainburgbericht vom 23. 01. 85 an den Nationalrat.)

"Der sinnvolle Ausbau der Wasserkraft

ist die einzige Möglichkeit für einen billigeren Strompreis" erklärt der für Energiepolitik verantwortliche Handelsminister STEGER (ORF-Nachrichten am 16. 01. 85).

Daß solche Behauptungen längst durch die Tatsachen widerlegt sind, berichtet der folgende Artikel.

## ÜBER DEN JAMMER DER ÖSTERREICHISCHEN STROMPOLITIK

# EINMAL STROM AUS ZWEIMAL KRAFTWERKEN (ZU STOLZEN PREISEN)

Österreich, ein Land der Wasserkraft. Doch das "Weiße Gold" ist alles andere als gratis. Die enormen Folgekosten des Stroms aus den Flußkraftwerken - und jetzt ist nicht vom Verbrauch an Natur und Infrastruktur die Rede - sind erst wenigen Fachleuten klar; die tonangebenden Politiker wollen ihr Weltbild ebensowenig ankratzen. Sie "interessieren" sich frühestens, nachdem wir sie dazu gezwungen haben.

Die Stromerzeugung aus Laufwasserkraftwerken, so der Ausgangspunkt, kann durch die unvorhersehbaren Zufälligkeiten der Witterung auf weniger als ein Viertel der nominellen Kraftwerksleistung zurückgehen (wie auch der Jänner '85 bewiesen hat). Die vielen - und infolge des Wasserkraftausbaus immer mehr werdenden - Wärmekraftwerke, die aus diesem Grund in Bereitschaft stehen müssen, aber nur für kurze Zeit des Jahres wirklich gebraucht werden, verursachen unproduktive Kosten, die gigantisch sind. Diese Kosten, denen fast keine Einnahmen aus der Stromerzeugung gegenüber stehen, tun den E-Gesellschaften in der angespannten Kreditrückzahlungslage besonders weh. Ihre kurzsichtige Antwort: Die benötigte Ersatzleistung für die Schwankungen der Wasserkraft wird schon nicht so schrecklich groß sein; wir produzieren lieber zusätzlichen Strom mit unseren Wärmekraftwerken und verkaufen ihn für Elektroheizungen. Damit setzen sie den Teufelskreis in Gang, in welchem Österreichs Strompolitik zu versinken droht. Den Preis für den unnötigerweise rasch zunehmenden doppelten Wasser- und Wärmekraftwerkspark zahlt freilich die Bevölkerung: Mit Naturzerstörung, Luftverschmutzung, mit Steuern und vor allem mit der Stromrechnung.

### SONDERSTELLUNG DES ELEKTRISCHEN STROMS

Strom ist eine spezielle, besonders hochwertige Energieform. Er eignet sich besonders für Zwecke, wo hohe Temperaturen erzielt werden müssen (E-Schweißen...), zur Umwandlung in Antriebskraft (Motore), Beleuchtung, besondere Verfahren zu Stoffumwandlung (Elektrolyse...), Elektronik

und Nachrichtentechnik, etc.

Für alle anderen Zwecke, vor allem für die besonders energieintensive Raumheizung, ist Strom **nicht nötig**. Ihn dennoch einzusetzen, bedeutet meist eine sinnlose Vergeudung hochwertiger Energie für Zwecke, die mit niederwertiger Energie (zB. Sonnenenergie) ebenfalls erfüllt werden können.(1)

(1) Auch Gas oder Dieselöl sind hochwertige Energien, mit ihnen können hohe Temperaturen erzielt werden. Diese Energieträger einfach zu verbrennen, um Wasser 40° oder Raumluft 20° warm zu machen, ist phantasielos und angesichts

der Umweltsituation abzulehnen. Die Verbindung von Kraft- (Elektrizitäts-) und Wärmeerzeugung ist der Grundgedanke des Systems der "Blockheizkraftaggregat", mit denen sich ein eigener Artikel weiter hinten beschäftigt.

Dieser Gedanke ist wichtig, da in Österreich 85 % des Nicht-Verkehrs-E-Bedarfs auf den Niedertemperatursektor (unter 100°C) entfallen: In Österreich geht 85 % aller Energie (außer dem Transportsektor) in die Raumheizung und das Warmwasser.

Dennoch propagiert und fordert die E-Wirtschaft die von der Energienutzung her scharf abzulehnende E-Heizung und die elektrische Wärmepumpe. Sie tut das - wie wir das in der bürgerlichen Gesellschaft auch sonst auf Schritt und Tritt erleben - einzig aufgrund kapitalistischen Gewinnstrebens (Absatzsteigerung, Marktvergrößerung...). Dieses vom Kapitalismus bedingte Gewinnstreben, welches die Oberhand behält, solange dieses Wirtschaftssystem weiterbesteht, richtet sich dann eben gegen einen gesellschaftlich sinnvollen Energieeinsatz und bewirkt in der Konsequenz Natur- und Umweltzerstörung.

ROLLE DES STROMS IN DER ENERGIEVERSORGUNG

17 % des österr. Energieverbrauchs entfallen auf Elektrizität; aus der Wasserkraft kommen jetzt etwa 12 %. Und wenn der letzte Bach verbaut ist, werden es um die

Die österreichische Elektrizitätswirtschaft

Die Organisation der österreichischen Elektrizitätswirtschaft wurde mit dem Zweiten Verstaatlichungsgesetz, das der Nationalrat am 26. März 1947 einstimmig beschlossen hat, geregelt. Danach gibt es:

**Landesgesellschaften**  
Den Landesgesellschaften obliegt es, die All-gemeinversorgung mit elektrischer Energie im Bereich der einzelnen Bundesländer durchzuführen, die Verbundwirtschaft im Landesgebiet zu besorgen und Energie mit benachbarten Gesellschaften auszutauschen.

**Sondergesellschaften**  
Großkraftwerke, die im wesentlichen nicht zur Erfüllung der Aufgabe der Landesgesellschaften bestimmt waren, wurden mit den zugehörigen Leistungen und Umspannwerken an Sondergesellschaften übertragen, deren Hauptaufgabe

heute Bau und Betrieb von Großkraftwerken ist. (z.B. DOKW)

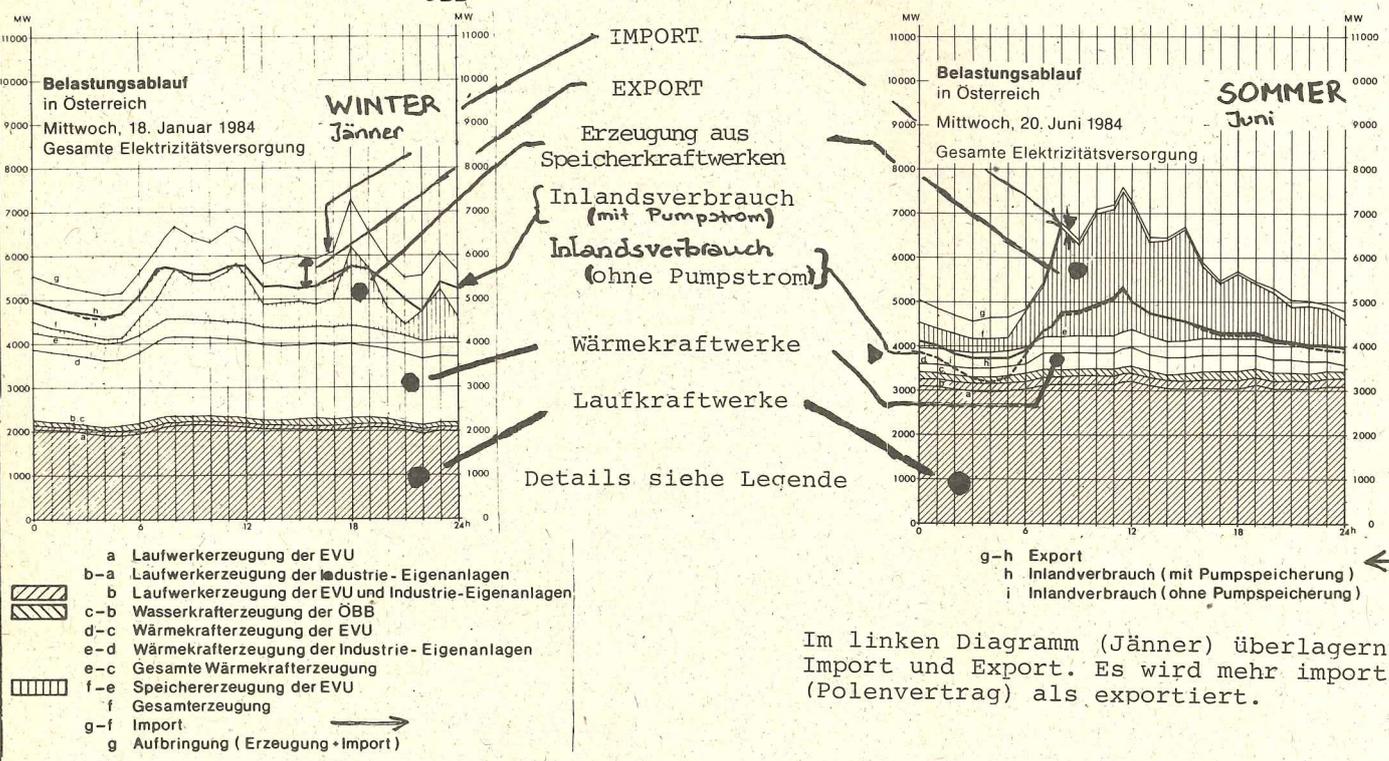
**Verbundgesellschaft**  
Die treuhändige Verwaltung der Bundesbeteiligungen an Sondergesellschaften besorgt die Verbundgesellschaft. Ihre Aufgabe ist u. a., den gegenwärtigen und künftigen Strombedarf zu ermitteln sowie den Ausgleich zwischen Erzeugung und Bedarf im Verbundnetz unter Bedachtnahme auf die günstige wirtschaftliche Verwendung des zur Verfügung stehenden Stromes herbeizuführen. Zu diesem Zweck hat sie Verbundleitungen zu errichten und zu betreiben sowie den Bau und Betrieb von Großkraftwerken durch Sondergesellschaften zu veranlassen. Stromlieferungsverträge mit dem Ausland bedürfen ihrer Zustimmung.

**Landeshauptstädtische und andere EVU**  
Daneben bestehen fünf landeshauptstädtische Versorgungsunternehmen sowie andere kommunale, genossenschaftliche und private Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU).

16 bis 17 % sein (WIFO-Prognose für 1995; Jänner soll auch der Strom bereits 21 % des Gesamtenergieverbrauchs ausmachen).

Im Gegensatz zu anderen Energieträgern muß Strom im Augenblick seiner Verwendung hergestellt werden. Der Stromverbrauch schwankt mit der Tageszeit (und dem Wochentag). Die erzeugte/benötigte Leistung wird als Belastungsablauf abhängig von der Tageszeit dargestellt:

Gesamte Elektrizitätsversorgung  
EVU (Elektrizitätsversorgungsunternehmen) + Industrieanlagen + ÖBB



Im linken Diagramm (Jänner) überlagern sich Import und Export. Es wird mehr importiert (Polenvertrag) als exportiert.

Im Jänner und im Juni herrschte (zufälligerweise) durchschnittliche Wasserführung bei den Laufkraftwerken (Erzeugungskoeffizient = 1.00 bzw. 1.02; vgl. Fußnote 4).

Die Diagramme können daher als repräsentativ für die durchschnittliche Erzeugungsmöglichkeit der Flußkraftwerke an Strom in diesen Monaten betrachtet werden.

Diese Diagramme (2) illustrieren recht gut die in Österreich benötigte elektrische Leistung, angegeben in Megawatt MW: An einem durchschnittlichen Sommertag wird

eine Grundlast von rund 4000 MW mit Spitzen bis knapp 5500 MW benötigt. An einem Wintertag werden aus dem Stromnetz 5000 bis unter 6000 MW abgenommen (3).

(2) Diese und viele weitere Daten werden jährlich vom Bundeslastverteiler in der Betriebsstatistik der österreichischen Elektrizitätswirtschaft veröffentlicht.

(3) Der Spitzenwert des Horrorwinters 84/85 lag bei etwa 6200 MW.

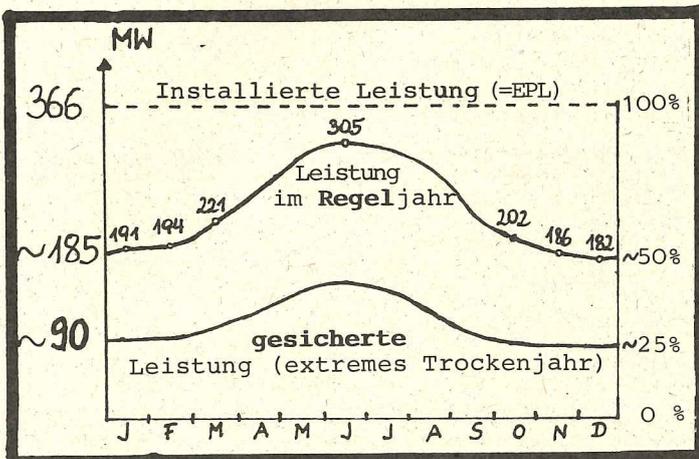
Doch nun zu den Einzelheiten des Dilemmas.

### GROSSE WASSERSCHWANKUNGEN

Das größte Problem bei der Stromversorgung aus Laufwasserkraft ist die Schwankung in der Wasserführung der Flüsse, des sogenannten "Wasserdargebotes".

Um eine Rechengröße für die Planung und Statistik zu haben, wird in der Wasserkrafttechnik von der Wasserführung im **langjährigen Durchschnitt**, dem sogenannten **Regeljahr**, ausgegangen. Jene el. Arbeit, (etwa in GWh), die ein Laufkraftwerk bei dieser durchschnittlichen Wasserführung erzeugt, wird als **Regelarbeitsvermögen (RAV)** des Kraftwerks bezeichnet.

Das folgende Diagramm stellt die enorme Leistungsschwankung eines Flußkraftwerkes in Abhängigkeit von den einzelnen Monaten eines Jahres dar:



Dabei fällt zuerst auf, daß im Sommer (Juni) nur  $\sim 85\%$  der ausgebauten Leistung (= **Engpaßleistung (EPL)** = installierter Maschinensatz = "Kraftwerksleistung") erreicht wird. Das liegt daran, daß bei höherer Wasserführung die Höhendifferenz zwischen Ober- und Unterwasser zurückgeht und damit die erzielbare Leistung abnimmt.

Bei **Regeljahresbedingungen** liegt die Kraftwerksleistung im **Winter** (Dez., Jän) wegen niedriger Wasserführung schon von Haus aus bei etwa  $50\%$  der Engpaßleistung (bzw. bei  $\sim 60\%$  der Juni-Leistung, dem wassermäßig besten Monat des Jahres).

Viel folgenschwerer noch sind die unvorhersehbaren Abweichungen von den Durchschnittsbedingungen. Denn durch die Witterung ist die Wasserführung sehr großen Unsicherheiten unterworfen (4). In extremen Trockenjahren kann die Leistung (und das entsprechende Arbeitsvermögen) **auf  $30\%$  der Kraftwerksleistung absinken**. Unter besonders widrigen Umständen (Eisstöße an den Zubringern, zugefrorene Stauseen...) **kann die Leistung für Tage und Wochen sogar auf nur  $20\%$  (!) zurückgehen**. In der Kälteperiode des heurigen Winters war es (um den 11.01.85) sogar noch schlimmer.

Diese Unsicherheit in der Wasserführung bedeutet, daß nur die **niedrigste** im Diagramm aufscheinende Leistung (untere Kurve =  $25\%$ ) als gesicherte Leistung angesehen werden darf, denn den E-Gesellschaften ist die Sicherstellung der Versorgung aufgetragen.

### HAINBURG, EIN 90-MEGAWATT-KRAFTWERK ?

Die konkreten Zahlen, die sich für das KW **Hainburg** für die wasserbedingten Leistungsschwankungen errechnen, sind im obigen Diagramm auf der linken Seite eingetragen. Mit einem Maschinensatz von **366 MW** würde Hainburg **unter Regeljahresverhältnissen** etwa **300 MW im Sommer**, jedoch **nur etwa 185 MW im Winter** ins Netz einspeisen.

Als wirklich **gesichert** darf aber nur  $25\%$  der KW-Leistung, also nur eine Leistungsfähigkeit von etwa **90 MW (!)** betrachtet werden. Zumindest auf diesen Wert wäre die Kraftwerksleistung zB. auch in den extremen Jännertagen **85 abgesunken**; das mußte selbst **FREMUTH** im Mittagsjournal zugeben. Statt eines sündteuren **300-MW-Kraftwerkes** stünde nur eines mit **90 MW** zu Verfügung, wenn der Strom am dringendsten gebraucht wird.

Das bedeutet aber, daß **zusätzlich zu Hainburg irgendwo in Österreich ein kalorisches Kraftwerk mit etwa 210 MW als Ergänzung stehen muß**.

### FÜR EINMAL STROM: ZWEIMAL KRAFTWERKE

Damit sind wir mitten in jenem Thema, welches in der ganzen energiepolitischen Debatte der letzten Monate von den (völlig uninformatierten? gänzlich verlogenen?) Politikern und Fachleuten verschwiegen oder ignoriert wurde – die Zitate vom Anfang des Artikels ließen sich lang fortsetzen. Selbst der Leiter der Energieverwertungsagentur (EVA), P. WEISER, versteigt sich zu der Behauptung: "Die Wasserkraft kostet ja nichts, die rinnt ja gratis durch die Turbine..."<sup>4</sup>

Geradezu das Gegenteil ist der Fall: Jedes neue Laufkraftwerk benötigt kalorische Reserveblöcke im Ausmaß von  $75\%$  seiner Leistung: **1,75 Kraftwerke für einmal Strombezug**, sozusagen.

Diese Ergänzungsblöcke werden von **August bis April** – mit Leistungsmaximum im **Dez., Jan.** – eingeschaltet.

### HYDROTHERMISCHES KRAFTWERKSSYSTEM

Die Betriebsform des wechselseitigen Zusammenspiels von Wasserkraft und kalorischen Kraftwerken heißt **hydrothermisches Kraftwerkssystem** (5). Es wird in der Fachliteratur behandelt und wird auch – wenn auch vermutlich nicht gerade zur reinen Freude der E-Wirtschaft – in den offiziellen Kraftwerksprogrammen dargelegt. Die ein-

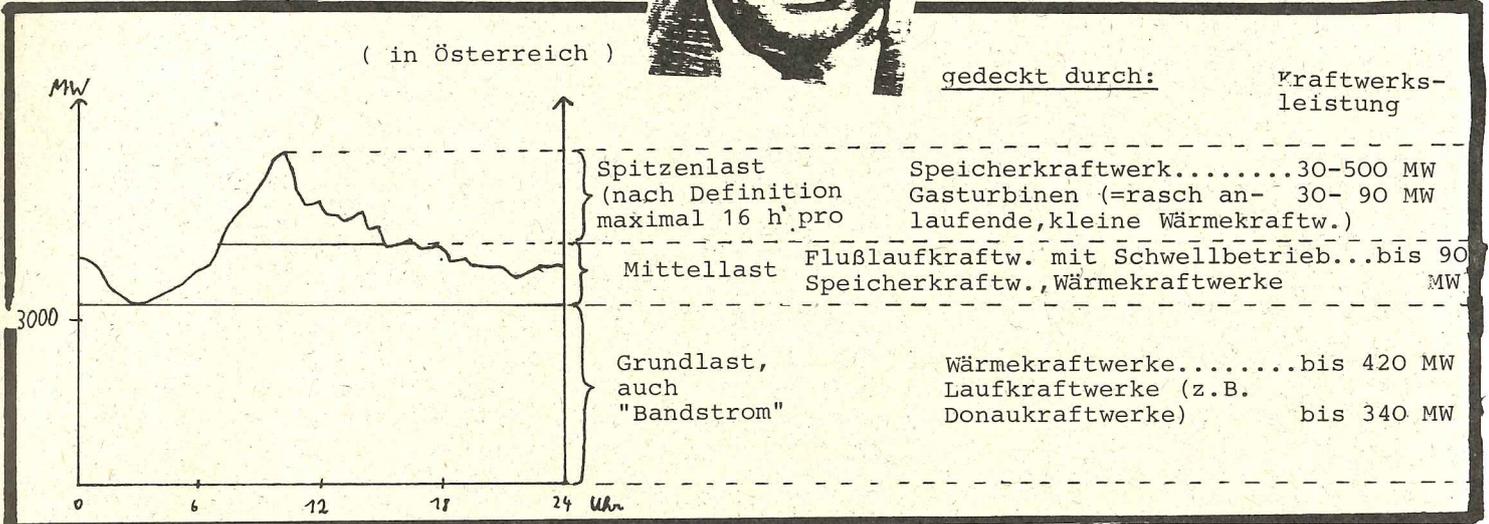
(4) Die Abweichung der tatsächlichen Wasserkrafterzeugung vom RAV wird mit dem sog. **Erzeugungskoeffizienten** beschrieben und tabelliert. Bei einer  $20\%$ igen Mehrererzeugung (über dem Durchschnitt also) wäre der Erzeugungskoeff.  $1,20$ , bei einer  $35\%$ igen Minderererzeugung ist er  $0,65$ . Solche Werte kommen durchaus vor, wobei gerade im Winter die auftretende Schwankungsbreite viel größer ist.



**DIE KRAFTWERKSARTEN**

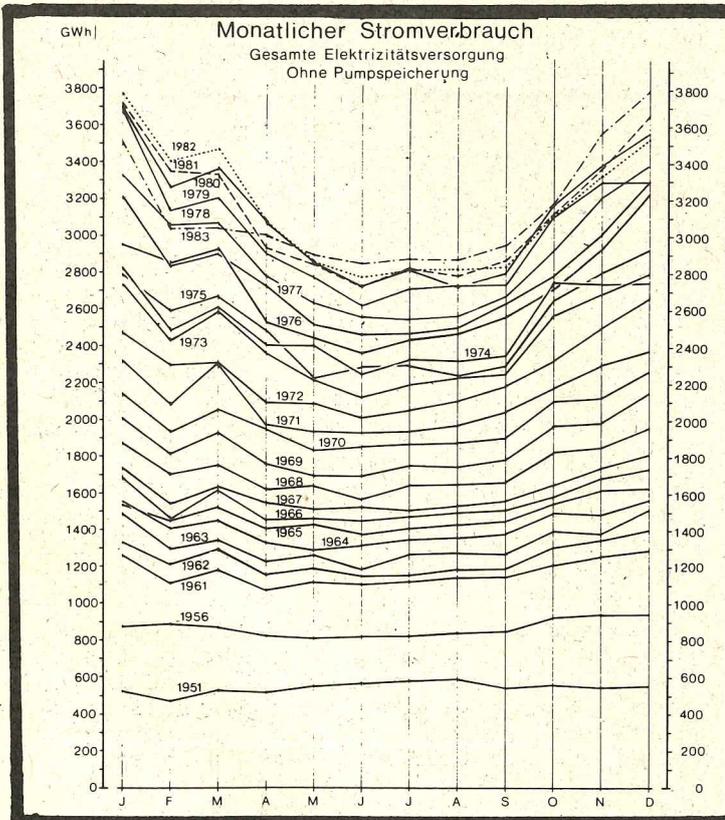
Die benötigte Leistung wird mit verschiedenen Kraftwerkstypen erzeugt:

Zur Vollständigkeit sei noch die Größenordnung der in Österr. verbrauchten el. Arbeit angeführt: 1984 etwa 40 000 GWh.



**JAHRESGANG DES VERBRAUCHS**

Mehr noch als die Änderung der Tageslast zeigt der Belastungsablauf über die Monate eines Jahres ein ganz charakteristisches Verhalten.



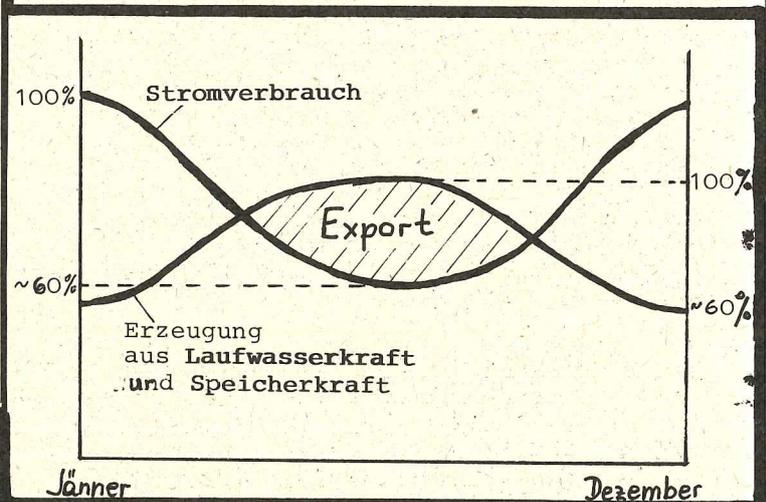
In Österreich verbrauchte el. Arbeit (in [GWh/Monat]) abhängig vom Monat. Die Zyklenform beruht auf der unterschiedlichen Tageszahl der Monate.

Dabei fällt auf, daß bis Mitte der 60er

Jahre der Winterverbrauch nicht wesentlich über dem im Sommer lag. Heute ist der Verbrauch im Dezember oder Jänner um fast 40 % höher als im Juni oder Juli. Dieser erhöhte Bedarf im Winter ist natürlich kein Naturgesetz, sondern "hausgemacht" - und tritt noch dazu genau gegenläufig zur Stromerzeugung aus Wasserkraft auf; diese nämlich hat im Winter ihr Minimum.

Hauptverantwortlich für diese ungünstige Entwicklung ist die Einführung und Förderung der **Elektroheizungen!** Durch die herrschende Energiepolitik wird die Winter-Sommer-Kluft noch systematisch vertieft: Wenn der Stromverbrauch um 3 % pro Jahr steigt, so gibt das nur den Durchschnitt an. Der Wintergipfel des Verbrauchs wächst hingegen fast doppelt so rasch (!) wie die Sohle des Sommertales.

Die (verfahrene) Elektrizitäts-Situation in Österreich sieht grob **schematisch** also so aus:



Das soll nicht heißen, daß nicht auch im Winter kräftigst exportiert wird.

bekanntesten Fakten sind nämlich sehr aufschlußreich:

"Die aus saisonalen Schwankungen resultierenden Probleme für die Strombedarfsdeckung werden noch zusätzlich durch die Unsicherheit in der Wasserführung der österreichischen Flüsse verstärkt. Für das Abrechnungsjahr 1982/83 beträgt zB. die Differenz der Wasserkraftnutzung bei guter Wasserführung (mittlere Naßjahresbedingungen) und bei schlechter Wasserführung (mittlere Trockenjahresbedingungen) in der Winterperiode 3 200 GWh, in der Sommerperiode 2 500 GWh und somit im Abrechnungsjahr insgesamt 5 700 GWh. Die Erzeugungsdifferenz von 3 200 GWh in der Winterperiode entspricht der Stromerzeugung eines Wärmekraftwerkes mit der Leistung von **900 MW** bzw. von drei Kraftwerken Voitsberg 3." (Koordiniertes Kraftwerksausbauprogramm 1983, S.10)

"Die Deckungsprobleme (...) entsprechen denjenigen eines ausgeprägten hydrothermischen Kraftwerksystems. Sie resultieren aus den jahreszeitlichen Schwankungen und aus den witterungsbedingten Unsicherheiten der Stromerzeugung der Wasserkraftwerke. Sie betreffen die Einsatzplanung und Auslastung der Wärmekraftwerke, die Brennstoffbewirtschaftung, die Beschaffung der notwendigen Stromimporte für die Winterperioden sowie die Bereitstellung einer ausreichenden Trockenjahresreserve zusätzlich zu einer stehenden Reserve die zu Aushilfe bei Kraftwerksausfällen vorhanden sein muß." (Koordiniertes Kraftwerksausbauprogramm 1984, S.14)

#### WÄRMEDIAFTWERKE, SOWEIT DAS AUGE REICHT

Seit der Inbetriebnahme des Donaukraftwerks Greifenstein beträgt die Leistung der österr. Laufkraftwerke 4 000 MW. In extremen Trockenjahren bringen diese Laufkraftwerke nur etwa 1 100 MW! Nur diese 1 100 MW sind die **gesicherte** Leistung, auf deren Bereitstellung vertraut werden darf. Und auch diese Werte sind relativ: Im Extremjänner 85 sank die Leistung aller Laufkraftwerke für einige Tage auf sogar **nur 830 MW!**

Es müssen also etwa 3 000 MW, die bei Niedrigwasser (für mehr als einige Tage) fehlen, **thermisch ersetzt** werden. Mit jedem neuen Laufkraftwerk muß der Ersatzpark an thermischen Kraftwerken größer werden. Dazu kommen noch die thermischen Kraftwerke, die zur regulären Abdeckung des durch die E-Heizung hervorgerufenen Wintergipfels dienen, sowie weiters die stehende Reserve zur Aushilfe bei Kraftwerksausfällen ...

#### DAS MÄRCHEN VON DER STILLEGUNG DER KOHLEKRAFTWERKE

"Ha burg bauen, damit der Wald vor dem sauren Regen gerettet werden kann", wird zum Beispiel Minister HAIDER nicht müde zu wiederholen.

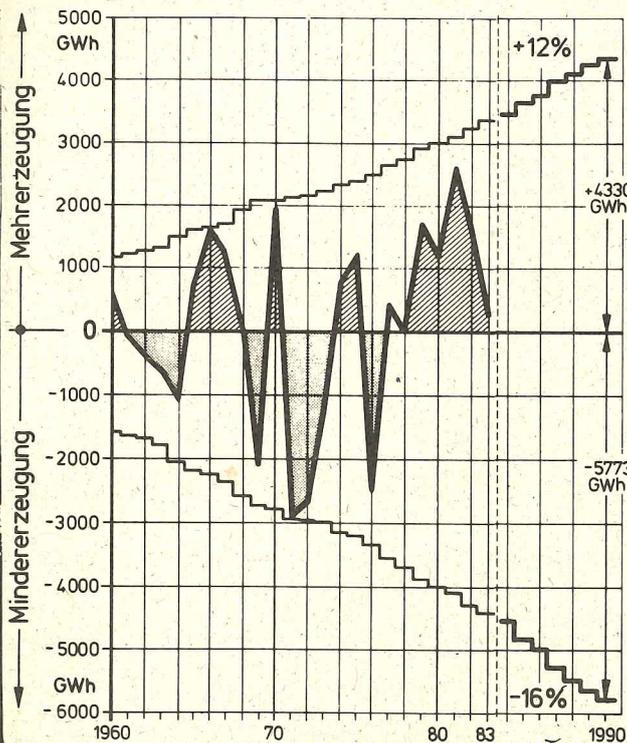
"Umweltschutzproblem Nummer eins dürfte wohl der 'saure Regen' sein. Ein Wasserkraftwerk produziert keine Abgase. Wenn Hainburg gebaut wird, kann man auf einige kalorische Kraftwerke verzichten", behauptet die Verbundgesellschaft im Faltspekt "Ein Dutzend gute Gründe für Hainburg". (Daß die - teure - Abgasentschweefung und -entstickung eine tatsächliche umweltschonendere Möglichkeit ist, "vergisst" sie gleich.)

Daß ihre Behauptungen falsch sind, stört diese Leute kein bißchen. Aus den oben angeführten Gründen müssen die alten kalorischen Blöcke einschaltbereit sein und zusätzliche Blöcke gebaut werden.

Allein von 1983 bis 1990 sollen 9 Wärmekraftwerke mit einer Leistung von **2 000 MW (!!!)** in Betrieb gehen (gültiges Kraftwerksausbauprogramm), wobei der stillgelegte Uralt-Block Voitsberg 1 schon abgezogen ist. 1 350 MW sind bereits in Bau. Das ist nicht die Bösartigkeit der E-Wirtschaft, sondern der beinharte Sachzwang, der aus dem Ausbau der Laufwasserkraft folgt.

(5) Eine alternative, umweltverträglichere Form eines hydrothermischen Systems stellt in gewisser Weise das System der Blockheizaggregat dar.

Die Brisanz der Entwicklung wird durch das folgende Diagramm unterstrichen:



Abweichung der tatsächlichen Wasserkrafterzeugung vom Gesamt-Regelarbeitsvermögen (RAV) aller Wasserkraftwerke. Das RAV wächst mit jedem neuen WasserKW. Die Stufenlinien drücken den 12%- bzw. den 16%-Wert des Wasserkraft-RAV aus bezogen auf das jeweilige Jahr.

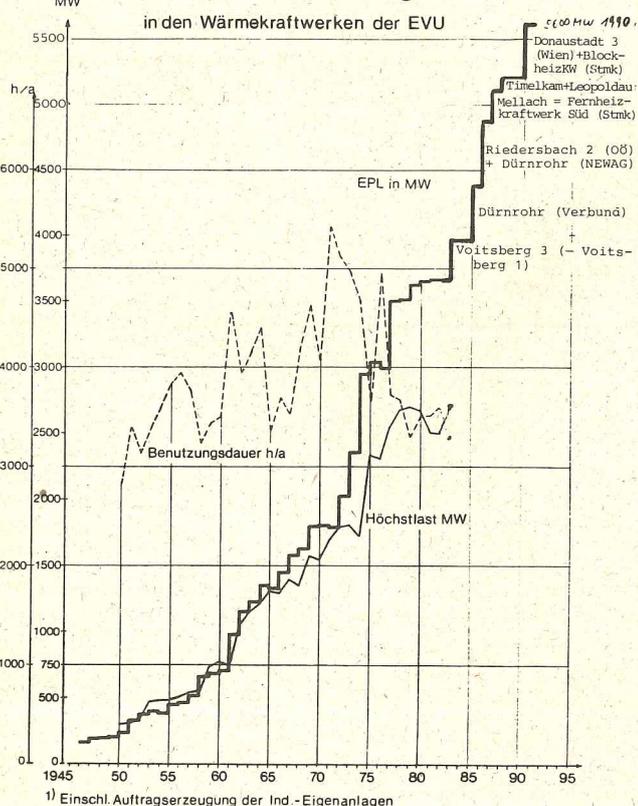
Die dicke Kurve zeigt die **tatsächlich** eingetretene Abweichung (in GWh/Jahr). Sie fällt mit der Nulllinie zusammen, wenn die WasserKWe das RAV erzeugen können (=Regeljahresverhältnisse). Sie berührt die untere Stufenlinie, wenn schlechte Wasserführung die Erzeugung um 16% unter das jeweilige RAV drückt; sie berührt die obere Stufenlinie, wenn überdurchschnittliche Wasserführung eine Mehrererzeugung von 12% erlaubt.

Je größer die Schwankungsbreite (in GWh/Jahr) wird, umso größer muß die kalorische Ersatzkapazität sein: Wasserkraft bremst nicht den kalorischen Kraftwerksbau, sondern führt ihn herbei.

Das Diagramm zeigt aber nur die halbe Wahrheit, da es auf den Daten aus Laufkrafterzeugung **und** Speicherkrafterzeugung beruht. Speicherkraft ist ja prinzipiell **jederzeit verfügbar** und springt dann mit ein, wenn die Flüsse Niedrigstwasser haben. Für die Laufwasserkraft allein würde obiges Diagramm eine noch **viel eklatantere Mindererzeugungs-Gefahr** und damit einen wesentlich höheren kalorischen Ersatzbedarf ausdrücken. Die ungünstigere Rechnung ist gerechtfertigt, wenn man berücksichtigt, daß die Speicherkraftwerke wenigstens zum Teil für echte kurzfristige Verbrauchsspitzen "aufbewahrt" werden sollen.

Der Ausbau der kalorischen Kraftwerke geht auch entsprechend rasant voran:

Engpaßleistung, Höchstlast<sup>1)</sup> und Benutzungsdauer



Weil sich der kalorische Ausbau vor der Öffentlichkeit nicht verstecken läßt und zugleich der Bevölkerung aber "Wasser statt Kohle" vorgegaukelt wird, konnte die den Strommanagern peinliche Frage nach den nun wirklich stillzulegenden Wärmekraftwerken nicht ausbleiben. Die Antwort kam zögernd und ausweichend: Man werde vielleicht eine kalorische Leistung von 166 MW stilllegen... Ein lächerlicher Betrag angesichts der Ausweitung um 2000 MW; außerdem besonders teure kleine Altanlagen mit sehr schlechtem Wirkungsgrad, deren Ersetzung ohnehin nötig ist...

Schon bisher wurden so gut wie keine Wärmekraftwerke stillgelegt: 1970 bis jetzt wurden wohl kalorische Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 2500 MW gebaut, alte Wärmekraftwerke aber nur mit 150 MW abgerissen. (darunter Voitsberg 1, 1983).

Die schlechte Gesamtplanung der E-Wirtschaft verhindert die Stilllegung alter Dreckschleudern. Keine Bundesstelle kann einer Landesgesellschaft vorschreiben, ein bestimmtes Kraftwerk zuzusperren; jede Landesgesellschaft blickt nur auf ihre eigene Bilanz, und ein abgeschriebenes Werk kann noch immer etwas Profit bringen (und Umweltverdrückung kostet nix).

Was kostet diese Energiepolitik?

Zur Auswahl steht also nicht die Alternative "Wasserkraft oder Wärmekraft" (wie es E-Wirtschaft und Regierung gerne darstellen), sondern "Hydrothermischer Verbund oder Wärmekraftwerke". Die Kosten für Wasserkraft-

werke und für Wärmekraftwerke können nicht gegeneinander gestellt werden, weil die Kosten ja im Zusammenspiel der Kraftwerkstypen (eben im hydrothermischen Verbund) anfallen.

#### BAUKOSTEN

Kalorische Kraftwerke sind pro installierter Leistungseinheit (zB. pro MW) wesentlich billiger als neue Laufkraftwerke. Ein Megawatt in Laufwasserkraftwerk kostet grob gesagt etwa 40 bis 50 Mio S, in einem Wärmekraftwerk (Beispiel Dürnrrohr) knapp 20 Mio S (6).

#### ERZEUGUNGSKOSTEN

Umgekehrt verhält es sich mit den Erzeugungskosten: Laufkraftwerke liefern im Lauf der Jahrzehnte billigeren Strom, weil die Errichtungs- (und Betriebs-)kosten auf etwa 50 Jahre auf die erzeugten Kilowattstunden überwältigt werden (Lebensdauer ~70...80 Jahre). Die Abschreibung erfolgt aber nicht linear, sondern in der betriebswirtschaftlichen Vorgangsweise nach der Methode der kalkulatorischen Zinsen (angenommen 8%) und kalkulatorischen Abschreibungen. Man erhält dabei Gesteungskosten von rund 1 S/kWh (!).

#### HAINBURG

Der Bau von Hainburg kostet mindestens 15 Mia S. In dieser Summe ist allerdings auch der "Bundeszuschuß" (Geschenk!?) von mindestens 4,8 Mia für Hainburg berücksichtigt, den die DoKW in ihrer Kalkulation gern "vergißt", denn dann könnte DoKW-Direktor KOBILKA nicht mehr behaupten "Strom aus Hainburg kostet 50 g/kWh" und damit verschleiern, daß der Steuerzahler ja über den Bundeszuschuß ein zweites Mal zahlt.

Die betriebswirtschaftliche Rechnung ergibt Erzeugungskosten

im 1. Betriebsjahr	S 0,72 je kWh
nach 30 Jahren	S 0,44 je kWh
nach 60 Jahren	S 0,15 je kWh.

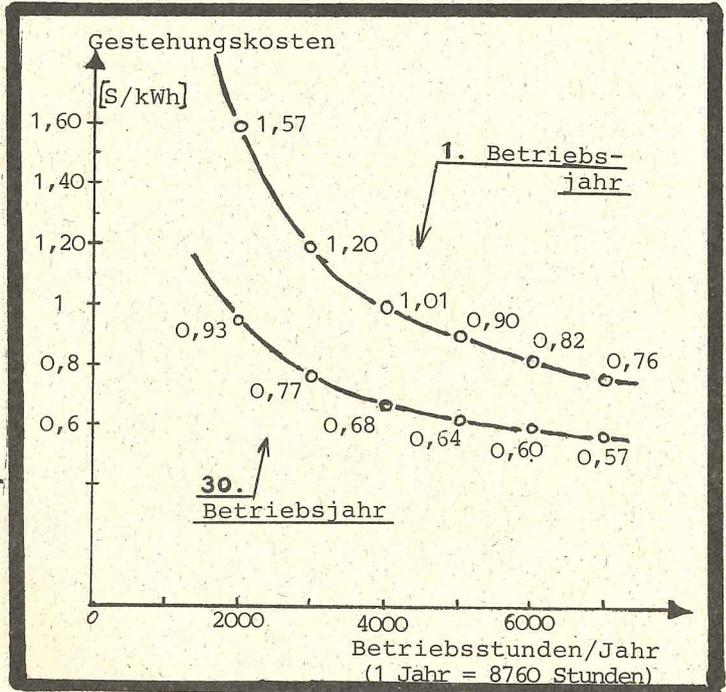
#### DIE VERSTECKTEN KOSTEN

Überhaupt ist die Donau ein Sonderfall: Sie ist ein Geldfluß im anderen Sinn des Wortes. Obwohl die Donau schon vor dem Kraftwerksbau schiffbar war (und auch ohne Hainburg für den Europakahn schiffbar ist), flossen unter dem Titel "Schiffbarmachung" allein für den Schleusenbau bereits (nach heutigem Geldwert) **über 30 Milliarden S** vom Bund zur DoKW.

Diese Summen scheinen überhaupt in keinen Stromerzeugungskosten auf, ebensowenig wie die für Hainburg nötigen neuen Trinkwasserwerke links und rechts der Donau, Maßnahmen gegen das Absinken des Grundwasserspiegels sowie für Bewässerungssysteme, usw., bis hin zu allen Änderungen an den Abwassersystemen und Kläranlagen ...

Zurück zu den Erzeugungskosten. Im Gegensatz zur Wasserkraft sind beim kalorischen Kraftwerk Brennstoffkosten, die schwach ansteigen, zu berücksichtigen. Die Überwälzung der Bau-, Instandhaltungs- und Betriebskosten auf die Kilowattstunde hängt sehr stark von der variablen Einschaltdauer des Kraftwerks ab. (Die Lebensdauer beträgt ~30 Jahre.)

Für Dürnrrohr (Verbund-Block) mit 419 MW er rechnen sich folgende Kosten der kWh:



Bei den Wärmekraftwerken ist noch zu erwähnen, daß ihr technisch (thermodynamisch) möglicher Wirkungsgrad bei 36...40 % liegt. Nur bei der Kraft-Wärmekupplung, die wegen des Fernwärmenetzes extrem teuer ist und auf Standortprobleme stößt, erreicht man ~70 %. Der jeweilige Rest, in der Regel also 60...64 %, geht ungenutzt und umweltschädlich in die Umgebung und treibt die Kosten in die Höhe.

Interessant wäre also:

#### WIEVIELE STUNDEN LAUFEN IN ÖSTERREICH KALORISCHE KRAFTWERKE ?

Schon aus der Verbrauchs- und Erzeugungsstruktur wird klar, daß dieser Wert nicht frei gewählt werden kann. Wenn man nämlich ein Wärmekraftwerk länger als 4500 Stunden pro Jahr betreibt, kommt man in Konkurrenz zum Sommerüberschuß der Wasserkraftwerke.

4500 Stunden soll angeblich auch der Verbundblock Dürnrrohr pro Jahr laufen, wobei aber offiziell Kosten von 1,20 S/kWh anstatt 70...90 g/kWh (siehe Diagramm) genannt werden. Die Lösung des Rätsels scheint darin zu liegen, daß 4500 Stunden Betriebszeit ein frommer Wunsch sind. Die Ausnutzungsdauer aller Wärmekraftwerke der öffentlichen Stromversorgung lag nämlich 1983 im Durchschnitt bei **nur 2263 Stunden**.

Das liegt daran, daß wir viele Wärmekraftwerke haben und sie meistens ungenutzt herumstehen. Ein Beispiel: im Wärmekraftwerk Theiss der NEWAG, dem derzeit modernsten und größten kalorischen Kraftwerk in Österreich, wurde 1978 der Block B mit 235 MW in Betrieb genommen. Zitat aus der Jubelbrochure: "... wird mit hohem thermischen Wirkungsgrad und einer Jahresnutzungsdauer von etwa 6500 Stunden eingesetzt". Fünf Jahre später, 1983, betragen die Gesamtbetriebsstunden dieses Blocks in allen 5 Jahren zusammen gerade 7300 Stunden...

(6) Speicherkraftwerke können nicht auf diese Art bewertet werden, denn die haben bei einer oft sehr hoher Leistung (Dorfertal 900 MW) nur eine relativ geringe Stromerzeugung (800 GWh), das heißt sie laufen nur stunden-

oder minutenweise und werden dazwischen nicht gebraucht. So ergeben die gar nicht so hohen Baukosten pro Leistungseinheit aber extrem hohe Gesteungskosten der erzeugten Kilowattstunde (2...5 S/kWh !!).

Und dazu baut die NEWAG jetzt Dürnröhr mit einem Block von 320 MW ...

Je mehr kalorische Kraftwerke aber fertiggestellt sind (ein großer Teil wird nur im Winter für die E-Heizungen benötigt), desto stärker sinkt die durchschnittliche Betriebszeit. Je geringer die Laufzeit, desto teurer wird das ganze System, da man die Investitionen bei den Kosten des Stroms berücksichtigen muß.

Wie man dieses Problem aus der Sicht der E-Wirtschaft lösen kann, ist dem "Geheimpapier" zu entnehmen: Die Wärmekraftwerke nur für den Ausgleich der Wasserschwankungen stehen zu haben, ohne Geld zu sehen, ist zu schade. Daher - rein in den Wärmemarkt, Elektroheizungen verkaufen, soviel nur geht, um die Wärmekraftwerke besser auszulasten (vgl. die Zitate aus dem "Geheimpapier" in diesem Heft). Die Wasserkraft kann dazu **nichts** beitragen, da sie genau umgekehrt zum Verbrauch anfällt.

#### FÜR EINMAL STROM ZWEIMAL ZAHLEN !

So lautet in kurzform die Antwort auf die Frage nach den Kosten dieser Energiepolitik. Wir haben bereits - und die E-Wirtschaft setzt das beschleunigt fort - einen fast doppelten Kraftwerkspark, um die Wasserkraftschwankungen auszugleichen. Was das an Kosten bedeutet, kann man sich leicht vor Augen halten. Errichtung:

Dürnröhr (419 MW): pro installiertem MW ..... ~20 Mio S  
Hainburg (366 MW): pro installiertem MW ..... ~50 Mio S  
Bereitstellung im hydrothermischen System: pro inst. MW  $\Sigma$  ~70 Mio S

Dazu kommen noch die oben erwähnten Erzeugungskosten.

Mit dem "billigen Strom" aus der Donau hausieren zu gehen, ist ebenso witzig, wie zu behaupten, im Sommer kostet mich das Heizen fast nichts.

#### DER EXPORT, EIN GUTES GESCHÄFT ?

Da Österreich schon heute im Sommer einen großen Erzeugungüberschuß an Wasserkraftwerken hat, beginnt hier das Sommerfiasko der E-Wirtschaft im Export. Waren es vor einigen Jahren noch die Brennstoffkosten deutscher kalorischer Kraftwerke mit Braunkohle-Tagbau von rund 35 g/kWh, die wir unterbieten mußten, so gibt es jetzt Atomstrom aus Frankreich, der im Sommer um etwa 15 g/kWh angeboten wird - und unterboten werden muß! ("Presse" 22 1184)

Etwa 75 % unserer Stromexporte gehen nach Westdeutschland und erzielen dort je nach Tageszeit und Wochentag 0,5...3,0 Pfennige = 3...21 g/kWh für Laufwasser-Grundlast - ein Spottpreis, aber für die Stromverkäufer immer noch besser als gar nichts, wo das Kraftwerk doch schon steht.

Auch der Stromüberschuß Hainburgs muß auf dem übersättigten europäischen Markt angebracht werden. Weil aber die Stromerzeugungskosten vom Investitionsaufwand her festgelegt sind, andererseits aber im erwähnten Export massive Verluste entstehen, kann man abschätzen, daß die Kosten der kWh für den

\*<sup>\*) im Sommerhalbjahr</sup>

Verkauf in Österreich (wo der Verlust wieder reinkommen muß) bis auf 1,37 S/kWh klettern. Das alles noch ohne die oben erwähnten versteckten Kosten. Billiger wird der Strom aus Wasserkraftwerken erst sehr langfristig, 10...20 Jahre nach dem Kraftwerksbau.

Dieser prekären Situation halte man sich den **Verkaufspreis** der Kilowattstunde an den Endverbraucher von derzeit 1,38 S/kWh in Wien (ohne MWSt.) entgegen! Die nächste Preiserhöhung ist vorprogrammiert.

#### WER ZAHLT WIEVIEL ?

Der "billige Strom aus Wasserkraft" geht ins Ausland, sofern es ihn überhaupt gibt. Beeindruckend sind die Daten aus der offiziellen Erlösstatistik 1982 der E-Wirtschaft (in der Betriebsstatistik):

Durchschnittlicher Erlös aus dem Stromverkauf [g/kWh]	Anstieg seit 1975 um ... [g/kWh]
im Export	45,9 16
an Wiederverkäufer (EVUs)	64,1 23
an Großabnehmer (Industrie, Verkehr, öff. Anl.)	90,4 37
an Haushalt, Landwirtschaft, Gewerbe	152,2 57

Die Exporte im Winterhalbjahr zeigen, daß etwa 70 % der Produktion der Speicherkraftwerke exportiert werden. Es handelt sich dabei um einen Export aufgrund vorhandener, für die Spitzenstromversorgung Österreichs aber Sommer wie Winter nicht erforderlicher Speicherkraftwerke.

Zusätzlich trifft Österreichs Export aus Speicherkraftwerken schon seit mindestens 20 Jahren auf einen stagnierenden und mittlerweile zurückgehenden Bedarf an Spitzenstrom, weil die Spitzen im Belastungsablauf vor allem in Westdeutschland immer mehr eingeengt

#### EXPORT SOGAR IM WINTER!

werden. Daher werden die Speicherkraftwerke immer stärker zweckentfremdet und, wie aus den Tagesdiagrammen hervorgeht, im Mittel- und Grundlastbereich abgefahren - eine kostspielige und verantwortungslose Vorgangsweise die enorme Verluste bewirkt.

Dennoch hält die E-Wirtschaft an den Speicherkraftprojekten Dorfertal (Umballfälle) sowie Reichraming (Hintergebirge) fest. Ihre Verwirklichung hieße, 1. diese Naturgebiete zu zerstören, um 2. noch mehr unverkäuflichen Spitzenstrom mit Herstellungskosten von 2...5 S/kWh (!!!) zu produzieren und ihn dann um 10...80 g/kWh zu verschleudern...

#### IMPORTE

Die Importe stellen ausschließlich Bandenergie (Grundlast) dar, für die im Inland die Wärmekraftwerke vollständig vorhanden wären. Der importierte Strom ist daher nichts anderes als "saubere Kohle". Mit anderen Worten: die E-Gesellschaften scheuen den Aufwand für teure Umweltschutzmaßnahmen (Rauchgasreinigung ...) und finden es viel angenehmer und billiger, die vorhandenen eigenen Wärmekraftwerke nicht einzuschalten, sondern den Strom aus Polen kommen zu lassen, was den "Vorteil" hat, daß der Wald dort kaputt geht und die Menschen dort krank werden.

## UMWELTSCHUTZ AUF ÖSTERREICHISCH?

**Obwohl Österreich die Erzeugungskapazität dafür hat, werden seit Herbst 83 als vereinbarte "Kreditrückzahlung" aus Polen jährlich 1600 GWh importiert (um 1200 mehr als vorher).**

"Österreich muß Strom importieren" ist nichts als eine fiese Unwahrheit zur Durchsetzung neuer Kraftwerke.

Aus dem Tauschvertrag mit der UdSSR beispielsweise erhält Österreich im Winter 330 MW, allerdings "geschickterweise" zu einer Zeit, wo niemand viel Strom braucht: nachts sowie an Sonn- und Feiertagen.\* Auch dieser Selbstleger FREMUTHS wird wohl bald wenigstens als Importabhängigkeits"argument" eine Verwendung finden ...

### BEDARF MEHR ALS GEDECKT

Die unverdächtigsten Zeugen dafür, daß bald mehr als genug Strom da ist, kommen im Artikel über das "Geheimpapier" der E-Wirtschaft zu Wort.

Eine Analyse von Erzeugungskapazität und Leistungsbereitstellung für den verbrauchstärksten Monat Jänner zeigt selbst bei extremen Trockenjahresverhältnissen, daß ohne Hainburg und mit den jeweils laut Ausbauprogramm fertiggestellten Kraftwerken die Stromerzeugungsmöglichkeit im Jänner 1987 um 51 % (!) über dem Jän. 83, im Jänner 1990 um 67 % (!) über dem Jän. 83 liegen wird. Die Erzeugung und Leistung sind so gesichert (übersichert), daß die kalorische Reserve bald ein erdrückendes Ausmaß (vor allem was die Kosten betrifft) erreichen wird.

### ELEKTROHEIZUNG

**!!!!!! Nein!**

Zu den ubelsten, kostspieligsten und folgenschwersten Energieverschwendungsmaßnahmen zählt die E-Heizung, die jetzt verstärkt propagiert wird, um den Überschuß verkaufen zu können. Angestrebt werden dafür jedes Jahr 10 % (!) mehr E-Heizungen (Geheimpapier). Die dumm-freche Begleitmusik kommt zB. von Landeshauptmann WAGNER: in Kärnten könne man ruhig E-Heizungen anschließen, der Strom käme ja aus der sauberen Wasserkraft.

Im Jänner kommen übrigens nur knapp 40% des Stroms aus Wasserkraft.

Die E-Heizung hat die Verbrauchsstruktur ungünstig verschoben und erhöht in unsinnigster Weise die kalorische Stromerzeugung. Früher wurden bevorzugt Nachtspeicherheizungen angeboten, um den niedrigen Verbrauch an Strom in der Nacht "aufzufüllen"; jetzt wird bevorzugt die Direktheizung mit verbilligtem Tag-Tarif (!) und ohne teure Investitionen für Speicheröfen angeboten.

Der Grund für den "Nachtstrom" am Tag: damit kann man die Blamage kaschieren, daß es zB. der NEWAG oder den Wiener Stadtwerken durch blindes Anschließen von Nachtspeicherheizungen mittlerweile gelungen ist, bereits bei durchschnittlicher Witterung in der Nacht Verbrauchsspitzen aufzubauen! Jetzt gilt es eben, "Tagtäler" aufzufüllen ...

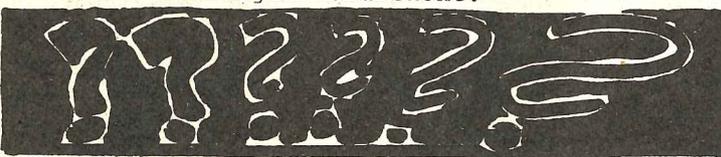
Gegenwärtig sind mindestens 4000 MW Speicher- und Direktheizungen installiert - Da-

ten über Neuanschlüsse werden von den E-Gesellschaften seit 1981 geheimgehalten. Laut Wohnungsstatistik des ÖStZ werden rund 10% der Wohnungen elektrisch beheizt.

Etwa die Hälfte der Wärmekraftwerke Österreichs sind erforderlich, um nur 10% der Wohnungen elektrisch zu heizen, wenns nicht zu kalt ist. Und dafür gibt es noch günstige Sondertarife.

Zu dem energiepolitischen Unfug - die Heizenergie muß in Wärmekraftwerken mit ~37% Wirkungsgrad und mehrfachen Emissionen verglichen mit günstigeren Heizsystemen erzeugt werden - kommt die hohe erforderliche kalorische Reseverkapazität. Wie die E-Gesellschaften im kalten Jänner 85 mit einiger Verwunderung feststellen mußten, ist diese größer als gedacht.

Etwa 3000 MW (das sind ~75% der kalorischen Kraftwerksleistung) waren in diesen Tagen erforderlich, damit 10% der Wohnungsmieter elektrisch heizen konnten. Die enormen Kosten der Stromerzeugung aus Wärmekraftwerken, welche zum Teil nur wenige Tage oder Wochen im Jahr laufen, werden so auf alle Strombezieher Österreichs verteilt. Der hohe Stromverbrauch war fast zur Gänze von den E-Heizungen verursacht.



### WIE GEHT'S WEITER ?

Einige Möglichkeiten sind denkbar, die aus dem Dilemma führen sollen, das für die E-Wirtschaft vor allem ein finanzielles ist. In sozialpartnerschaftlich-kapitalistischer Weise könnte und sollte es nach Meinung der E-Wirtschaft durchaus ähnlich weitergehen wie bisher,

- indem die Inlandsstrompreise viel kräftiger erhöht werden als in der Vergangenheit,
- und indem die E-Wirtschaft massiv vom Bund aus den Steuermitteln finanziert (subventioniert) wird.
- Begleiterscheinungen dieser Politik sind eine krasse Naturzerstörung (Hainburg, Dorfertal, Reichraming ...) und ein
- bestenfalls schleppender Einbau einiger Abgasreinigungsanlagen bei neuen (!) kalorischen Kraftwerken, und
- keine wesentliche Verringerung der Abwärmevergeudung durch Wärmekraftwerke.

An der Alternativ- und Umweltschutzbewegung sowie an der kritischen Linken wird es liegen, möglichst große Teile der arbeitenden Bevölkerung und der Gewerkschaftsbasis gegen diese Pläne zu gewinnen und sie zu verhindern.

### SCHLUSS MIT DIESER ENERGIEPOLITIK !

Für uns aber kann nur ein Weg akzeptabel sein, der ohne weitere Naturzerstörung auskommt, nicht auf eine Senkung des Lebensstandards der Arbeiterschaft hinausläuft und nicht unnötige (Kraftwerks) Kosten produziert, die dann wieder auf die Bevölkerung abgewälzt werden sollen.

\*) Während Österreich im Sommer bei Tag liefert

Der Stromverbrauch darf nicht noch weiter in die HÖHE getrieben werden.

- Sofortiger Stopp des Neuanschlusses von E-Heizungen, keine Werbung für Heizlüfter, E-Radiatoren usw., sondern Aufklärung über die ungünstigen Verbrauchswirkungen dieser Geräte.
- Langsame Reduzierung der bestehenden E-Heizungen sowie Ersatzleistung für die E-Heizung unter sozialen Rücksichten, denn die Stromkunden, denen eine E-Heizung aufgeschwätzt wurde, dürfen jetzt nicht für die falsche Energiepolitik zu Kasse gebeten werden.

Die E-Wirtschaft geht langsam aus dem Wärmemarkt wieder heraus. Dadurch verringert sich auch allmählich wieder der große Unterschied zwischen Winter- und Sommerverbrauch. Dadurch sinkt der Bedarf an Wärmekraftwerken.

Den Stromverbrauch insgesamt bremsen!

- Rücknahme der jüngsten Begünstigungen für Elektrosaunas usw.
- Keine Werbung und Tarifbegünstigung für Elektrowärmepumpen.
- Vervielfachung der Tarife und Anschlußgebühren für elektrische Schwimmbadheizungen und andere Stromfresser, wo ausgereifte und sinnvolle Alternativen längst zur Verfügung stehen.
- Keine künstliche Bedarfsweckung für Stromfresser im Haushalt (z.B. elektrische Wäschetrockner, die in der Regel überflüssiger Unsinn sind). Die Energieeffizienz von Geräten muß gezielt verbessert werden.

Die Entwicklung der letzten 15 Jahre bei den Haushaltsgeräten führte durchwegs zu starken Stromverbrauchseinsparungen. Zum Beispiel bei Farbfernsehern um 70% seit 1967, bei Waschmaschinen um 60% in 20 Jahren, bei Geschirrspülern um 10% in 8 Jahren, bei Warmwasserspeichern um 50%, bei Gefrier- und Kühlschränken um 40% bzw. 20% in 8 Jahren. In fast allen Bereichen sind weitere Einsparungsmöglichkeiten von über 10% noch ungenutzt. Im Geheimpapier wird daher der Rückgang (!) des Haushaltsverbrauchs sorgenvoll als eine Gefahr erwähnt, der es zu begegnen gelte.

Auf der Grundlage eines nicht mehr zunehmenden, sondern tendenziell rückläufigen Winterstromverbrauchs durch Abbau der E-Heizungen kann auf die extrem teure Leistungsausweitung von Wärmekraftwerken (Neuerichtung) mindestens für die nächsten 20 Jahre verzichtet werden.

- Ausrüstung der bereits bestehenden Wärmekraftwerke (von denen ja grundsätzlich ein gewisser Sockel gebraucht wird) wie z.B. Theiß mit maximaler Rauchgasentstickung und -entschwefelung und dann optimaler Einsatz dieser Werke.
- Die bestehenden Wärmekraftwerke sind am Ende ihrer Lebensdauer (nach etwa 20 - 30 Jahren) nicht durch neue Großkraftwerke zu ersetzen, wie die E-Wirtschaft das auch für die Zukunft plant. Der Altanlagen-Ersatz muß vielmehr durch ein wachsendes System (kleiner) Blockheizkraftwerke vorgenommen werden (Stromerzeugung mit optimaler Abwärmenutzung am Ort, (siehe Artikel "Energiealternativen").

Der ohnehin defizitäre Stromexport ist (Sommer wie Winter) langsam abzubauen und für inländische Versorgung heranzuziehen.

Nach dem Traum von der "kostengünstigen und sauberen Energie aus Wasserkraft"..  
Aufwachen !!

Joe Püringer

Es ist noch nicht zu spät!!

Quellen: Zahlreiche wichtige Informationen und Argumentationen sind entnommen aus:  
"Politiker derzeit "auf einem Auge blind"? oder Was kostet der Strom aus jeweils 2 Kraftwerken?" in: Initiative Lebenswertes Tullnerfeld (ILT) 1/85, 7-13.  
"Die umweltfreundliche, saubere Elektroheizung?" in: ILT 1/85, 16-19.  
"Reichraming und Dorfertal: Speicherstrom nur fürs Ausland. Aber wer braucht überhaupt noch Speicherstrom = Spitzenstrom?" in: ILT 3/84, 8-11.

Betriebsstatistik. Erzeugung und Verbrauch elektrischer Energie in Österreich 1983. Hrsg. vom Bundeslastverteiler im Auftrag des BMHGI.

Koordiniertes Kraftwerksausbauprogramm 1984 der Verbundgruppe und der Gruppen der Landesgesellschaften für den Zeitraum 1983/84 bis 1992/93. und andere.

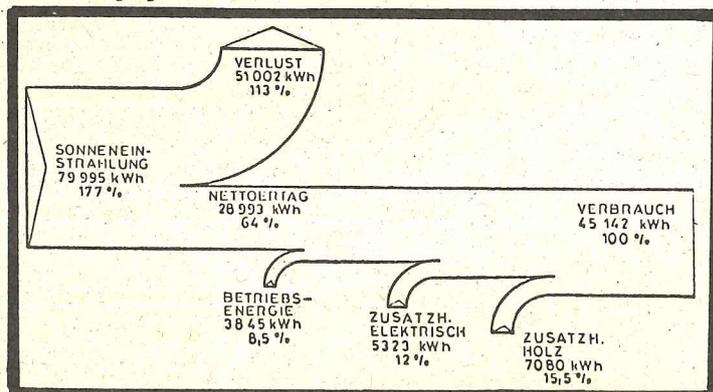
## • Energiepolitische Alternativen •

DIE INTERESSEN DER E-WIRTSCHAFT UND DIE DERZEITIGE ENERGIEPOLITIK DER REGIERUNG:

Aufgrund handfester Profitinteressen versuchen E-Wirtschaft und andere Interessensgruppen in der Wirtschaft (Baulobby usw.) Kraftwerksprojekte wie Hainburg, Zwentendorf, Dürnrohr, ... in der Öffentlichkeit durchzupushen. Es werden Elektrizitätsverbrauchsprognosen erstellt, die weit über den wirklichen Verbrauch hinauschießen. Werbeengagement für E-Heizungen, Arbeitsplatzargumente und Anträge auf Strompreiserhöhung liegen ganz auf dieser Linie der Energiepolitik, die von der E-Wirtschaft aber auch von der Regierung und der ÖGB-Führung getragen wird. Aufgrund des in letzter Zeit wachsenden Umweltbewußtseins versucht die Regierung scheinbar "umweltverträglichere" Energiequellen als Alternative zu den konventionellen kalorischen Kraftwerken anzupreisen (wie z.B. die Wasserkraft in Zusammenhang mit Hainburg). Diese "Alternativen" können jedoch einer genauen Prüfung nicht standhalten (s. Artikel von Joe).

WIE STEHT'S NUN UM DIE KONVENTIONELLEN KALORISCHEN KRAFTWERKE?

Die derzeit laufenden thermischen Kraftwerke haben einen extrem niedrigen Wirkungsgrad mit Verlusten von durchschnittlich 60% der eingesetzten Brennstoffe. Den geringen Wirkungsgrad von 40% kann man dadurch erklären,

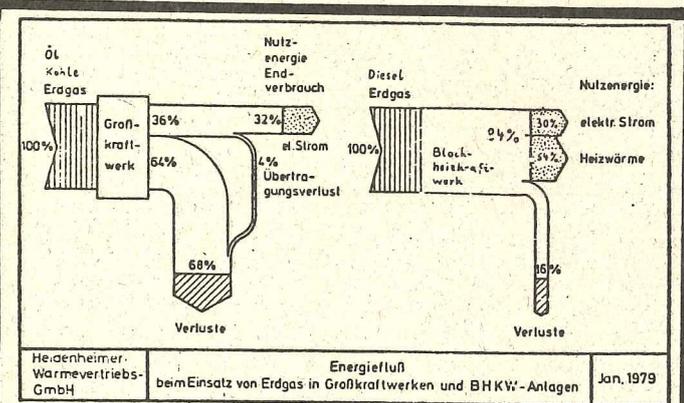


daß Energieträger mit hoher Güte (Erdöl, Erdgas) für die Erzeugung von Niedertemperaturwärme ( $T \leq 100^\circ C$ ) herangezogen wird; mit der Verlustenergie werden unsere Flüsse geheizt.

**ALTERNATIVEN ZU DEN KALORISCHEN KRAFTWERKEN:**

- **Kraft-Wärme Kopplung** bei großen Dampfkraftwerken: es wird nicht nur die erzeugte elektrische Energie, sondern auch die Abwärme des Kraftwerkes genutzt. Daraus folgt ein Ansteigen des Wirkungsgrades auf 70%. Nachteile: Diese Kraftwerksform verlangt ein sehr großes, dichtes Fernwärmenetz. Der einzig mögliche Standort liegt daher in Ballungszentren. Bei mittleren und kleineren Kraftwerken derselben Bauart könnte ein Wirkungsgrad von  $\sim 70\%$  erreicht werden. Vorteil: ein kleineres, nicht ganz so teures Fernwärmenetz.

- **Kleine und Kleinstheizkraftwerke** ("Blockheizkraftwerke") sind "Kraftheizungen" ohne Fernwärmenetz mit lokaler Wärmeversorgung; z.B. für ein oder mehrere Wohnhäuser. Diese Kraftwerke, die auch noch unter dem Namen "Totem" (Totalenergiemodul) bekannt sind, erreichen einen Wirkungsgrad bis zu 90%. Gas- oder Dieselmotoren, die mit hochwertigen Filtern ausgerüstet werden können, verwandeln die Primärenergie zu 25 - 30% in elektrische Energie und 55 - 60% in für Heizzwecke und Warmwasserbereitung nutzbare Wärme (bei herkömmlichen Heizbrennern werden 30 - 70% der Wärme durch den Kamin geblasen).



aus: B. RUSKE, D. TEUFEL, Das sanfte Energie-Handbuch. Reinbeck/Hmbg: Rowohlt 1980.

Wird die Drehzahl der Motoren optimiert und werden diese unter günstigen Bedingungen betrieben, dann erzielt man eine lange Lebensdauer der Motoren. Weitere Vorteile: der Überschußstrom (mehr als die Hälfte des erzeugten Stromes) kann in das Stromnetz eingespeist werden. Diese dezentrale Einspeisung verringert die extrem hohen Kosten für den Ausbau des Verteilungsnetzes, das mit großen Übertragungsverlusten arbeitet. Ideale Abstimmung des Betriebs des Kraftwerkes auf Stromverbrauchsspitzen ist möglich, da die dezentral erzeugte Wärme gespeichert werden kann. Im Winter, der Zeit des erhöhten Stromverbrauchs, kann ein beträchtlicher Teil des Stromes aus Blockheizkraftwerken geliefert werden, da diese gerade dann zur Heizung in Betrieb sind.

**SO DEZENTRAL WIE MÖGLICH,  
SO ZENTRAL WIE NÖTIG**

In der heutigen verwirrten Grün-Debatte ist es vielleicht nützlich, die small-is-beautiful-Ideologen darauf hinzuweisen,

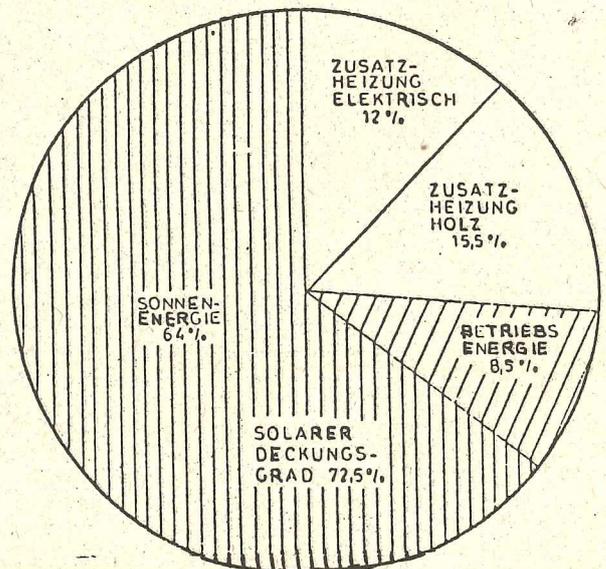
daß dieses System wohl dezentral angeordnet, aber nur zentral betrieben funktionsfähig und sinnvoll ist. Dies einerseits wegen der notwendigen Frequenzstabilität (50 Hz) sowie der Phasenlage, was nur in einem Verbundnetz vernünftig zu realisieren ist, andererseits weil im Winter von einem zentralen Lastverteiler aus je nach der Tagesverbrauchskurve mehr oder weniger Blockheizkraftaggregate zur Stromeinspeisung zugeschaltet werden können. Damit könnten vor allem Wärmekraftwerke auf umweltschonende Weise und bei voller Abwärmenutzung ersetzt werden.

- **Nutzung der direkten bzw. indirekten Sonnenenergie:** bei der direkten Sonnenenergie kommen vor allem Flachkollektoren unter Umständen zusätzlich mit Wärmepumpen gekoppelt in Frage. Unter indirekter Sonnenenergie versteht man die Nutzbarmachung der in der Umwelt gespeicherten Sonnenenergie in Form von Wärmepumpen; z.B. können die Asphaltflächen der Zufahrtsstraßen als Wärmeabsorber benutzt werden.

- **Passive Sonnenenergienutzung:** darunter versteht man die "architektonische" Nutzbarmachung der Sonnenenergie; z.B. durch die richtige Orientierung des Hauses zur Sonneneinstrahlung, Anordnung der Räume und Fenster in Rücksichtnahme auf die Einstrahlungsrichtung, Anbringung von Veranden und Glasloggien (Glaseffekt), Verwendung von Betonwärmespeichern, die tagsüber Wärme absorbieren und nachts den Raum temperieren.

- **Wärmepumpen:** am effektivsten sind Luft-Luft und Wasser-Wasser Wärmepumpen, die mit Gas- oder Dieselmotoren betrieben werden. Ihre Funktionsweise ist invers zu der des Kühlschranks: aus der Umwelt (Grundwasser, Erdreich, ...), deren Temperatur kleiner ist als die der Raumtemperatur, wird Wärme entzogen, die zur Erhöhung der Raumtemperatur genutzt wird. Wärmepumpen können zur Raumheizung, Warmwasserbereitung und besonders günstig zur Fußbodenheizung herange-

**ANTEIL DER ENERGIETRÄGER**



Beispiel: Energieabdeckung des Solarhauses in Götis (Vorarlberg)

zogen werden. Elektrowärmepumpen werden von einer, mit einem "alternativen" Mascherl versehenen, E-Wirtschaft angepriesen sind jedoch, aufgrund des sich dadurch erhöhenden Elektrizitätsverbrauches (Winterstrom aus ungünstigen Wärmekraftwerken) abzulehnen.

- Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse: so wird z.B. Trester (Traubenpressreste) durch mikrobiologische Prozesse zur Wärmeerzeugung herangezogen und es liefert auch noch guten Kompost. Erinnert sei an die Erzeugung von Biogas (im wesentlichen Methan), das auch zum Antrieb von Wärmepumpen dienen kann.

Bedenkliche Konzepte, wie sie von der industrialisierten Landwirtschaft vorgeschlagen werden, z.B. Biosprit aus Lebensmittelgetreide herzustellen, sind abzulehnen, da sich diese Interessensgruppen nur den Getreideabsatzmarkt sichern wollen.

- Das Forcieren von besseren Wärmeisolierungen. Technisch sind hier sehr viele Möglichkeiten zu Innovationen gegeben. Auf energiebewußte Bauformen sollte Wert gelegt werden (Energiespardächer,...).

- Vorrang des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem Individualverkehr; ebenso sollte man man versuchen, den Güterverkehr von der Straße auf Schienen zu verlagern. Man muß sich intensiver mit der Frage auseinandersetzen, wie man den Transport von Gütern und Menschen überhaupt systematisch verringern kann.

- Einwirken auf die Wirtschaft, daß haltbare und reparaturfreundliche Waren hergestellt werden. Das künstliche Herabsetzen der Lebensdauer von Gütern, wie es derzeit von der Industrie gehandhabt wird um den Konsum anzukurbeln, muß bekämpft werden.

Derzeit fehlt es der kapitalistischen Wirtschaft jedoch an Interesse an diesen beträchtlichen Potential an technischen Verbesserungen am Sektor der Energiegewinnung, da das Bauen von Großkraftwerksblöcken mehr Gewinn bringt. Diese Tatsache erklärt auch,

warum, verglichen mit dem Forschungsinvestitionen für AKW's, ein Minimum an Kapital in die Forschung nach alternativen Energieformen investiert wird. Effektiver Umweltschutz ist auch ohne Senkung des Lebensstandards möglich; nicht Naturgesetze sind für die Zerstörung der Natur verantwortlich, sondern das profitorientierte Agieren unseres Wirtschaftssystems!!

Peter

## Lohengrin in der Au

Lohengrin (in feierlicher Verklärung vor sich hin blickend):

In fernem Land, kaum nahbar euren Schritten, liegt eine Au, die Stopfenreuth genannt; ein lichtiges Kraftwerk steht dort bald inmitten, so kostbar, als auf Erden nichts bekannt; drin ein Prinzip von wundertät'gem Segen wird dort als höchstes Heiligtum bewacht: es ward, daß sein der Menschen reinste pflegen, herab von einer Engelschar gebracht;<sup>1)</sup> es nährt sich von des Mehrwerts stetem Raube, welcher entsteht durch Ausbeutung der Arbeitskraft. Es heißt Profit, und selig reinster Glaube erteilt durch ihn sich sozialer Partnerschaft. Wer dem Profit zu dienen ist erkoren, den rüstet er mit überirdischer Macht; an ihm ist jeder grün und rote Trug verloren, dafür sorgt notfalls auch der Bullen finstre Pracht. Selbst wer von ihm in ferne Au entsendet, zum Streiter für des Mammons Recht ernannt, dem wird nicht seine heil'ge Kraft entwendet, bleibt Recht & Ordnung dorten anerkannt. Doch hehrer Art nun ist des Geldes Regen, gestört vom Laien - wird nach Polizei geschrien;<sup>2)</sup> des Ritters drum sollt Zweifel ihr nicht hegen, widrigenfalls - muß er den Knüppel ziehn. - Nun hört, wie ich verbotner Frage lohne! Von DoKW ward ich zu euch daher gesandt: mein Vater Kobilka trägt deren Krone, sein Ritter ich - bin Lohengrin genannt.

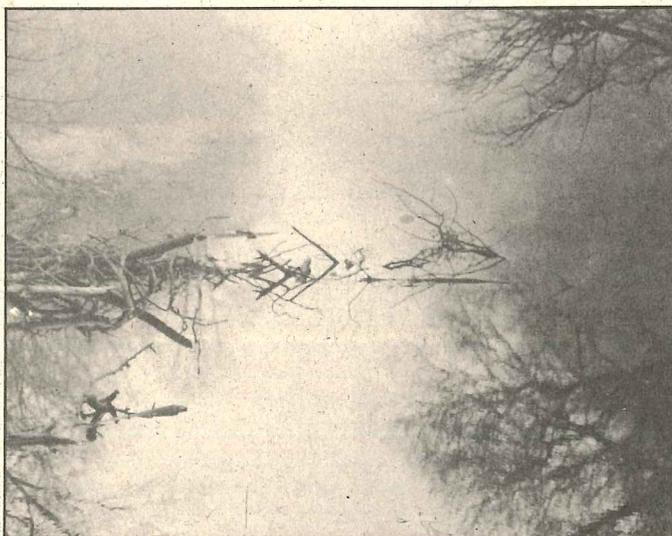
Richard Wagner, Lohengrin,  
3. Aufzug, 3. Auftritt.

1) es handelt sich hier um eine zweifellos sehr alte Legende.

2) zu den letzten zwei Zeilen ist eine Variante überliefert:

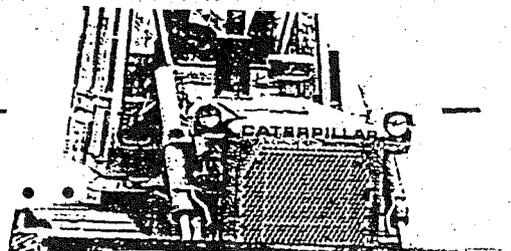
(Von hehrer Art ist übrigens des Geldes Segen, kaum ist's verdient - muß es des Laien Tasche fliehn)

## DAS RECHTE UNTERSCHIEDET SICH VOM



LINKEN BILD DURCH 52 FEHLER

# Im Namen der Republik . . .



Ich habe mir den Unterschenkel gebrochen, und unterdessen den Gips auch wieder herunter bekommen: Der Fuß ist wieder gerade - richtig - aber ich fühle mich nicht so recht wohl. Er schmerzt noch immer, tief, noch tief, immer noch tief drinnen.

Ich träume noch immer und eigentlich schmerzt mich, nicht was ich mir gebrochen habe, sondern es bricht in mir immer wieder auf, was verbrochen wurde. Ich meine die Au von Hainburg, die zerstört werden sollte. Ich meine jene Au, um die es jetzt nicht nur, sondern auch geht. Ich meine jene Auwälder an der Donau von Hainburg, die zwar noch stehen, aber fallen werden, wenn sich eine gewisse Anschauung von Recht durchsetzt, Recht ersetzt, und dieses zerstört. Recht wird dann aber nicht verletzt, denn es wird Unrecht an seine Stelle gesetzt. Verletzt wird der Glaube vieler Menschen an unseren Staat und sein Recht. Im Namen des Rechts wird Unrecht gesprochen, ein Gebilde von fünf Buchstaben, welches jeden fühlenden Menschen erschauern läßt.

"Im Namen der Republik und Ihres Unrechtes verurteile ich Sie, dem Unrecht genüge zu tun!" - "Verdammt sei jeder, der solche Worte in den Mund nimmt und in den Gerichtssaal läßt", wird es laut widerhallen.

Doch findige Werbestrategen und Werber windiger Strategien haben schon begriffen, auf den Buchstaben kommt es an, auf den Buchstaben im Wort. Und wenn tausend Buchstaben fließende Gedanken in Worte zu fassen suchen, der käufliche Texter macht Worte zu Worten und Worte zu Werten. Auf Rechnung inclusive Mehrwertsteuer steuern Worte Werte und Werte Worte. Der käufliche Texter versteht es, Autorität und Macht des Rechtes mit den Wünschen des Kunden zu verbinden. Nicht Recht will der Kunde, sondern die Macht des Rechtes. Der Texter bietet die Autorität und Macht für die seinem Kunden rechten und gefälligen Pläne. Dem Kunden sind seine Pläne schon lange recht, bevor er sie mit Autorität und Macht zu Recht macht.

Der klassische Texter ist der erstklassige Jurist; denn niemand sonst ist für das Recht von größerer Zuständigkeit als er.

Es gibt zwei Sorten von Juristen. Der zuständige Jurist kennt das Recht und urteilt über Menschen. Der anständige Jurist kennt die Menschen und urteilt über das Recht.

Der zuständige Jurist wird immer eine Institution von Juristerei sein, der das Volk dient, zu dienen hat. Recht ist Sache der Experten und nur Experten haben recht, wenn es um Pecht geht. Zuständige Juristen nennen ihre Tätigkeit eine Dienstleistung, und dazu seien sie tätig, notwendigerweise. In Wahrheit erklären sie nicht die halbe, sondern die ganze Menschheit für inkompetent und zwingen diese, sich ihre Dienste zu leisten. Denn wer nicht mit Recht argumentieren und arbeiten kann, wird nie Recht bekommen - auch wenn er recht hat. Der zu-

ständige Jurist ist zum erstklassigen Texter geradezu prädestiniert. Es gibt viele Texter. Der anständige Jurist kennt die Menschen und urteilt über das Recht.

Eine anständige Regierung darf nicht der Kunde eines käuflichen Texters sein, auch nicht, wenn sie etwas haben möchte. Die Regierung



hat allerdings selbstständig gehandelt, sich grenzenloses Vertrauen gewünscht und ihren Grenzen nicht getraut. Die Opposition hat auf die Grenzen der Regierung gebaut, ihre eigenen nicht gesehen, und sich gefreut, den Sieg errungen zu haben, daß die Regierung Grenzen hat. Die Regierung freut sich Recht vor Recht ergangen haben zu lassen (schlimmer wäre wahrhaft nur, Unrecht vor Recht ergehen zu lassen).

Auch der Regierung traue ich es zu (wie fairerweiser ihrer Opposition), daß sie nun vorhat, ihren geschmähten Traum vom ewig-Glück spendenden (und deshalb zweckmäßigerweise) unendlichen Wirtschaftswachstum von zuständigen Juristen für Rechens erklären zu lassen. Viribus Unitis. Zeit ist Geld. Wirtschaftswachstum die Welt. Weil sie selber nicht mehr weiß, was der Rechtsstaat ist, wenn sie es offenbar nicht ist, habe ich die böse Ahnung, sie wird auch gleich das durch zuständige Juristen feststellen lassen. Natürlich auch wozu er da sein soll.

Glaub'n die Leut' nicht, daß die Wirtschaft ewig wachsen wird, - macht's nix.

Glaub'n die Wissenschaftler auch nicht, daß die Wirtschaft, nein, unsere Wirtschaft ewig wachsen wird, macht's a nix.

Glaub'n die Leut' aber net, daß unsere Wirtschaft mittelfristig ewig lang wachsen wird, wenn die Regierung es sagt, dann heißt das, den Rechtsstaat in Frage stellen, wie sich das schon lange keiner mehr getraut hat.

Extrem, radikal und kriminell sind all jene, die jetzt auch noch nicht glauben. Sie sind eine echte Gefahr für die Regierung. ---- Aber nicht mehr lange. Denn die Regierung wird einen anständigen Juristen um seine Meinung fragen:

Jur.: Nun dann, so wirst du auf ein ander Mittel sinnen, dies Reich zu retten - denn die Hinrichtung von Hainburg ist ein unge-rechtes Mittel.

Reg.: So irrt mein Staatsrat und mein Parla-ment, im Irrtum sind alle Richterhöfe die-ses Landes, die mir dies Recht einstimmig zuerkannt ...

Jur.: Nicht Stimmgleichheit ist des Rech-tes Probe, Österreich ist nicht die Welt, dein Parlament nicht der Verein der men-schlichen Geschlechter.

Erkläre, daß du Blut verabscheust ...  
... schnell wirst du die Notwendigkeit ver-schwinden, und in Unrecht sich verwandeln sehen. \*

Warum ist es so schwer zu begreifen, daß Recht nicht Gefahr läuft, die Lösung aller Probleme unserer Welt

zu bieten. Schwer genug ist es, seinen Mißbrauch zu bekämpfen, schlimm ist sein Gebrauch für e i n e n Kampf, -den der Regierung. Denn wer so regiert, macht auch Gesetze nach Gebrauch. Gesetze geschneidert zum Regieren.

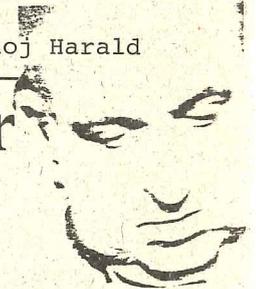
Ich meine, das Recht geht alle an. Ich meine die Au von Hainburg geht alle an. Ich meine die Au von Hainburg, die zerstört wer-den sollte. Ich meine die Au, um die es jetzt nicht nur, sondern auch geht.

Der anständige Mensch kennt die Menschen und urteilt über das Recht.

Wosihnoj Harald



## E-Wirtschaft: Geheimpapier und Werbung



Der vorliegende Artikel soll beweisen, daß die Herren (und Damen?) von der E-Wirt-schaft sehr wohl wissen, daß sie besten-falls Halbwahrheiten verbreiten. Warum sie gezielt falsch informieren, die energiepoli-tischen Sachzwänge, in denen sie stehen, sind in entsprechenden Artikeln in diesem Heft nachzulesen.

Das sogenannte "Geheimpapier der E-Wirtschaft" ist das Protokoll eines Semi-nars der "Gesellschaft für neue Techno-logien in der Elektrizitätswirtschaft" (GTE) mit dem Titel "Strom- Wärme- Um-welt (Die Rolle der E-Wirtschaft im zu-künftigen Wärmemarkt)". An dem Seminar, das von 17.-19. Mai 1983 in Gmunden abgehal-ten wurde, nahmen neben GTE-Mitgliedern Vertreter von allen Landes-E-Gesellschaf-ten sowie einigen Stadtwerken und Indust-riebetrieben teil. Der Wert des Papiers (übrigens ein ca 3 cm dickes "Papier") liegt darin, daß wir hier die Meinungen und Interessen der E-Wirtschaftsvertreter im "offenen Gespräch miteinander, ohne auf Öffentlichkeitswirkungen achten zu müssen" verfolgen können. Der Vergleich dieser Aussagen mit den Werbesprüchen der E-Wirtschaft drängt sich da natürlich auf. Im Folgenden stammen die Zitate aus dem Geheimpapier und aus einem Faltprospekt der Verbundgesellschaft mit dem Titel "Ein Dutzend gute Gründe für Hainburg".

Auf dem Seminar wurde oft betont, daß es nicht nur genug Strom in Österreich gibt, sondern daß man aktiv nach Absatz-möglichkeiten für die Ware Strom suchen muß.

"Marketing heißt das Hineingehen in den Markt, heißt, daß wir Strom verkaufen wol-len, und ist wahrscheinlich eines der wich-tigen Dinge, die wir vor uns haben. Ob das aber gut gehen kann, wenn man sich fried-lich mit allen anderen Energieträgern (bis zur Fernwärme) arrangiert? Ich habe meine Zweifel."

"Nach diesen Ausführungen brauchen wir, wenn wir den im Ausbauprogramm vorhandenen Strom verkaufen wollen, im Wärmesektor ei-nen Zuwachs von 10% im Jahr; nicht insge-samt 10% mehr, sondern jedes Jahr 10% mehr Elektroheizung. Ich kann mir bei den ruhi-gen Strategien, die ich in den Arbeits-gruppen gehört habe, einen Zuwachs von 10% nur sehr schwer vorstellen."

"Wir haben uns auf die schöne Formulie-rung geeinigt, daß dadurch die Sicherung der inländischen E-Versorgung gigantisch gewachsen ist. Außerdem sind wir zu diesem Schluß gekommen, daß dieser Strom, DEN WIR NUN EINMAL HABEN, auch irgendwo nutzbrin-gend verkauft werden sollte."

"Die Erfordernisse AUFGRUND DES ENERGIE-ÜBERANGEBOTS liegen auf der Hand."

In der Werbebroschüre wird auf den ständig steigenden Strombedarf hingewiesen; gleich nachher die Leistungsfähigkeit des Kraftwerks Hainburg betont. Dem Leser wird so der offensichtliche, aber falsche Schluß nahegelegt, wir bräuchten das Kraftwerk, um den wachsenden Strombedarf zu decken.

"Ende des Jahres 1983 und im ersten Halbjahr 1984 stieg der Stromverbrauch wesentlich stärker. Der Aufschwung macht sich bemerkbar. In den ersten 5 Monaten wurde über 1 Mrd kWh mehr verbraucht als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Allein dieser Zuwachs ist so groß wie die Leistung des geplanten Kraftwerks Hainburg in einem halben Jahr."

"Auf längere Sicht scheint die Prognose eines durchschnittlichen Stromverbrauchs-zuwachses von 3,1% wohl nicht unrealistisch."

"Das geplante Donaukraftwerk bei Hain-burg ist die leistungsfähigste Donaustau-stufe. Sie könnte allein 5% des Österr. Strombedarfs befriedigen."

Intern bereitet der E-Wirtschaft nicht der ach so hohe, sondern im Gegenteil der zu niedrige Stromverbrauch Sorgen:

" Da gegenwärtig die Elektrizitätsversorgung Österreichs als gesichert zu betrachten ist und in Zukunft auf der Aufbringungsseite erhebliche Zuwächse zu erwarten sind, ZUM ANDEREN DER STROMVERBRAUCH NUR SCHWACH WÄCHST, wird es die Aufgabe aller Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) sein, die Verwendung elektrischen Stroms für Wärmezwecke der Öffentlichkeit nahe-zubringen."



Die Alternative.

Hainburg als Umweltschutz ... "Wenn Hainburg gebaut wird, kann man auf einige kalorische Kraftwerke verzichten", (die ja bekanntlich am Sauren Regen mit schuld sind,) ... widerspricht erstens dem Argument, daß wir den Strom so notwendig brauchen, und 2. scheint die E-Wirtschaft keine rechte Lust zu haben, die alten kalorischen Kraftwerke stillzulegen.

" Steht man dieser Situation (dem Stromüberschuß) tatenlos gegenüber, werden sich insoferne Konsequenzen ergeben, als Kraftwerke abgestellt werden müssen, deren Kapitalkosten ... jedoch von den jeweiligen EVU getragen werden müssen."

Das Argument "Hainburg für reinere Luft" entpuppt sich also als gut erfunden, bzw. als unerwünschte Nebenwirkung im Falle einer zu geringen Nachfrage. Ähnlich hinterlistig kommt es noch einmal:

" Würde man den Strom aus Hainburg in ölbeheizten Kraftwerken erzeugen müssen, kostete das Öl dafür pro Jahr 1,7 Mrd. ÖS."

Wie wir inzwischen wissen, würde man zwar nicht müssen, es aber trotzdem tun.

" Auch für die Wirtschaft ist es nicht gleichgültig, zu welchen Preisen Energie verfügbar ist."

Nun, wenn der Strom nach Inbetriebnahme eines Kraftwerks billiger würde, wäre das ein historisches Ereignis. Und mehr Strom wird man auch bei der Industrie nicht los.

" Da einerseits der Ausbau der Wasserkraft in Österreich vorangetrieben werden soll (warum?, d. Tipper), andererseits im Bereich der Industrie die Nachfrage nach elektrischer Energie ... nur sehr zögernd zunimmt und Tendenzänderungen in Zukunft kaum zu erwarten sind, muß für das erhöhte Angebot an elektr. Energie v.a. der Haushaltssektor in verstärkter Weise als Markt gewonnen werden."

Aber auch dort, und speziell am Wärmesektor, der noch am besten aussieht, wird man kaum den ganzen Überschuß absetzen können (s.o.). Obwohl wir "schon derzeit rund 2/3 unseres gesamten Energiebedarfs importieren müssen", werden wir den Strom, den im Inland keiner braucht, auch im Ausland nicht los: " Soviel ich weiß, ... ist im Augenblick in Europa die Situation nirgends so, daß jemand sehr danach schreit, Strom von uns zu kaufen."

Mit "aggressivem Hineingehen in den Markt" soll aber doch versucht werden, den Stromüberschuß in Form von E-Heizungen anzubringen. Dazu bedarf es natürlich intensiver Marktforschung und subtiler Werbung.

" Wir sagen ja nicht, der Angeschlossene ... soll mehr verbrauchen. Ich würde auch nicht empfehlen, das in Zukunft zu sagen. Wir sagen ja nur, wir können und wollen mehr als bisher umweltfreundlich und KOSTENGÜNSTIG mit Elektroenergie anstatt Öl versorgen".

" Man sollte bei der E-Heizung nicht nur mit dem Preis argumentieren. Das ist auch ein bisschen schwer, denn wenn wir dann diese Tabellen haben, werden wir feststellen müssen, daß der Strom in den meisten Fällen doch das teuerste Produkt ist."

" Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß die direkte Werbung für mehr Stromabsatz nicht zielführend sei, sondern sie sollte durch diverse Deckmäntel laufen, eben über die Wirtschaftlichkeit, über die Bequemlichkeit."

Offenbar ist es für die E-Wirtschaft undenkbar, den einmal gefaßten Plan, Hainburg zu bauen, aufzugeben. Warum? Aus dem Geheimpapier geht hervor, daß die Erträge dringendst benötigt werden, um Kreditzinsen zahlen zu können. Die Situation der österreichischen E-Wirtschaft scheint bedenklich zu sein: "Was passiert, wenn die Annahmen über Zuwachsraten und Umsatzsteigerungen falsch sind, mit den Zinsbelastungen auf das investierte Kapital? Mir wird immer ein wenig angst, wenn ich solche Berechnungen mit etwas anderen Zahlen zu machen versuche. Es war bisher immer möglich, die anfallenden Zinsen vom aufgenommenen Kapital zu zahlen. Aber wenn wir einen stagnierenden oder reduzierten Absatz haben?"

Die E-Wirtschaft sieht sich vor einer möglichen Zahlungsunfähigkeit, verursacht durch Investitionen für einen kaum absetzbaren Stromüberschuß. Man steht also bis zum Hals im (selbstaufgestauten) Wasser.

Hanno

# Das ABC der Verleumdungen



Die Verunglimpfungskampagne gegen die Hainburger Aubesetzer hat einen sehr lehrreichen Einblick ins Repertoire gängiger Verleumdungen ermöglicht. Besonders Gewerkschaft und SP-Politiker haben sich als äußerst virtuos auf dem Klavier der Schädigung erwiesen. Diese Kunst wird ja sonst vor allem vom bürgerlichen Journalismus, vom Kleinformat bis zum Großen Horizont, gepflegt und beherrscht. Umso erschreckender ist es, daß im Fall Hainburg sozialdemokratische Arbeitervertreter sich bis zu wirklich letztklassiger Polemik haben hinreißen lassen.

Verleumdung ist immer auch Selbstbetrug: wenn man etwas nur nachdrücklich genug schlechtgemacht hat, kann man sich die Auseinandersetzung damit ersparen. Dieser Funktion der Verleumdung als Verdrängung entsprechen deren Methoden, die ich unter den Aspekten Marginalisierung und Ressentiment zusammenfassen will:

Kritik soll mit verschiedenen Mitteln ins Abseits der Unmaßgeblichkeit gedrängt werden. Dazu begegnet man ihr nicht auf der Ebene ihrer Argumente, sondern versucht die Auseinandersetzung in die Entlarvung der Kritiker und ihrer "eigentlichen" Motive umzubiegen. Sozusagen die theoretische Rechtfertigung für diese Marginalisierung der Kritiker und ihrer Motive holt man sich aus der Senkgrube der Ressentiments: Ausländer führen bekanntlich Dunkles im Schilde, Studenten sind ewig, faul und arbeitsscheu, Frauen gehören in die Küche und nicht in politische Auseinandersetzungen, umstürzlerische Kommunisten sind am Werke und von ungewaschenen Chatsen hat man auch gehört.

Ebenso altbekannt wie diese Stereotypen sind diverse Verschwörungstheorien: von den Kommunisten war schon die Rede, die Österreich von Energieimporten aus dem Ostblock abhängig machen wollen. Dazu kommen sogenannte Berufsdemonstranten, die, angestiftet von ausländischen Terroristen und bezahlt von Gaddafi, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat untergraben wollen.

Argumente kann man verdrängen, indem man sie durch die Zahl derer ersetzt, die sie vertreten (Quantitative Marginalisierung). Die Kraftwerksgegner seien ohnehin nur eine kleine Minderheit, eine Handvoll, kleine Gruppe, usw. (als würden die Argumente dadurch falscher), die einer Mehrheit gegenüberstehen, die offenbar ganz besonders qualifiziert ist, wenn sie eine sogenannte schweigende ist. Zur Auffassung der meisten Politiker der Demokratie als einer Sache von Zahlenverhältnissen kommt hier das obrigkeitsstaatliche Mißtrauen in jede Art nicht kanalisierter Meinungsäußerung.

An die Stelle ihrer Argumente tritt die Qualifikation der Kritiker, welche in Zweifel gezogen wird (Qualitative Marginalisierung). Es handle sich um Weltfremde, Kasperln, Querulanten und Verrückte, oder auch Arbeitsscheue und Faulpelze. Pseudo-

psychologie wie die Diagnose von "Profilierungsneurose" und "Geltungstrieb" sollen die Auseinandersetzung über Argumente von vorneherein erübrigen. Diese Personalisierung und Psychologisierung der Auseinandersetzung haben den Zweck, die Diskussion über Positionen zu präjudizieren, indem man sie durch Urteile über Personen ersetzt.

Nicht nur Geist & Seele der Kritiker, sondern auch die Erheblichkeit ihrer Motive kann in Zweifel gezogen werden, um die Diskussion dessen zu vermeiden, was die Motive hervorgebracht haben (Marginalisierung der Motive). Der Antrieb der Aubesetzer sei das Bedürfnis nach Abenteuern, Lagerfeuerromantik und Indianerspiel; es sei eben modern und "in", in die Au zu gehen (diese besonders erlesene Peinlichkeit stammt von Benya himself).

Beunruhigend ist, daß den SP-Funktionären tatsächlich keine Dummheit zu dumm und keine Unterstellung zu perfid war, um sich und ihrer schweigenden Mehrheit "draußen in den Betrieben", wie diese zynischen Herren ihre Perspektive ganz richtig umreißen, die Auseinandersetzung nicht nur mit ökonomischen und ökologischen sogenannten Sachproblemen, sondern auch mit politischen Massenphänomenen, wie es die Aubesetzung war, zu ersparen. Die sozialpartnerschaftliche Verstrickung mit dem Kapital hat die Sozialdemokraten schon derart korrumpiert, daß sie sich offenbar ohne Zögern traditionell bürgerlicher Ressentiments bedienen und auch vorm Griff in den brauen Kübel nicht zurückschrecken. Der Zweck dieser Manöver ist es, den latenten Groll der Arbeiter über ihre zunehmend unbefriedigende soziale Situation - Arbeitslosigkeit, Lohnverluste -, der sich naturgemäß gegen die Unternehmer und die mit ihnen sozialpackelnde Gewerkschaftsführung richten müßte, im Interesse eben der Sozialpartnerschaft auf einen Ersatzgegner zu lenken. Passende Sündenböcke für das Versagen der Sozialdemokratie sind derzeit die Grünen aller Farben, zumal das Erscheinen der Ökobewegung als neue gesellschaftliche Kraft der politischen Oligarchie von Berufsportunisten, Sozialpartnern, Kammerfunktionären und überhaupt Bürohengsten aller Art ohnehin nicht geheuer ist. B. Pe

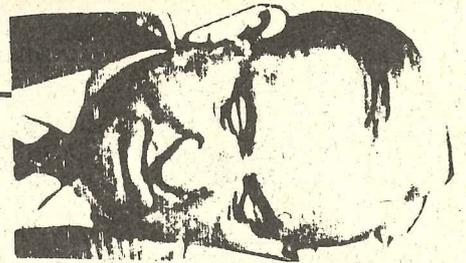
PTV TELEGRAMM PTV TELEGRAMM

aussendung der Linken alternativen Liste an der uni wien (lal)

bekanntlich erhalten wir, die stopfenreuther au-besetzer, von oberst gaddafi 800,- s. pro kopf und tag. das ist uns zu wenig. wir verlangen eine generelle Lohnerhöhung, sowie zuschlaege fuer nacht- und schwerarbeit, ausserordentliche gefahren und kaelte.

wir fordern daher unseren vertreter bruno kreisky nachdruecklich zu weiteren lohnverhandlungen mit gaddafi auf. sollte kein vernuenftiger kompromiss zustandekommen, muessten wir an gewerkschaftliche massnahmen denken und entsprechende beschluesse fassen.

## Hainburg an der Uni



Anfangs eine Liste der verwendeten Abkürzungen für alle, die sich im universitären Dschungel noch nicht ganz zurechtfinden:

Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH), die gesetzliche Vertretung der Studierenden, ist gegliedert in:

Zentralausschuß (ZA): Vertretung für ganz Österreich

Hauptausschüsse (HA): Vertretung einzelner Unis

Fakultätsvertretungen (FV)

Studienrichtungsververtretungen (Strv)

Am HA der Uni Wien sind folgende Fraktionen vertreten:

Linke Alternative Liste (LAL): Basisgruppenliste

Kommunistischer Studentenverband (KSV): KPÖ-nahe Studentenorganisation

Verband Sozialistischer Studenten Österr. (VSStö): linkssozialistisch, trotzdem SP-nahe

Aktionsgemeinschaft (AG): "Politische Mitte", ÖVP-bezahlt, liberal bis konservativ, seit neuestem grün

Junge Europäische Studenteninitiative (JES): erzkonservativ, die zweite ÖVP-Fraktion

## HA und ZA:



Von LAL und AG eingebrachte Anträge, das Konrad-Lorenz-Volksbegehren zu unterstützen, wurden von VSStö, JES und KSV abgelehnt. Der VSStö ist zwar gegen das Kraftwerk, sieht aber im Volksbegehren bürgerliche Propaganda und unterstützt es daher nicht. Der KSV hat die materielle Unterstützung der Aubesetzer, nicht aber des Volksbegehrens gefordert. Der VSStö ist mit den Besetzern "solidarisch" und stellt Anträge im Sinne seines Öko-Appells (1). Die JES ist gespalten und vertritt im wesentlichen die ÖVP-Wirtschaftslinie. Die AG hat zwar mittels ihrer Macht am ZA organisatorisch viel zum Kampf gegen das Kraftwerk beigetragen, beschränkt sich aber in der Agitation auf ziemlich doofen Naturmystizismus auf Kronenzeitungsniveau ("Natur schreit Hilfe", etc.)

Die AG regiert im HA in Koalition mit der JES, ebenso bis vor kurzem im ZA, nämlich bis durch einen JES-Antrag (unterstützt vom VSStö!) ZA-Vorsitzendem Rainer (AG) "das Vertrauen entzogen" wurde. Ein AG-Antrag, dem Volksbegehren das finanzielle Defizit auszugleichen, wurde dann doch angenommen. Die anderen

Fraktionen versuchen offenbar, auf den Aubesetzerzug im Nachhinein aufzuspringen - die Besetzung ist halt sehr populär!-, und haben im ZA Anträge durchgebracht, daß es der ganze ZA und nicht die AG allein war, der die Besetzung unterstützt hat.

Die LAL hat das Volksbegehren und die Aubesetzer nach Kräften unterstützt: durch HA-Anträge, publizistisch und vor allem durch ihre physische Anwesenheit in der Au.



## Nawi:

Am 5. 12., also kurz vor Beginn des Spektakels, veranstalteten die Basisgruppen eine Tondiaschau "Grüne Wildnis am Strom" mit sehr kompetenter Einführung und Nachwort durch Gerald Navara und Peter Weish.

Während der Besetzung selber war der Nawi-Bürodienst auf "Notbetrieb" beschränkt: man war in der Au. Die Nawi-Basisgrupppler leisteten in vielerlei Hinsicht ihr Scherflein zu Barrikadenbau (Barrikade "Rosa Luxemburg") und Lagerleben und haben sich die Köpfe an der in Form von Gummiknüppeln auftretenden österreichischen Demokratie angehaut. Außerdem haben wir -heftig aber doch - die Staatsgewalt zur Fraternisierung angestiftet. Fortschrittlich wie wir sind haben wir die Aktion "Linke und Gewerkschafter gegen Hainburg" agitatorisch unterstützt.

Übrigens sind auch Nawi-Professoren beim Randalieren in der Au beobachtet worden. Z. B. hat Professor Sigmund (Mathematik) einen Gummiknüppel mit dem Kopf attackiert ("versuchte vorsätzliche Sachbeschädigung").

(1) Der Öko-Appell der sozialistischen Jugendorganisationen soll, im Gegensatz zum (konservativen?) Volksbegehren, eine sozialistische Grundlage für die Ökobewegung sein. Er ist aber ähnlich unvollständig wie das Volksbegehren. Zwar wird betont, daß die Versöhnung von Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung Ziel sozialistischer Politik sein sollte (no na), konkrete Maßnahmen dafür (zB 35-h-Woche, Arbeitsplätze im Umweltschutz ...) fehlen aber. Genauso allgemein und daher nichtssagend ist die Forderung nach einem Gesamtenergiekonzept, das ja im Volksbegehren inhaltlich skizziert ist. Weiters enthält der Appell einige wichtige, teilweise im Volksbegehren fehlende Forderungen: Verursacherprinzip bei Umweltschutzfinanzierung, mehr Kompetenzen für das Umweltministerium, keine Kraftwerke Hainburg/Zwentendorf/Dorfertal/Hintergebirge, usw. Ein Antrag, der den ganzen Öko-Appell umfaßte, wurde übrigens im HA einstimmig (!) angenommen.

Nawi und Gruwi:

Die Nawi hat gemeinsam mit Gruwi, Boku und anderen einen Vorlesungsstreik anlässlich der Besetzung organisiert, der teilweise (z. B. M, Ph, Bio) lückenlos funktioniert hat. In der Gruwi war ein "Streikbüro" eingerichtet. Unterstützt war die Aktion von vielen Instituts- und Basisgruppen, Roter Maulwurf, LIAB (Gruwi), LAL, GRM, KSV, VSSTÖ, AG und etlichen Profs.

Am 14. 12. gab es eine vom Streikkomitee organisierte Hörerversammlung im NIG Hs 1, etwa 500 Leute waren dort. Man beschloß eine Streikresolution: Unterstützung der Besetzung, gegen naturzerstörende Kapitalinteressen.

Zur Uni-politischen Bedeutung der Aubesetzung: Die AG hat sich mit ihrem Einsatz für Volksbegehren und Aubesetzung zweifellos gut als grüne Uni-Partei profilieren können; die ideologische Schwäche ihrer Agitation steht auf einem anderen Blatt. (2)

Der VSSTÖ hat sich mit seiner Nein-zum-Volksbegehren / Nein-zum-Kraftwerk-Politik, die glaubhaft zu vertreten ihm nicht recht gelungen ist, ziemlich ins Eck manövriert und wird das möglicherweise bei den Wahlen zu spüren bekommen.

LAL und die meisten Basisgruppen haben sich intensiv für die Besetzung und das Volksbegehren eingesetzt, haben aber wahrscheinlich nicht wie die AG die Mittel, das auch politisch zu verwerten. Die am ehesten von den links-alternativen und rot-grünen Kräften geleistete Erforschung der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Hintergründe von Energiepolitik, Ökologie, Gewaltfrage etc. steht bisher im Schatten der beschränkt-grünen Ideologie von AG und Co.

(2) Die politischen Aussagen der AG beschränken sich, neben oberflächlicher Kritik an Gewerkschaft und Regierung, auf die plakatierte Phrase "Sieg der Demokratie". Solche brave, unpolitische Slogans ist die AG ihren Wählern wahrscheinlich schuldig. Trotzdem wäre es interessant zu wissen, welche Demokratie hier gesiegt hat. Die des "Rechtsstaats" Österreich jedenfalls nicht, denn die hat sich mit ihren Gummiknuppeln selbst ein blaues Aug gehaut.

..... hihihihhi .....

Hanno, Bofe

## Die ideologische Bewältigung der ökologischen Krise

In der Ideologie vieler grüner Grünen steht der Natur häufig "die" Technik pauschal als Vergegenständlichung zweckrationalen Denkens gegenüber. "Die Natur" sei das einzig Konstante, an das man sich in der verschmutzten Welt noch halten kann, ein metaphysischer Ersatzwert, der einem die Analyse der Realität erspart und mit der man sich identifizieren kann. Der Widerspruch hängt, der bürgerlichen Herkunft der Ideologie entsprechend, am Vorschein der Dinge, der unmittelbaren Erscheinung des Konflikts als Konfrontation von Auwald und Säge.

Für die Wertkonservativen ist diese "Vulgäranthese von Technik und Natur" (Adorno) ein weiterer Beweis für "Endlichkeit" & Hinfälligkeit von allem Tand aus Menschenhand und überhaupt "des" Menschen;

die Marktwirtschaftler wollen sie, klar, marktwirtschaftlich mit neuen Technologien und, auch klar, "mehr Flexibilität der Mitarbeiter" lösen;

die Sozialdemokraten mit Regierungskommissären;

die Fundamentalisten mit natürlichem Leben, Nullwachstum usw. - Gemeinsam ist, daß die zu "versöhnenden" Parteien Natur und Technik, Ökologie und Ökonomie heißen, d.h. sich letztlich Natur und Gesellschaft gegenüberstehen und nicht Produktionsverhältnisse und deren Opfer, zu denen freilich auch die Profiteure späterstens dann zählen, wenn auch die Villa in Gran Canaria im sauren Regen steht. Für den normalen Busek-Wähler reicht es ohnehin nur bis zum Semmering, und der ist noch vorher dran.



Die roten Grünen wissen zwar, daß die "Technik, die, nach einem letztlich der bürgerlichen Sexualmoral entlehnten Schema, Natur soll geschändet haben, unter veränderten Produktionsbedingungen ebenso fähig (wäre), ihr beizustehen und auf der armen Erde ihr zu dem zu helfen, wohin sie vielleicht möchte" (Adorno), doch kommt die Ökologie meistens nur als ad hoc angeklebte, weil offensichtlich notwendige Ergänzung in der theoretischen Welt von Arbeit und Kapital vor. Die linke Ökopolitik bleibt empirisch; was die Analyse betrifft, die Voraussetzung für eine Politik von mehr als bloßem, blinden Reagieren wäre, behilft man sich meistens (schlechten Gewissens) mit einem rotgrünen Konglomerat, wonach der Kapitalismus die Natur zerstöre, die der Mensch doch brauche, usw. Da die Linken aber (zu Recht) nicht wissen, was "die" Natur ist, und außerdem grüne Naturmystik (zu Recht) suspekt finden, halten sie sich mit dergleichen Analysen meistens (zu Recht) zurück und unterstützen die Ökobewegung (zu Recht), indem sie eben bei konkreten Anlässen mittun.

Für die KP-ler schließlich ist ohnehin im Prinzip schon alles gelöst, auch wenn das Erzgebirge jetzt auch auf der Oberfläche so aussieht, wie es heißt.

BoPe

Ein Offizier brüllt in sein Megaphon, er läuft hektisch umher, die Weisung "Gummiknüppel raus!" wird weitergegeben, die Demonstranten tauchen, den Schlaf

noch in den Augen, aus dem Dickicht auf, die Riemen der Stahlhelme werden geschlossen, die Gummiknüppel schlagbereit gehalten und mitten drinnen ...

## DIE POLIZEISCHÜLER

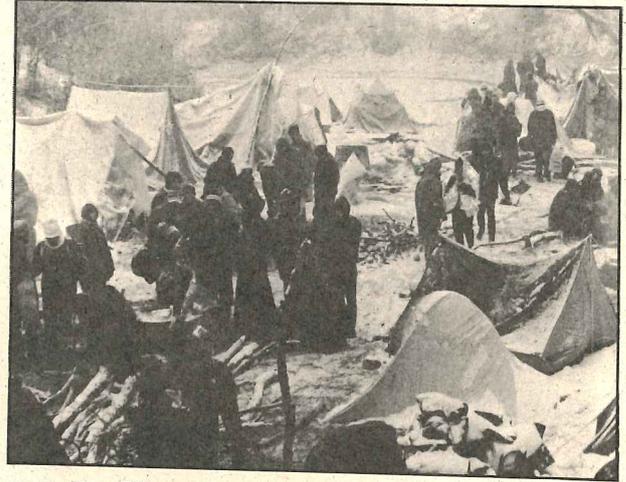
Dieser Bericht eines Polizeischülers, der in der Stopfenreuther Au gegen die Demonstranten eingesetzt war, ist authentisch. Der Autor möchte aus nahe-  
liegenden Gründen nicht namentlich genannt werden.

Wir wurden in der Stopfenreuther Au mit einer Situation konfrontiert, die uns nicht viel Zeit zum Nachdenken ließ. Wer sich nicht schon vorher mit dem Thema Hainburg auseinandergesetzt hatte, - das waren nicht viele - war hilflos den falschen Gerüchten über eine Bezahlung der Ausschützer, über Extremisten, die vermeintlichen Pläne der Einsatzleiter, der nervösen Hektik - von den Offizieren noch gesteigert - und der gespannten Lage ausgesetzt.

Auf eine solche Situation war keiner von uns vorbereitet worden - während der Ausbildung war der Kontakt mit dem Staatsbürger mehr als gering oder überhaupt nicht vorhanden gewesen - und eine gewaltsame Auseinandersetzung hatte noch keiner im spärlichen Außendienst gehabt. Noch nicht einmal ein Jahr bei der Wiener Sicherheitswache in Ausbildung und schon gehören wir - würde man der Aussage des Herrn Innenministers vom 16.12. über die in Hainburg zum Einsatz kommenden Beamten glauben - zu seinen "erfahrensten"!

Und wo uns die Erfahrung in Sachen Menschenbehandlung fehlte, konnten wir unseren älteren Kollegen bei ihrem "besonnenen" Vorgehen zusehen.

ICH hatte Angst an diesem Mittwoch morgen in der Au (19.12.). Nicht vor den Demonstranten, sondern vor dem Nicht-Erfüllenkönnen der Aufgabe, das Rodungsgebiet freizuhalten, ohne Gewalt anwenden zu müssen; vor der Reaktion der älteren Kollegen, vor der vorhersehbaren körperlichen Auseinandersetzung. Manche wären wie ich lieber auf der anderen Seite gestanden, wir waren aber seit drei Tagen kaserniert, um Tag und Nacht



zur Verfügung zu stehen, um irgendwann in der Nacht aufgeweckt zu werden ...

Die Großzahl meiner jungen Kollegen aus der Schulabteilung war - aus welchen Gründen auch immer - an den Prülgelorgien nicht beteiligt. Ich sah z.B. einen von ihnen, wie er einen der wirklich erfahrenen Kollegen daran hinderte, weiter auf einen am Boden liegenden Demonstranten einzuschlagen.

Die Demonstranten ohne jede Gewaltanwendung zum Zurückgehen zu bewegen, gelang mir auf einer Breite von vielleicht einhalb Metern, aber das war nur "Glück", weil ich "vernünftigen" Demonstranten gegenüberstand? Oder wäre das nicht auch an anderen Stellen gelungen?

Ich zweifle nicht daran, daß ich bei einem eventuellen Eindringen von Demonstranten in das Rodungsgebiet, um sie daran zu hindern, auch allenfalls notwendige Gewalt angewendet hätte, aber sicherlich nicht den Gummiknüppel oder die Stiefelspitze...

In meinem Abschnitt, und <sup>nur</sup> darauf kann ich mich beziehen, wenn ich dies schreibe, war der Einsatz des Gummiknüppels mehr als fragwürdig und die mir unerklärliche Brutalität, mit der davon Gebrauch gemacht wurde, absolut nicht notwendig und sinnlos. Es gab keinen Befehl dazu, den wir als weisungsgebundene Organe hätten befolgen müssen, konnte es gar nicht geben; das Waffengebrauchsgesetz sieht nur die individuelle Entscheidung über den Waffengebrauch oder für den Einsatz anderer Mittel zur Erreichung des angestrebten Zieles vor, wobei insbesondere nach § 4 WGG (Waffen-



gebrauchsgesetz) die Anwendung von Körperkraft ungeeignet erscheinen oder sich schon als wirkungslos erwiesen haben muß.

Eine Notwehrsituation könnte ich für mich beim besten Willen nicht geltend machen und fürchtete bei Begegnungen mit den Demonstranten keine Sekunde um meine eigene körperliche Sicherheit, war verstört über die Reaktionen der Ausschützer, über die fassungslosen Blicke, als die Knüppel das erstemal trafen, über die Dinge, die mir entgegengeschrien wurden und das verzweifelte Weinen eines Mädchens, das dem Vorgehen der Polizei



Widerstand in der Höhle des Löwen

## Gewerkschafter gegen Hainburg

Bereits längere Zeit im Schwange, ist das neue große Thema der österreichischen Innenpolitik spätestens seit dem Konflikt um das geplante Kraftwerk Hainburg voll ausgebrochen: der "Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie". Unter dem Druck einer beginnenden Sensibilisierung der Bevölkerung in Umwelt- und Energiefragen machen sich die Führungsetagen der traditionellen Parteien und der Sozialpartner auf die Suche nach "tragfähigen Kompromissen". Wichtiger aber als eine Abkehr vom Raubbau an der Natur scheint ihnen eine andere Sache zu sein: die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die auf Unternehmerrückgewinn orientierten Wirtschaftsstrukturen dürfen nicht angetastet werden; die Profitinteressen - der Motor des ökonomischen Systems - werden im Zweifelsfall den Interessen an einem wirksamen Schutz der Umwelt übergeordnet. Umweltschutz hängt vom Goodwill - und daher der Kosten-Nutzen-Rechnung - der Unternehmer ab. Darin gibt die sozialdemokratische Führung den bürgerlichen Parteien die Hand. Das Resultat ist die Selbstbeschränkung des Umweltschutzes auf Symptombekämpfung.

Die Haltung der Gewerkschaftsführung trägt nun das ihrige dazu bei, die Interessen ihrer eigenen Basis unter die Räder zu bringen. Eingespannt in die Zwänge der Sozialpartnerschaft ist die Führung der österreichischen Arbeiterbewegung weder auf der politischen noch auf der gewerkschaftlichen Ebene in der Lage, auf das brennende Problem der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen eine glaubwürdige Antwort zu geben.

Dieser Katastrophenkurs bringt den ÖGB bei breiten Teilen der Bevölkerung in Mißkredit und trägt nicht gerade zur Stärkung der Arbeiterbewegung bei. Daher ist es umso erfreulicher, wenn sich in den Reihen des ÖGB selbst Widerstand gegen die Betonierpolitik à la Benya und Hesoun regt.

Der ÖGB ist für kritische Gewerkschaftsmitglieder, die den Kurs der Führung nicht immer für richtig halten, bekanntlich ein hartes Pflaster. Dennoch bildet sich in einigen Fragen eine fortschrittliche Opposition, die dann in der Regel auch für eine Demokratisierung des ÖGB eintritt. Um diese - prinzipiell immer bei "heiklen" Frage bestehende Gefahr von vorneherein im Kon-

machtlos gegenüberstand, und war angewidert von der grundlosen Brutalität rings um mich. Ich trug mich eigentlich sofort mit dem Gedanken, auszutreten, nur um dieser Situation zu entkommen, und nicht mehr gegen diese Leute vorgehen zu müssen.

Die einzige Möglichkeit, meine Auflehnung gegen dieses Vorgehen zu demonstrieren, wäre der freiwillige Austritt gewesen. Aber ich glaube, die einzige Möglichkeit, diesen "Staat im Staat" Polizei zu verändern, ist es, zu versuchen, ihn von innen heraus zu ändern.

(Name der Redaktion bekannt)

Textprobe aus einer offiziellen Rede auf der Hainburger Betriebsrätekonferenz (zu welcher übrigens Funktionären und Betriebsräten anderer Einzelgewerkschaften etwa der "kritischen" Privatangestelltengewerkschaft der Zutritt verwehrt wurde): "Am Mittwoch (dem Tag der geplanten Arbeiterdemonstration; F.E.) werden die Arbeiter dafür sor-

### Plattform

Ökologische Fragen bekommen einen immer größeren Stellenwert. Zu lange wurde - im Sinne einer unreflektierten Wachstumsideologie - schlicht Raubbau an der Natur betrieben.

Gerade die Arbeiterbewegung müßte auf Grund ihrer lebensbejahenden Tradition für eine intakte und schöne Umwelt eintreten. Bedauerlicherweise findet man jedoch häufig die Repräsentanten der Arbeiterbewegung Hand in Hand mit den Betonierern schlimmsten Ausmaßes.

Hainburg ist dafür nur ein Beispiel von vielen: ohne Hainburg geht nicht »der Strom aus«. Für den Raum Wien/Hainburg hingegen wäre der geplante Kraftwerksbau eine ökologische Katastrophe. Wir, Mitglieder verschiedener linker und fortschrittlicher Organisationen bzw. Gewerkschafter, sind daher gegen den Bau Hainburgs. Vielmehr sollte das bestehende Energiepotential sinnvoll genutzt werden (Nutzung der Industrie abwärme, wärmedämmende Investitionen...). Gleichzeitig teilen wir die Sorgen der arbeitenden Menschen um ihre Arbeitsplätze. Wir betonen daher, daß durch die planlose Energiepolitik der E-Wirtschaft keine Arbeitsplätze verloren gehen dürfen: anstatt Hainburg sind Alternativprojekte vorzuziehen.

Es gilt zu verhindern, daß Umweltpolitik für Medien wie die »Krone« zu einem Vehikel der Absatzsteigerung mißbraucht wird. Ebenso ist den Manövern konservativer Politiker entgegenzutreten, die sich plötzlich »grün« geben.

Konkret kann das für die Arbeiterbewegung nur heißen, den Dialog mit der Ökologiebewegung aufzunehmen und nicht durch mehr als fragwürdige Methoden legitime ökologische Positionen zu verteufeln.

Unsere Initiative umfaßt sowohl Personen, die das Volksbegehren unterstützen, als auch jene, die ihm skeptisch gegenüberstehen. Vorrangig ist für uns nicht das Wie der Ablehnung Hainburgs, sondern die inhaltliche Orientierung gegen die Profitinteressen der E-Wirtschaft.

### Initiative »Linke und Gewerkschafter gegen Hainburg«

Kontaktadresse:  
Kleiner Buchladen/Felix Stelzer  
Kolingasse 6  
1090 Wien  
Tel. 0222/34 33 84

gen, daß die Hainburg-Besetzer das neue Jahr zu Hause verbringen ..."

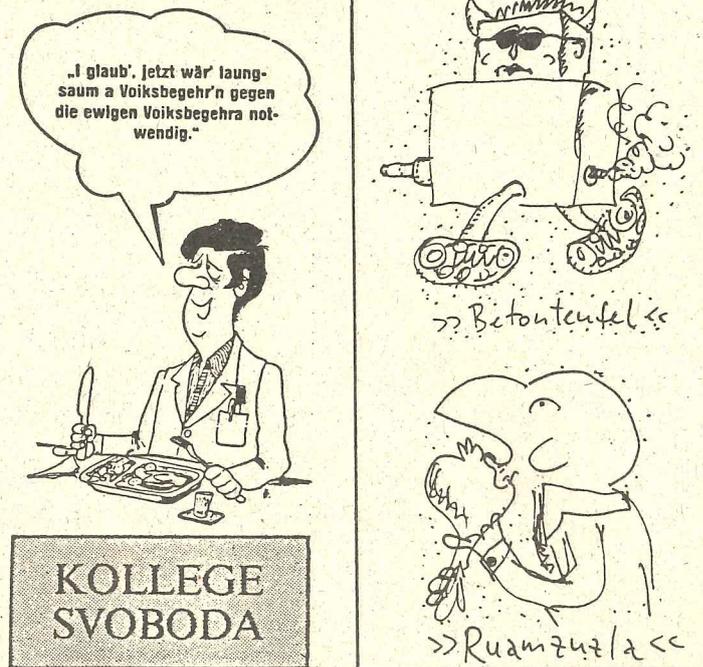
Seit dem Polizeieinsatz in der Stopfenreuther Au biegen sich die Schreibtische in der ÖGB-Zentrale vor Protestbriefen aus allen Branchengewerkschaften. Die bodenlos hetzerische Vorgangsweise war denn doch vielen Gewerkschaftsmitgliedern zu viel. Wenn es etwa hieß, man könne "die Arbeiter nicht mehr zurückhalten", und "in den Betrieben brodelte es", "die Leute sehen nicht ein, warum sie nicht an Ort und Stelle für ihre Arbeitsplätze demonstrieren sollen, wenn sie schon nicht am 8. Dezember in Salzburg demonstrieren dürfen", da erinnerten sich kritische Gewerkschafter daran, wie brustschwach und leisetretend die ÖGB-Führung oft laviert, wenn es nicht um die Stromprofite, sondern um die Interessen der Arbeiter und Angestellten geht. Die kompromißlose Pro-Hainburg-Linie kann sich nur auf die unmittelbar betroffenen Gewerkschafter stützen, das ist vor allem die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter. Die relativ breite gewerkschaftsinterne Kritik hat letztlich auch bewirkt, daß das ÖGB-Präsidium einen Rückzieher machen und die Au-Besetzung tolerieren mußte. Die bürgerlichen Medien (vor allem Kurier und Kronenzeitung) haben viel Wert darauf gelegt, über die Kräfteverhältnisse im ÖGB nichts zu berichten.

Die Initiative "Linke und Gewerkschafter gegen Hainburg" hat selbst - soweit die Berufstätigkeit dies zuließ - aktiv an der Au-Besetzung teilgenommen. Dabei machten ihre Aktivisten eine überraschende Beobachtung: obwohl in der grün-alternativen Szene - und natürlich auch unter den Au-Besetzern - eine gewisse Gewerkschaftsfeindlichkeit herrscht, fänd der innergewerkschaftliche Widerstand regen Zuspruch. Man/frau wurde als "Gewerkschaftspartisan" auf eine völlig andere Ebene gestellt als die Führungsclique um Benya. Das ist jene Seite des Kampfs gegen die Naturzerstörung, die die konservativen Kräfte und Medien - die es auf eine Schwächung der Gewerkschaft insgesamt abgesehen haben - ausklammern und verschweigen.

Die "Ehrenrettung" des Gewerkschaftsgedankens kam also von unten, von kritischen Betriebsräten, Vertrauenspersonen und "einfachen" Gewerkschaftsmitgliedern. Sie werden nach wie vor einen schweren Stand haben, aber ihre Basis verbreitet sich, da der sozialpolitische Bankrott der bisherigen Verbetonierungspolitik immer leichter erkennbar wird. Mit der Vertiefung der sozialen Krise wird das Bedürfnis nach radikaleren - d.h. das Übel mehr an der Wurzel packenden - Antworten stärker werden.

Die spezifische Kombination der sozialen mit der ökologischen Krise - das heißt heute vor allem Dauerarbeitslosigkeit und vergiftete Umwelt - darf nicht dazu führen, daß die "ökologisten" gegen die "ökonomisten" ausgespielt werden. Ihr gemeinsamer Feind ist eine auf die Ausbeutung von Mensch und Natur gegründete Gesellschaftsordnung. Dieser Umstand sollte es den fortschrittlichen Teilen der Gewerkschaftsbasis und jenen der grün-alterna-

tiven Bewegung erleichtern, gemeinsame Ziele zu formulieren.



Wohl kaum eines Kommentars bedarf diese Meldung des "Kollegen Svoboda" aus der "Welt der Arbeit" (Zeitung der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB), Jan. 1985.

flikt um Hainburg auszuschalten, hat die Gewerkschaftsbürokratie diesmal besonders rigid alle übriggebliebenen demokratischen Poren für die Hainburg-Gegner verschlossen. Hatte es nur wenige Tage vor dem Beginn der Au-Besetzung noch scharfe Aussagen über die nötige Verteidigung des Ladenschlusses am 8. Dezember gegeben, befließigten sich einige Spitzenfunktionäre einer Sprache, die wohl auch vielen Hainburg-Gegnern im ÖGB den Preis für innergewerkschaftliche Kritik hinaufgetrieben hat.

Trotz dieser sehr ungünstigen Bedingungen hat sich bereits im Frühjahr 1984 eine Initiative "Linke und Gewerkschafter gegen Hainburg" gebildet. In einer Broschüre wies sie darauf hin, daß die Arbeiterschaft an einer nur an der Profiten der E-Wirtschaft orientierten Strompolitik kein Interesse haben kann, und daß die Arbeitslosigkeit nicht durch ökologisch wie volkswirtschaftlich unsinnige Kraftwerksprojekte beseitigt werden kann, sondern nur durch gesamtgesellschaftliche Antworten, vor allem durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Erst die beschämenden Ausritte der Gewerkschaftsführung gegen die "Studenten in der Au, die auf unsere Kosten leben und gegen Österreich und die Demokratie demonstrieren", und die Androhung, die Rodungen mit Gewalt zu ermöglichen, riefen ein nicht zu unterschätzendes Protestpotential auf den Plan.

Franz Embacher



## Bürgerliche Interessen an der Ökologie-Bewegung

Die heftige Grün-Sympathie vieler bürgerlicher Politiker und Medien ist ziemlich überraschend gekommen. Etliche ÖVP-Politiker würden eine grüne Partei im Parlament begrüßen; die Kronenzeitung hat die Hainburger Aubesetzer publizistisch (und angeblich auch materiell) praktisch vorbehaltlos unterstützt, also im wesentlichen dieselben Leute, die sie sonst bei jeder Gelegenheit zu denunzieren und zu beschimpfen nicht müde wird; auch die meisten anderen bürgerlichen Zeitungen und der ORF haben mit einiger Sympathie berichtet. Untergang des Abendlandes, Versinken des Rechtsstaates im Sündenpfeil der Anarchie und was bei solchen Anlässen sonst alles an ideologischer Angstpropaganda aus den bürgerlichen Arsenalen zu kommen pflegt, konnte man diesmal von Sozialdemokraten, von Betriebsräten bis zum Innenminister, hören; gelehrigen Schülern der Kleinbürger, zu denen sie die Arbeiter in Jahrzehntelangen sozialpartnerschaftlichen Mühen ab- oder besser: zugerichtet haben.

Was ist also in die Bürgerlichen gefahren?

1) Die ÖVP weiß, daß eine Grünpartei im



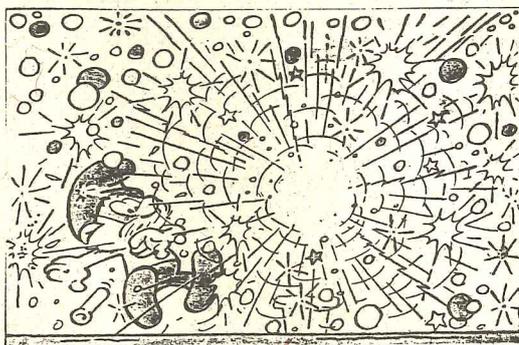
Parlament bedeuten würde: auf absehbare Zeit keine absolute Mehrheit für die SPÖ; mögliches Verschwinden oder unbedeutend werden der FPÖ; und daher endlich! endlich! die Rückkehr der ÖVP an die Futtertröge der Regierungsmacht, nämlich als Partner der SPÖ in einer großen Koalition.

2) Der Wirtschaftsflügel der ÖVP wünscht sich die Klärung der inneren Verhältnisse in der ÖVP. Eine Grünpartei im Parlament würde den lästigen VP-Grünen wie Busek, Fleming und Heinzinger den Wind aus den Segeln nehmen. Busek hat die Sympathie mancher seiner VP-Kollegen mit Grünen im Parlament nicht zufällig für "pervers" erklärt: seine Wählerbasis sind Teile der stark grün-anfälligen Wiener Mittelschicht aus höheren Angestellten, Beamten und Bildungsbürgern.

3) Die Kronenzeitung, weitblickend wie sie ist, sieht sich als künftiges Sprachrohr der lieben, braven und sogenannten idealistischen, in der Kronenzeitungssprache auch "positiv" genannten, vor allem etwas beschränkteren Grünen, die, so denkt sich die Kronenzeitung, nur eher mehr werden können. Die Ideologie dabei diktiert selbstverständlich die Kronenzeitung.

4) Alle Bürgerlichen gemeinsam sind an einer Spaltung in gute und böse Grüne, in brav-parlamentarische und schlimm-radikale,

interessiert, in solche, denen die reine Natur, nur die Natur und nichts als die Natur am idealistischen Herzen liegt und solche, für die Ökologie auch etwas mit Produktionsverhältnissen zu tun hat (also die ganz hinterlistigen, weil grügestrichenen Kommunisten). Erstere können nämlich wichtige Anregungen liefern, vor allem wenn man sie parlamentarisch und auch sonst übersichtlich im Griff hat, letztere gefährden unsere Demokratie und Freiheit und müssen daher füglich auch weiterhin in gesellschaftlicher Quarantäne gehalten werden, damit sie die artigen, lieben & braven Grünen nicht ideologisch infizieren können.



Die in der Ökobewegung stark verbreitete Naturideologie, wonach der neue, fundamentale Widerspruch der von "Mensch" und "Natur" sei und nicht mehr der traditionellen von Arbeit und Kapital, kommt bürgerlichen Interessen sehr gelegen. Da der Mensch ein Teil der Natur sei, müßten seine Bedürfnisse schon im Interesse der Arterhaltung auf jene der Natur abgestimmt werden; wenn "der Mensch" also "die Natur" schädigt, schadet er sich letztlich selber (In der fundamentalistischen Variante der grünen Ideologie ist die Natur an und für sich ein zu schützender Wert, quasi das grüne Über-Ich). "Wir" sitzen somit alle im gleichen Boot, was unsere Position gegenüber den naturgesetzlichen ökologischen Tatbeständen, sozusagen gegenüber den Bedürfnissen der Natur betrifft.

Vor der Natur sind also alle Menschen gleich.



Daraus wird gerne sehr schnell der Schluß gezogen, "wir alle" müßten uns einschränken, verzichten usw., um die ökologische Krise zu bewältigen. Deren Ursachen liegen demnach nicht in gesellschaftlichen Einzelinteressen (z.B. Profitinteresse), sondern



in der Gesellschaft insgesamt ("Industriegesellschaft") oder einem den Menschen gemeinsamen falschem Wertbewußtsein ("Egoismus", "Konsumdenken"). Das bedeutet in weiterer Konsequenz, daß die Gesellschaft, so wie sie ist, die Sanierung der ruinierten Natur zu leisten hat, im extremen Fall nach "Verursacherprinzip" gestaffelt, in der Praxis aber meistens durch Sozialisierung der Kosten (damit die Konkurrenzfähigkeit "unserer" Wirtschaft nicht leidet), aber die strukturellen Ursachen, wie Profit- und Konkurrenzprinzip und Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln nicht angetastet werden. Die zur Umrüstung auf eine "ökologische Marktwirtschaft" erforderlichen zusätzlichen Investitionen müßten durch hohe Profitraten (falls die Kosten den Dreckverursachern angelastet werden) oder durch hohe Massensteuern (falls sie sozialisiert werden) gedeckt werden, d.h. jedenfalls auf Kosten der Lohnabhängigen gehen. Die Schäden werden auf diese Weise kompensatorisch behoben, aber ihre Ursachen bleiben in der Wirtschaftsstruktur latent, so ähnlich, wie

etwa soziale Verelendung in der "sozialen Marktwirtschaft" weitgehend vermieden werden kann, aber nicht ursächlich abgeschafft ist.

Mit dieser grünen Ideologie wird also die Energie wesentlicher Teile der Ökobewegung von einer Strukturreform der gesellschaftlichen (Produktions-, Eigentums-) Verhältnisse auf die Oberflächen nur einer Umorientierung von Produktionsweisen (z.B. bessere Filter) und Konsumgewohnheiten (z.B. bleifreies Benzin) usw. abgelenkt. Letzteres ist zwar (damit keine Mißverständnisse entstehen!) unbedingt notwendig und wichtig, grüne Politik aber, die sich damit bescheidet, verwechselt letztlich Ursachen und Wirkungen. Daß die Kapitaleigner (samt korrumpierter Gewerkschaft), wenn schon, dann nur am ersten interessiert sind, ist auch klar; daher die Bemühungen von bürgerlicher Seite nach ideologischer und wenn möglich auch organisatorischer Hegemonie - z.B. in Form einer nur-grünen Partei - über die Ökobewegung.

BoPe

## RECHT, GEWALT UND LEIDENSCHAFT



Es war rührend: tausende Patrioten pochten auf die Rechtsstaatlichkeit jenes Rechtsstaates, der ihnen die Entstehung von Recht gerade sehr hautnah vor Augen führte.

Es war ergreifend: hunderte idealistisch gesinnte Kehlen ließen inbrünstig die Hymne jenes Staates erschallen, der sich anschickte, ihren Besitzern die Gummiwurst über die Ohren zu ziehen.

Es war erschütternd: dutzende tapfere Mitbürger und Mitbürgerinnen hielten um sich schlagenden Uniformen die Fahne jener Republik entgegen, deren Repräsentanten die amtliche Tollwut angeordnet hatten.

Eigentlich müssen wir ja für diesen äußerst lebendigen Unterricht in Staatsbürgerkunde, erteilt von so begnadeten Staatsmännern wie Brezowsky, Blecha, Czettel & Co. dankbar sein. Wann hat man schon Gelegenheit, so direkt zu beobachten, wie sich das hehre Recht als das herausstellt, was es ist: in ideologisches Silberpapier verpackte Gewalt. Wenn der falsche Glanz das untertänige Auge nicht mehr zu blenden vermag, muß Gewalt pur nachhelfen. Umso tragischer ist die Verblendung derer, die glauben, patriotischer und rechtstreuer sein zu sollen als jene, die ihnen den Bären vom unabhängigen, abstrakten Recht aufgebunden haben, und die das Recht, dem sie auf den Leim gegangen sind, gegen die verteidigen wollen, die seine Urheber sind.

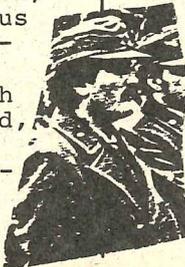
Genauso ist es mit der Gewalt: was das ist, bestimmen die herrschenden Interessen, z. B. jene, die dem entgangenen Gewinn aus jeder ungenutzten Kilowattstunde nachtrauern; da hilft die schönste Gewaltfreiheit nix. Wenn ich wo nicht sein darf, z. B. in einem Auwald, der ökologisch derart wertvoll ist, daß er zur Verhinderung des Waldsterbens vor-

beugend abgeholzt werden muß, und trotzdem dort bin und das kostbare Biotop zertrample, dann ist das eben Gewalt. Flugs eine Verordnung der Bezirkshauptmannschaft, und man ist ein behördlich anerkannter Gewalttäter.

Es ist kein Zufall, daß über die sogenannte öffentliche Sicherheit ein Generaldirektor wacht. So wie andere anständige Bürger Hundefutter, Polstermöbel oder Kettenfahrzeuge herstellen, ist auch die Sicherheit, wie ihre finstere Schwester, die Gewalt, ein seriöser Unternehmensgegenstand, der erzeugt und auch abgesetzt werden muß. Für den Vertrieb ist die Polizei da, was man auch wörtlich nehmen kann. (Manche Gelehrte vertreten auch die Auffassung, daß es sich um die konzentrierte Rückkehr der Gewalt handelt, die eingedenk der Verfassung bekanntlich vom Volke ausgegangen ist.)

Es geht hierbei allerdings nicht ganz marktwirtschaftlich zu, denn ähnlich wie beim Salz, bei den Banknoten und beim Alkohol beansprucht auch bei der Gewalt der Staat das Monopol für sich.

Als tüchtiger Unternehmer sorgt der Staat auch für die Nachfrage nach öffentlicher Sicherheit, Recht und Gewalt. Er ist deshalb im Fall Hainburg nicht müde geworden, jede unrechtmäßige Gewalt aufzuzeigen und dann mit noch mehr öffentlicher Sicherheit unnachgiebig zu bekämpfen.

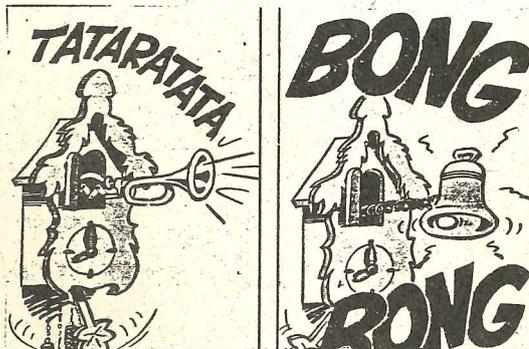


Das Bemerkenswerte war diesmal: es ist den Geschäftsführern, Prokuristen, Buchhaltern und Aufsichtsräten des ideellen Gesamtkapitals, den Herren Bundeskanzler, Innenminister und Landesrat & Co. nicht gelungen, die Konsumenten von der Notwendigkeit ihrer Produkte zu überzeugen: das Volk hat sich im großen & ganzen nicht einreden lassen, daß es sich bei den Aubesetzern um böse Gewalttäter, garstige Anarchisten und so weiter und sofort handle. Nicht einmal die Drohung, wenn das so weitergehe, könne man das Unternehmen gleich zusperrn (Sinowatz), hat gewirkt. Die SP- und Gewerkschaftsführungen, die glaubten, mit dem Appell an traditionelle Kleinbürgerängste, die sonst das Fach von Leitner, Staberl, Lichal & Co. sind, ihre Interessen durchsetzen zu können, sind ziemlich eingefahren. Daß Recht Macht äh Recht bleiben muß, hat man den Blechas aller Kaliber diesmal nicht abgenommen (der Freudsche Versprecher stammt von einem SP-Funktionär und ist nicht erfunden). Trotzdem ist es empörend, daß Sozialdemokraten aus sozialpartnerschaftlicher Willfährigkeit, ihre ganze große fortschrittliche und aufklärerische Tradition vergessend, sich so aufführen konnten und sich wirklich kein Ressentiment aus dem Arsenal bürgerlicher Verhetzungpropaganda schenkten. Die Erkenntnis, von wo Gewalt diesmal wirklich ausgegangen ist, war nicht zuletzt Czettels & Hesouns kaum verhohlenen Aufrufen zu Gewalt und Blechas ... hm, eigenwilligen Interpretationen\* ("kein Hundeeinsatz") zu verdanken.

Man soll sich über Leute nicht lustig machen, die angesichts der tobenden Staatsgewalt rot-weiß-rote Fahnen schwenken und Bundeshymne & Kirchenlieder singen. Nur bei wenigen dürfte es die bewußte taktische Erwägung gewesen sein, auf diese Weise dem Image von Chaoten usw. entgegenzuwirken, das die Öffentlichkeit gegen die Aubesetzer einnehmen sollte. Für viele war es die erste Konfrontation mit der Staatsmacht, und ihre Reaktion spontane Angst, die niemandem zu verübeln ist, gemischt mit politischer Unerfahrenheit (nicht abschätzig gemeint) (32 Unerfahrenheit ist 0 Unercelsius). Nicht alle dürften die Ironie bemerkt haben, die darin liegt, anrückender Gendarmerie "Großer Gott wir loben dich/Herr wir preisen deine Stärke/vor dir neigt die Erde sich", usw. entgegenzusingen. (Geschehen am 11. 2. beim Lager 2)

Taktische Überlegungen sind eine Sache, daraus ideologischen Profit zu ziehen, eine andere. Die Kronzeitung hat den "sanften Patriotismus" entdeckt; Mock wird sich freuen. Es ist zum Scheißen, wie da die Aubesetzung, oder überhaupt die Ökobewegung, ins Fahrwasser der Demagogen einer neuen, grünen Volksgemeinschaft gelenkt werden soll. So ein Eiapopeia-Patriotismus aller "positiven" Österreicher, die "für die Natur" sind, hat uns gerade noch gefehlt. Kronzeitung und ÖVP sehen die große Gelegenheit, die neue, massenhafte ökologische Sensibilisierung für ihre antigewerkschaftliche und gegen den Fortschritt der Arbeiterbewegung gerichtete Politik ideologisch zu nutzen. Geschlagen wird die Gewerkschaft, getroffen werden sollen die (in Krone-, Kurier- & Presse-

sprache) "Sozialromantiker" und "Gesellschaftsveränderer". Die Natur schreit Hilfe, und da wollen welche die 35-h-Woche! Zusammenhalten müssen wir, gemeinsam die Probleme bewältigen, die Natur gebeut's! Daß Kapitalinteressen, zumindest zum großen Teil, an der ökologischen Schweinerei schuld sein könnten, soll hinter solchem ideologischen Rharbarber versteckt werden.



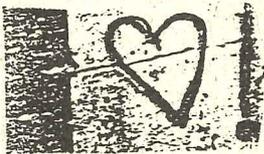
Und so sozialpartnerschaftlich gelähmt kann die Arbeiterbewegung gar nicht sein (siehe die schändlichen Abschlüsse bei der Lohnrunde im Herbst '84), daß sich die Wirtschaft und mit ihr verbündete gesellschaftliche Interessen, wie sie die bürgerliche Presse repräsentiert, sie nicht noch weiter in die Defensive gedrängt wünschten. Unterstützt werden diese Interessen freilich von einer Gewerkschaftsführung, die mit höchster Konsequenz selber dabei ist, die Zukunft der Arbeiterbewegung zu ruinieren.

So ist also der neue Patriotismus zu verstehen: die gesellschaftlichen Widersprüche sollen verdeckt werden (von dem "mit der Natur"), damit, nach angemessener ökologischer Symptombehandlung, die Struktur der Gesellschaft, und Macht- und Eigentumsverhältnisse erst recht, die gleichen bleiben.

Den gleichen Zweck hat das ständige Pochen auf die Rechtsstaatlichkeit. Es kann schon ganz nützlich sein, den Staat auf seine eigenen Gesetze aufmerksam zu machen und sein Schalten & Walten auf diese Weise etwas zu behindern. Doch sollte man sich bei aller eventuell notwendigen Taktik nicht auf ein herrschendes Recht vereidigen, das letztlich immer das Recht der Herrschenden ist. Man soll sich daher auch nicht auf Urteile von Verwaltungs- und sonstigen Gerichtsinstanzen verlassen. Wie schnell Recht zu Unrecht und umgekehrt werden kann, haben wir erlebt. Gesetze lassen sich ändern. Das KW Hainburg ist (für diesmal) verhindert worden, nicht weil wir juristisch im Recht waren, sondern weil Tausende in der Au gesessen sind und Zehntausende in Wien auf der Straße waren.



\* wir wollen nicht schon wieder geklagt werden, Anm. d. Red.



## FUER EINE BREITE RADIKALISIERUNG DER OEKOLOGIEBEWEGUNG!

Das Kraftwerk Hainburg wird also vorerst nicht gebaut. Die Regierung hat nachgegeben, das Konrad-Lorenz-Volksbegehren (KLVB) einen großartigen Sieg errungen.

So ungefähr lauten die offiziellen Einschätzungen, auch jene aus dem grün-alternativen Lager. Analysen, warum die Regierung "nachgegeben" hat, wie effektiv der Widerstand in der Au tatsächlich war etc., lassen sich jedenfalls kaum finden.

Die unmittelbare Befriedung der Ökologiebewegung schien der Regierung jedenfalls wichtiger gewesen zu sein als der sofortige Bau des Kraftwerks. Taktik ging hier jedenfalls vor Beton. Für diese These spricht auch, daß man Wissenschaftlern angeboten hat, am Aufbau einer Ökologiepartnerschaft (ähnlich der vielgepriesenen Sozialpartnerschaft) mitzuwirken. Die unbewußteren Teile der Bewegung (offiziell werden diese als die "idealistischen Jugendlichen" bezeichnet) möchte man so schnell wie möglich wieder integrieren.

Ob dies gelingen wird, ist mehr als zweifelhaft. Man denke hier nur an die neuesten Vorstöße der Sozialpartner in Richtung Zwentendorf, an den heraufziehenden Konflikt um Dürnrohr, und auch Hainburg ist ja alles andere als abgeschrieben.

Ein negativer Beigeschmack bleibt aber trotzdem nach diesem "Sieg": dieses Pochen auf "unseren" Rechtsstaat, "unseren" Bundespräsidenten, das Absingen der Bundeshymne, anti-kommunistische Ausfälle besonders des Hauptrepräsentanten Nennung und seinen Geldgebern von der Krone; das alles ist mehr als nur zum Kotzen.

Nennung, Dichand & Co. verfolgen hier nur einen Zweck: es geht darum, eine ökologische, linke und radikale Partei wie es die deutschen Grünen sind, in Österreich zu verhindern.

Wenn Nennung sagt, man dürfe die grün-alternative Wahlbewegung nicht den Chaoten von ALÖ und VGÖ überlassen, so meint er damit nur, man solle die Totengräber von Bewegungen à la Nennung in Ruhe arbeiten lassen.

O! Poor Yorrick!

Eine grün-alternative Sammelpartei, die sich aber prinzipiell zu diesem Staat und seinen Institutionen bekennt, die kein gesamtgesellschaftliches Konzept anzubieten hat, die die neuen Bewegungen bremst, anstatt sie zu fördern und zu radikalisieren, wäre alles andere als ein Fortschritt in diesem Land.

Hier gilt es vor allem die inhaltliche Diskussion weiterzutreiben, um den "grünen" Rattenfängern nicht aufzusitzen. Eine Vereinheitlichung der grün-alternativen Wahlbewegung auf (basis)demokratischer Grundlage wäre jedenfalls wünschenswert. Als inhaltliche Orientierung könnten die Programme der deutschen Grünen dienen, man sollte sie heranziehen und darüber diskutieren.

Es gibt keine Alternative zu einer grün-alternativen Partei in Österreich, das müssen ALÖ und VGÖ und alle Bewegten anerkennen.

Nur wer ganz spezifische Eigeninteressen in dieser Bewegung verfolgt, kann sich dem widersetzen.

Franz Gulo Schandl

Diese völlig falsche und bewußt irreführende Darstellung der "Alternativen" zur Stromversorgung von Wien ist in der Hainburg-Extranummer (!) der ÖGB-Zeitschrift "Solidarität" erschienen, die kürzlich allen Gewerkschaftsmitgliedern ins Haus geliefert wurde.

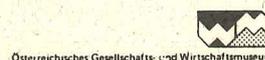
Nicht nur, daß für diese Art von "Energiepolitik", bei der der Strom aus der Steckdose kommt (der neue Werbespruch für E-Heizungen), eine Reservekapazität nicht nötig scheint, gibt es in der Traumwelt dieser Bürokraten und ihrer "Experten" auch keine Leistungsspitzen (Wiener Tagesspitze am 9. 1. 85: 1360 MW; 3 mal Hainburg (nur im Sommer!) = 900 MW). Ihr Stromverbrauch ist gleichmäßig wie der Honig auf der Semmel...

Das demagogische Meisterstück beim Ganzen freilich ist der völlig willkürliche Umgang mit den Blockgrößen: je böser ein Kraftwerk ist, umso mehr sind nötig davon. So kleine Kohle- oder Ölkraftwerke wie in der "Solidarität" gibt es kaum mehr und werden nicht gebaut. Dagegen bringen 1 1/4 Zwentendorfer auch im günstigsten Fall nur 950 MW - das allerdings nur 9 Monate im Jahr. Aber drei Monate Mindesturlaub haben auch etwas Gutes ...

Und warum sollte die ÖGB-Führung die Gewerkschaftsmitglieder mit der Wahrheit verunsichern... ?

### Zum Vergleich: Alternativen der Stromerzeugung

Der Jahresstrombedarf der Stadt Wien könnte gedeckt werden durch:



# Quo vadis ? - oder - Wohin hatsch'st Du..... ?



Ich habe die Haltung unserer Universität zur causa Hainburg erforscht und etwas gefunden. Ich habe mit Assistenten, Professoren, ja, und mit einem Mädchen aus einem Friseurladen gesprochen. Das folgende Gespräch hat genauso nie stattgefunden, allein schon deshalb, weil zwar das Tonbandgerät lief, das Mikrofon aber nicht gearbeitet hatte.

Nun habe ich die bewegenden Gedanken und stehenden Argumente, denen ich begegnet bin, in den Rahmen eines Gesprächs gezwungen, das so jederzeit und nie, überall und nirgends stattfinden hätte können.

Jetzt und hier, Vorraum der NAWI-Redaktion, Schreibmaschinengeklapper im Hintergrund — Stimmen. Gelegentlich laute Rufe. Mein Gast hat sich mir gegenüber im Sofa niedergelassen, ich habe ihm Kaffee und Tee angeboten — er rührt gedankenversunken den Löffel im Tee. Die Tür zur Redaktion öffnet sich, lautes Geklapper und Stimmengewirr, Ingrid's Kopf erscheint im Türspalt, bemerkt mich, und sie sieht im Sofa mir gegenüber natürlich keinen Gast; ich rühre gedankenversunken den Löffel im Tee. Ihr Kopf verschwindet, der Türspalt schließt sich, und es kommt zum folgenden Gespräch:

NAWI-Info: Was lief im Fall Hainburg falsch?

- Die Vorgangsweise der Regierung: die Art, Gutachten zu lesen und zu verfälschen.

Die Regierung hat für uns alle zu entscheiden, sie hat die meiste Information. Aber die Vorgangsweise war falsch. Nicht der Polizeieinsatz so sehr grausam.

NAWI-Info: Kann die Regierung nicht sagen, die ihr gestellten Aufgaben seien zu groß?

- Sie müßte zurücktreten.

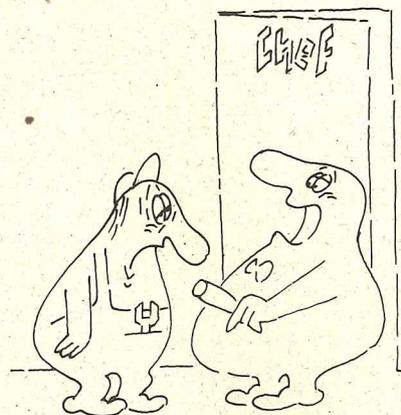
NAWI-Info: Gesetzt sie käme zum Schluß, jeder Regierung muß diese Entscheidung zu hoch sein?

- Damit endet unser System. Stellen Sie sich vor, bei uns gäbe es keine Institutsvorstände; stundenlang müßten wir über alles debattieren, reden — wir würden all unsere Zeit in Sitzungen verbringen. Der Institutsvorstand nimmt uns Belastung. Natürlich entscheidet er für uns.



NAWI-Info: Sind die Entscheidungen gut?

- Die Entscheidungen sind nicht besser. Das System ist gut.



„Sie sehen so richtig kaputt und abgearbeitet aus — machen Sie so weiter!“

NAWI-Info: Die Regierung könnte eine Volksabstimmung über Hainburg abhalten, wenn sie zum Schluß käme, diese Entscheidung ginge alle an.

- Ja, das kann sie tun.

NAWI-Info: Wie soll der Einzelne seine Entscheidung finden?

- Er wird die Informationen studieren müssen, die auch der Regierung zur Verfügung stehen. Das ist sehr viel, aber nur bei Kenntnis aller Informationen wird eine sachliche Argumentation möglich sein.

NAWI-Info: Gefühlsmäßige Entscheidungen sind nicht gut?

- Sachliche Argumente sind gut. Gefühlsmäßige Argumente sind gut. Da kann niemand reihen. Über sachliche Argumente kann man diskutieren, sehen Sie, man sollte es können; gefühlsmäßige Entscheidungen muß man akzeptieren.

NAWI-Info: Wie würden Sie entscheiden, ...?

- Ich habe nicht die Informationen.

NAWI-Info: ... wenn jetzt Volksabstimmung wäre?

- Von dem Geheimpapier der E-Wirtschaft war fast gar nicht mehr die Rede. Es stand nicht zur Debatte.

Wenn die E-Wirtschaft mehr Strom braucht, bin ich für den Bau, braucht sie keinen mehr dazu, bin ich dagegen. Ich weiß das nicht genau.

NAWI-Info: Wie würden Sie jetzt bei einer Volksabstimmung entscheiden?

- Ich würde "Nein" stimmen. Gegen den Bau von Hainburg. Wegen der Vorgangsweise der Regierung.

Ich danke allen für das Gespräch.

Wosihnoj Harald

Ich bin den Gang schon eine lange Weile nicht mehr entlang gegangen - in dem dunklen Hausflur, zwei Stockwerke die Treppen hinauf zur schwarzen Holztüre;

"9 - 19 Uhr KLVB"

verkündet in Kürzeln das schwarze Schild auf der schweren Türe. Aus dem dunklen Treppenhaus trete ich ein und ich stehe in einem hell erleuchteten, weiten Büro. Der Raum hat keine Fenster, links an der Wand für jeden Tag der Woche ein Plakat mit den Veranstaltungen, Ereignissen und wichtigen Terminen der allernächsten Zeit. Zur Rechten Bernadette am Telefon, schaut kurz zu mir, verteilt die hereinkommenden Anrufe gleichmäßig und passend im Haus. Der Platz am Telefon ist immer besetzt, wechselnd, er ist ziemlich heiß.

Wohl fünfzehn Leute sind im Durchschnitt im KLVB anzutreffen, deichseln die Arbeit auf allen Ebenen der vielfältigen Aktivitäten. Die vielfältigen Aktivitäten auf einen Nenner gebracht, möglichst viele Menschen sollen von der Eintragungswoche des Konrad-Lorenz Volksbegehrens erfahren und so viel G'scheites, daß sie es auch unterschreiben.

Der Tanz der großen Saurier hat eine Pause gefunden, und das Kraftwerk Hainburg ist aufgeschoben. Jetzt ist wieder Zeit, um den Boden, auf dem die Saurier trampeln, zu pflegen - zu säen. Die Saurier, sollten sie wieder die Tanzfläche betreten, dürfen die Tanzfläche nicht wiedererkennen. Die alten Saurierschlager werden verjährt sein, die Parolen der Saurier verweht. Das Volksbegehren will den Sauriern die Zeit vertreiben, den Tanz der Saurier verblasen, und die Parolen der Saurier verwehen - in den Wind; woher sie kamen, dorthin sollen sie gehen. Gespräch soll entstehen unter allen Menschen in diesem Land.

Die Leute, die im Volksbegehren arbeiten, kenne ich sehr gut. Einige meiner besten Freunde arbeiten dort - und ich werde mich nicht an ihren Mühen und Sorgen schriftstellerisch ergötzen, auch nicht zur spannend-prickelnden Freude unserer Leser. Ich gebe keine Eintrittskarten zur Besichtigung von Erlebnissen und Gefühlen, die ich dort erlebe und fühle; sie gehören zu wenig mir, ich habe meine Zeit mit Freunden geteilt ...

Meine Freunde sind genug angegriffen - von der Zeit, von ihren Grenzen - und von allen, die es sonst noch tun. Sie haben ihre Feinfühligkeit gut bewahrt um sie nicht der Marter von Hektik und Streß preiszugeben. Zuviel Arbeit stürzt täglich in die Alserstraße, die Zeit ist immer zu knapp, morgen wird so sein wie heute und gestern ... keine Zeit für Muße, für unnötigen Schlaf.

Jeden Tag öffnet ein Besucher die Türe, kommt eine Zeitung durch die Türe, stellt überrascht fest, die Menschen hier hätten Fehler. Nicht genug, Besucher wie Zeitung wollen gestreichelt werden für die Vermeldung von Makeln und reagieren erbost, erfahren sie abermals - "Menschen in dieser Position ..." - sie tun nicht nur richtig, und

geben das zu. Sie verteidigen sich nicht nur, nein, sie lassen den im Dienst der richtenden Öffentlichkeit stehenden Frager erkennen, wir sind nicht unfehlbar. So etwas hatten wir schon lange nicht. Welche Undankbarkeit! Die Geier der gekränkten Ratgeber kreisen.

"Ihr seid vom Nennung gegründet ...!" - Undankbar neigt der Mensch seinen Kopf, ja deutet er, und verteidigt sich nicht.

"Ihr behängt Euch mit dem Namen des Lorenz!" Der Mensch sieht dich lange an. ("Verdammt noch einmal, er verteidigt sich nicht")

Er teilt die Einwände, verurteilt sie nicht. Er drängt deine Meinung nicht ab, auch wenn er seine hat.

"Ihr seid mir nicht demokratisch genug!" Der Mensch erklärt dir, er wisse darum, er kenne das. Starke Stimmen, laute Denker lassen zarte Stimmen und vorsichtige Denker in der Hintergrund geraten, meint er tiefgründig, und der Mensch wird sehr ernst. Erfahrene, routinierte und versierte Kenner fachlicher Details verwenden den ewigen Mangel an Zeit, weisen auf ihre Erfahrung, Routine und ihr Wissen hin, fordern Vertrauen wie Zustimmung ... im Namen der rasenden Zeit. Dann wird das Gesicht des Menschen heller; es gäbe jetzt wieder wöchentliche Plena, alle wüßten wieder ungefähr um die brennendsten Probleme Bescheid: die Finanz, die Organisation von Plakaten, von Informationsblättern, von Veranstaltungen ... Debatten, Diskussionen und Abstimmungen wurden der Zeit, -den von ihr Erfassten entronnen. Der Mensch spricht mit Wärme und erwärmt sich beim Sprechen. Fast ergreift den Kritiker Hoffnung, doch

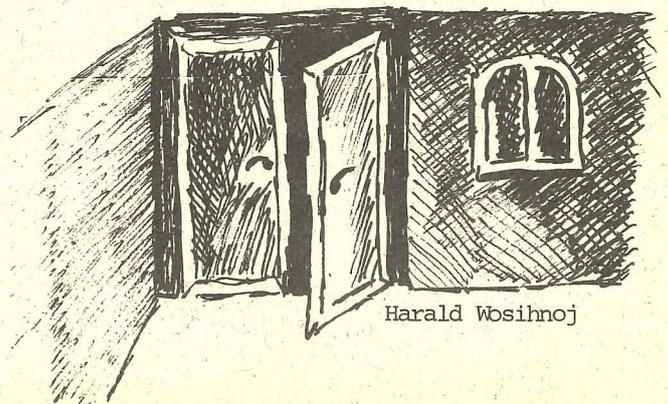
"Ihr nehmt ja Spenden von jedem - das setzt der Kritik die Krone auf!" - Der Mensch ergreift deine Hand: Nimm meine Hand zum Pfand! Wir nehmen von jedem Geld. Im Kritiker wogt jetzt Empörung, er fühlt Kräfte der Zerstörung. Der Mensch erzählt: "Ich habe jüngst einen Armen getroffen, einen arbeitslosen Verworfenen - er trug ein Schild auf der Brust:

Suche Arbeit - mache alles ..."

Der Mensch verstummt, blaß ist er und unruhig springen seine Augen.

Er zittert unter deinem Blick.

Du hast die Stille zum Schweigen gebracht.



Harald Wosihnoj

Unterschreiben vom 4. bis 11. März 85!

# Das Volksbegehren konkret:

Nach der Bundesverfassung muß jedes Volksbegehren auf die Erlassung eines Gesetzes gerichtet sein. Im Fall des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens wird die Verabschiedung eines Bundesverfassungsgesetzes mit folgendem Inhalt verlangt:

Das Volksbegehren beinhaltet also keine prinzipielle Ablehnung von "Großkraftwerken", wie oft behauptet wurde, sondern es knüpft deren Errichtung an — durchaus vernünftige — Bedingungen. Das Volksbegehren verkündet auch nicht jenes von manchen Grün-"Alternativen" gepflegte Gedankenquert einer "Dezentralisierungs-Euphorie", sondern es forciert mit den Blockheizkraftwerken ein sinnvolles, zentrales System, welches an dezentralen Orten aufgestellt ist (siehe Artikel auf Seite ).

UNTERSTÜTZEN —  
ABER NICHT KRITIKLOS

Während wir mit den angeführten Forderungen einverstanden sind, haben wir einige Kritik daran, was weggelassen wurde:

- Die Forderung nach "der größten Zahl von Arbeitsplätzen durch umweltsichernde Maßnahmen" wirkt durch das Fehlen jeder Konkretisierung aufgesetzt und taugt kaum auch nur als **Alibi**. Es wird weder die tiefgreifende Umstrukturierung des Baumarktes behandelt noch wird gesagt, wie Alternativenergie & Energiesparmaßnahmen in die größte Zahl von Arbeitsplätzen umgewandelt werden soll (und wer das zahlen soll!) — noch wird die zur Verhinderung einer weltweiten Massenarbeitslosigkeit bereits überfällige **35-Stundenwoche bei vollem Lohn** angesprochen. (Die holländische Sozialdemokratie diskutiert bereits die Forderung nach der 30-Stundenwoche zur Eindämmung der durch die Rationalisierung rasant wachsenden Arbeitslosigkeit...)
- Eine andere "vergessene" Forderung, deren Fehlen die ÖVP-Führung samt Unternehmeranhang ebenso wie SP-nahe Wirtschaftsmanager nur freuen kann: Die Kosten für die Schonung von Natur und Umwelt müssen von der Wirtschaft selbst getragen werden (sie hat ja schließlich der Profite wegen ihre Zerstörung vorangetrieben) und **dürfen**

## Artikel I

- (1) Österreich bekennt sich zum umfassenden Umweltschutz. Es sorgt für Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft und bewahrt insbesondere Luft, Wasser, Boden, Pflanzen- und Tierreich vor nachteiligen Wirkungen menschlicher Eingriffe.
- (2) Jedefrau/jedermann hat das Grundrecht auf Umweltqualität im Sinne des Abs. 1.
- (3) Wer sich in diesem Grundrecht verletzt fühlt, kann ein von einem Natur- oder Umweltschutzverband unterstütztes Begehren an die zuständigen Behörden einschließlich Verfassungsgerichtshof richten. Näheres bestimmt ein Bundesgesetz.

## Artikel II

Um die im Art. I festgelegten Rechte und Ziele zu fördern,

- (1) sind auf dem Bundesgebiet Nationalparks zu errichten, vorrangig in den Donau-March-Thaya-Auen (Hainburg), in den Hohen Tauern, im Reichraminger Hintergebirge, im Seewinkel (Neusiedlersee);
- (2) dürfen Kraftwerke nicht errichtet oder betrieben werden, wenn sie
  - in Nationalparks liegen;
  - einen unwiederbringlichen Verlust an Natur- und Kulturlandschaft zur Folge haben;
  - radioaktiven Abfall erzeugen;
  - die nach dem technisch-wissenschaftlichen Stand niedrigstmöglichen Schadstoffgrenzen überschreiten;
  - Abwärme nicht ausreichend nützen;
  - Trinkwasser oder andere Lebensgrundlagen gefährden;
- (3) hat die Bundesregierung dem Nationalrat binnen 6 Monaten nach Beginn einer jeden Legislaturperiode, erstmalig 6 Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes dem Nationalrat ein Energiekonzept vorzulegen unter Bedachtnahme auf die folgenden Grundsätze:
  - Ausbau der örtlichen Versorgung durch Vorrang für Blockheizkraftwerke;
  - verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen wie Wasserkleinkraft und Sonnenenergie;
  - Verbesserung des Wirkungsgrades durch wärmetechnische Gebäudesanierung und energiesparende Geräte;
  - Tarifgestaltung, die jeder Verschwendung entgegenwirkt und den Kleinverbraucher begünstigt.

## Artikel III

Vorrangige Ziele der Umwelt- und Energiepolitik der Republik Österreich sind

- (1) Verhinderung des Waldsterbens durch Sanierungsmaßnahmen an schädigenden Anlagen und Einrichtungen (Emittenten);
- (2) Schaffung der größten Zahl von Arbeitsplätzen durch umweltsichernde Maßnahmen.

## Artikel IV

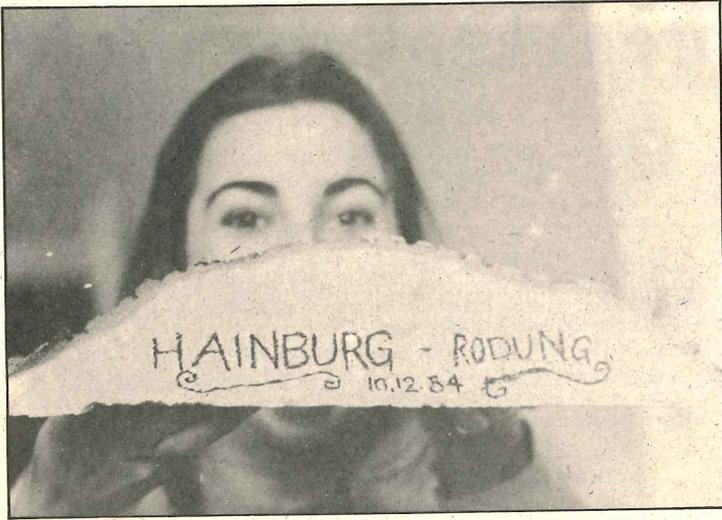
Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

**nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden.** Das Verursacherprinzip muß gelten.

- Letztlich fehlt die Verpflichtung für die (meist ÖVP-dominierten) Landtage, entsprechende Ausführungsgesetze zu beschließen. In die **Kompetenz der Länder** fällt nämlich der Großteil des Umweltschutzes und der Nationalparkerrichtung. So kann das Volksbegehren als Anti-Regierungs-Begehren mißbraucht werden und die ÖVP ist fein heraus.
- Kritik am undemokratischen Zustandekommen des Volksbegehrens, an dem mehr als bedenklichen Aushängeschild "Konrad Lorenz" sowie an der Dominanz der "Kronzeitung", die sich noch nie für den gesellschaftlichen Fortschritt stark gemacht hat.

## Unterschreibz das Volksbegehren!

Trotz diese Einwände halten wir es für vernünftig, das Volksbegehren zu unterschreiben, weil eine möglichst starke Beteiligung daran der Alternativbewegung und der im Dezember erst so richtig entstandenen Anti-Hainburg-Bewegung mehr Schwung und Einfluß verschaffen kann.



unterschreibz das  
**Volx -  
begehren**  
4. bis 11. März

---

P.b.b.  
Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt 1090 Wien  
"nawi-info" Nr. 12a

